

Soziologie

Aus dem Inhalt

- **Bernhard Schäfers:**
Zum 200. Geburtstag von Friedrich Engels
- **Günter Warsewa, Peter Bleses, Matthias Güldner:**
*Der Transfer von sozialwissenschaftlichem Wissen
als Forschungsgegenstand*
- **Ulf Ortmann:**
Ein Leben nach der Uni ist möglich
- **Katharina Block:**
Soziologie des Un/Verfügbaren

SOZIOLOGIE

FORUM

DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR SOZIOLOGIE

Heft 3 • 2020

Herausgeberin im Auftrag von Konzil und Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie:

Prof. Dr. Sina Farzin (verantwortlich im Sinne des Presserechts)

Redaktion: Prof. Dr. Sylke Nissen und Dipl. Pol. Karin Lange, Universität Leipzig, Institut für Soziologie, Beethovenstraße 15, D-04107 Leipzig, E-Mail: soz-red@sozio.uni-leipzig.de, Tel.: 0341/97 35 648 (Redaktion) oder 040/42 83 82 549 (Sina Farzin)

Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Soziologie:

Prof. Dr. Birgit Blätzel-Mink, Goethe-Universität Frankfurt am Main, Institut für Soziologie, Theodor-W.-Adorno-Platz 6, D-60323 Frankfurt am Main, E-Mail: b.blaetzel-mink@soz.uni-frankfurt.de, Tel.: 069/798 36660

Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Soziologie:

Dr. Sonja Schnitzler (Leitung), DGS c/o Kulturwissenschaftliches Institut Essen, Goethestraße 31, D-45128 Essen, E-Mail: sonja.schnitzler@kwi-nrw.de, Tel.: 0201/1838 138, Fax: 0201/1838 232

Schatzmeisterin der Deutschen Gesellschaft für Soziologie:

Dr. Larissa Schindler, Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Institut für Soziologie, Jakob-Welder-Weg 12, D-55128 Mainz, E-Mail: larissa.schindler@uni-mainz.de, Tel.: 06131/39 29425

Aufnahmeanträge für die DGS-Mitgliedschaft und weitere Informationen unter www.sozioologie.de

Die Zeitschrift *Soziologie* erscheint viermal im Jahr zu Beginn eines Quartals.

Redaktionsschluss ist jeweils acht Wochen vorher. Für Mitglieder der DGS ist der Bezug der Zeitschrift im Mitgliedsbeitrag enthalten. Beiträge in der SOZIOLOGIE werden erfasst über EBSCO Sociology Source Ultimate sowie in den CSA Sociological Abstracts und dem Sozialwissenschaftlichen Literaturinformationssystem SOLIS, beide erreichbar über Gesis – Sowiport (sowiport.gesis.org).

Campus Verlag GmbH, Kurfürstenstraße 49, D-60486 Frankfurt am Main, www.campus.de

Geschäftsführung: Marianne Rübemann

Programmleitung: Dr. Judith Wilke-Primavesi

Anzeigenbetreuung: Claudia Klinger, Julius Beltz GmbH & Co. KG, Postfach 100154, D-69441 Weinheim, Tel.: 06201/6007-386, E-Mail: anzeigen@beltz.de

Fragen zum Abonnement und Einzelheftbestellungen: Beltz Medien-Service, Postfach 100565, D-69445 Weinheim, Tel.: 06201/6007-330, E-Mail: medienservice@beltz.de

Bezugsmöglichkeiten für Nichtmitglieder der DGS:

Jahresabonnement privat 70 €, Studierende / Emeriti 30 €

Jahresabonnement Bibliotheken / Institutionen 110 € print / 177 € digital (nach FTE-Staffel)

Alle Preise zuzüglich Versandkosten. Alle Preise und Versandkosten unterliegen der Preisbindung. Kündigungen des Abonnements müssen spätestens sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums schriftlich mit Nennung der Kundennummer erfolgen.

© Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main 2020

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter dieses Verbot fällt insbesondere die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung auf CD-Rom und allen anderen elektronischen Datenträgern.

Druck: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

ISSN 0340-918X

Inhalt

Editorial	273
-----------------	-----

Identität und Interdisziplinarität

Bernhard Schäfers

Zum 200. Geburtstag von Friedrich Engels	275
--	-----

Forschen, Lehren, Lernen

Günter Warsewa, Peter Bleses, Matthias Güldner

Der Transfer von sozialwissenschaftlichem Wissen als Forschungsgegenstand	287
--	-----

Ulf Ortmann

Ein Leben nach der Uni ist möglich	308
--	-----

Katharina Block

Soziologie des Un/Verfügbaren	318
-------------------------------------	-----

Steffen M. Kühnel, Stefanie Eifler

Ist Anonymisierung Fälschung?	332
-------------------------------------	-----

DGS-Nachrichten

Jo Reichertz

DGS-Blog: Corona und die Krise der sozialwissenschaftlichen Forschung	336
--	-----

Birgit Blättel-Mink, Hubert Knoblauch

Digitaler DGS-Kongress 2020	340
-----------------------------------	-----

Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für Soziologie

zu Beschäftigungsverhältnissen in der Wissenschaft	342
--	-----

Veränderungen in der Mitgliedschaft	347
---	-----

Berichte aus den Sektionen und Arbeitsgruppen

<i>Sektion</i> Alter(n) und Gesellschaft	350
<i>Sektion</i> Kulturosoziologie	352
<i>Sektion</i> Land-, Agrar- und Ernährungssoziologie	355
<i>Sektion</i> Organisationssoziologie	358
<i>Sektion</i> Wissenssoziologie	361

Nachrichten aus der Soziologie

Uwe Krähnke, Christian Papsdorf In memoriam Ditmar Brock	364
Habilitationen	366
Call for Papers	367
Rethinking Transparency: Challenging Ideals and Embracing Paradoxes • Organisationsgesellschaft »reloaded«	
Tagungen	373
Good governance versus Corruption • Moral communication. Observed with social systems theory • Bildung und soziale Ungleichheit • Happy Homes, Happy Society? • Gesell- schaftliche Produktion und Absorption von Unsicherheit	
Autorinnen und Autoren	381
Abstracts	384

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

»Civil inattention« nannte Erving Goffman eine soziale Kunstfertigkeit, in der es insbesondere die Bewohner dicht bevölkerter Großstädte unweigerlich zu einiger Kennerschaft bringen, wenn sie sich regelmäßig in öffentlichen Räumen bewegen. Ein unendlich feines Reservoir von Gesten, Blicken, Requisiten wird genutzt, um den anderen unbekanntem Anwesenden zu signalisieren, dass man selbst bei größter körperlicher Nähe die Grenzen des Gegenübers kennt und keine Bedrohung empfindet oder selbst darstellt. Der Blick auf die eigenen Schuhspitzen im überfüllten Bus, das Offenhalten der Kaufhaustür für den nächsten Passanten, die vertiefte Lektüre im Bahnabteil, obwohl bei den Mitreisenden gegenüber gerade ein Familienstreit Fahrt aufnimmt – all diese kleinen, eingespielten Routinen haben wir in den vergangenen Wochen in atemberaubender Geschwindigkeit verlernt, vielleicht müsste man sagen: uns abtrainiert. Wo man überhaupt noch mit größeren Gruppen unbekannter Menschen einen Raum teilt, ist man nun im Gegenteil darauf bedacht, Aufmerksamkeit für das Einhalten von physischen Abständen zu zeigen und nicht sozial zu demonstrieren. Dass der eigene und der andere Körper nun gänzlich ungewollt zu Unsicherheitsfaktoren in einem infektiösen Geschehen werden, führt zu einer Ersetzung der routinisierten Gesten durch solche, die zuvor vielleicht als Ablehnung verstanden worden wären – und nun Ausdruck von »civil attention« für mein Gegenüber sind: das Zurückweichen, wenn man im Supermarkt gleichzeitig denselben engen Gang ansteuert; das kurze Wegdrehen des Kopfes und Anhalten des Atems wenn man doch zu nah aneinander vorbeiläuft und der schnelle Schritt nach hinten, wenn einem im kurzen Gespräch auf der Straße der Abstand zu klein erscheint.

Wie schnell und umfassend sich seit März alltägliche Gewohnheiten, soziale Routinen und Normalitätsverständnisse ändern und anpassen mussten, konnte einen alltagsweltlich mal ängstigen, mal amüsieren und soziologisch mindestens in Staunen versetzen. Die Binse, dass man soziologisch immer etwas beobachtet, dessen Teil man zugleich ist, konnte in den vergangenen Wochen jeder erleben, der es sich nicht gleich wieder in hergebrachten Deutungsmustern gemütlich machen wollte. Dass dieses Verstricktsein in den eigenen Gegenstand aktuell auch forschungspraktisch ganz eigene Probleme aufwirft, nimmt Jo Reichertz in diesem Heft zum Anlass,

zur gemeinsamen Diskussion auf dem SozBlog aufzurufen: Insbesondere im Bereich der qualitativen Forschung sind aktuell geplante Projekte und Qualifizierungsarbeiten vor große Herausforderungen gestellt. Was bleibt von der teilnehmenden Beobachtung in Zeiten sozialer Distanzierung? Welche Risiken darf, kann oder sollte man eingehen, wenn Feldaufenthalte anstehen? Wie reagieren Organisationen, Institutionen, Teams auf die neuen Bedingungen? Diese und weitere Fragen stehen auf dem SozBlog zur gemeinsamen Diskussion, die Lektüre lohnt ebenso wie die eigene Beteiligung.

Zumindest für den diesjährigen Kongress stellen sich viele der genannten Herausforderungen nicht und werden durch andere ersetzt: Wir sehen uns im September nicht in Berlin, sondern auf unseren Bildschirmen. Die Entscheidung, den gesamten Kongress digital stattfinden zu lassen, ist nicht leichtgefallen – ermöglicht aber hoffentlich vielen von Ihnen eine unbesorgte Teilnahme. Und auch wenn viele der informellen Pausengespräche und Kaffeeverabredungen dieses Jahr nicht wie gewohnt stattfinden können, finden sich sicher andere lohnende Formen des gemeinsamen fachlichen Austauschs.

Herzlich, Ihre
Sina Farzin

Zum 200. Geburtstag von Friedrich Engels

Bernhard Schäfers

Stationen seines Lebens. Momente seines Werkes

Friedrich Engels wurde am 28. November 1820 in Barmen geboren.¹ Seit dem Wiener Kongress 1815 gehörte Barmen – wie auch Trier, die Geburtsstadt von Karl Marx – zu den preußischen Rheinlanden. Aus Barmen und Elberfeld entstand 1929 mit zwei weiteren Orten Wuppertal. Um 1820 war Barmen eine schnell wachsende Industriestadt. Die Einwohnerzahl stieg von 1810 bis 1840 von 16.000 auf über 40.000 (Hunt 2020: 22). Zahlreiche Fabriken der Textil- und Lederverarbeitung waren dort ansässig, die sich die Wasserkraft der Wupper zunutze machten – so auch der Vater von Friedrich Engels mit einer Fabrik für Leinen- und Baumwollverarbeitung.

Friedrich erlernte nach zwei Jahren auf dem Gymnasium Elberfeld, das er mit Siebzehn auf Drängen des Vaters ohne Abitur verließ, den Kaufmannsberuf, zunächst im elterlichen Betrieb und von 1838 bis 1841 in Bremen. Das pietistisch-calvinistisch geprägte Elternhaus und ein entsprechendes Umfeld in Wuppertal führten früh zur Abkehr von Religion und Kirche. Noch als Schüler begann er eine lebenslang beibehaltene publizistische Tätigkeit. Mit kritischen Beiträgen in der Lokalpresse erregte er Aufsehen. Seine außergewöhnliche Begabung für Sprachen, die bei der Etablierung der Sozialistischen Internationale wichtig wurde, fiel schon während der Schulzeit auf.

Von Bremen aus lieferte Engels Beiträge für »Das Junge Deutschland« – ein loser Zusammenschluss linksliberal und republikanisch eingestellter Schriftsteller (vgl. Engels 1966). Neben anderen Presseorganen schrieb er für die liberale *Augsburger Zeitung* sowie die *Rheinische Zeitung*, dem Organ des

1 Die biographischen Angaben entstammen vor allem aus Hirsch (1968) und Hunt (2020).

fortschrittlichen rheinischen Bürgers und Unternehmers. In deren Kölner Redaktion traf er 1842 erstmals mit Karl Marx (1818–1883) zusammen.

Ab Herbst 1841 absolvierte Engels seinen Militärdienst als Einjährig-Freiwilliger in Berlin. Kurz zuvor hatte Karl Marx Berlin verlassen, wo er seit 1837 vor allem die Philosophie Hegels studiert hatte. Engels traf aber noch auf den junghegelianischen Geist des revolutionär gesonnenen »Doktorclubs«, in dem viele junge Intellektuelle, nicht zuletzt aus Russland, verkehrten und das Potenzial der Hegelschen Philosophie beleuchteten.

Engels hatte Zeit für Studien an der Universität, wo er Vorlesungen von Friedrich Schelling² hörte, der von König Friedrich Wilhelm IV. 1841 von München nach Berlin berufen wurde, um »die Drachensaat des Hegelschen Pantheismus« auszurotten (zit. nach Hunt 2020: 68). Über dessen Vorlesungen verfasste er seine ersten Schriften. Deren Ironie und Geistesblitze erinnern an Heinrich Heine (1797–1856), den Engels bewunderte.³

Von 1843 bis 1844 war Engels in der Zweigfabrik des Vaters in Manchester tätig. Hier, in London und anderen Industriestädten, sammelte er das Material für seinen Bericht »Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Nach eigener Anschauung und authentischen Quellen«. 1844 lernte er Karl Marx in Paris näher kennen. Es entwickelte sich eine in persönlicher und wissenschaftlicher Hinsicht ihr weiteres Leben bestimmende Freundschaft. Jürgen Neffe sprach in seiner Marx-Biografie vom »Kreativteam Marx & Engels« (2017: 172 f.). Wie Marx wurde auch Engels auf Drängen der preussischen Regierung aus Paris ausgewiesen. Brüssel, seit 1831 Hauptstadt des auf Betreiben Englands gegründeten Königreichs Belgien, wurde für einige Zeit ihr Aufenthaltsort. Dort schrieben sie, nach Vorarbeiten in London, von Oktober 1847 bis Anfang 1848, das »Manifest der Kommunistischen Partei«.

2 im Tübinger Stift Studiengenosse von Hegel und Hölderlin.

3 Vgl. hierzu seine Schriften »Schelling und die Offenbarung. Kritik des neuesten Reaktionsversuchs gegen die freie Philosophie« und »Schelling, der Philosoph in Christo oder die Verklärung der Weltweisheit zur Gottesweisheit. Für gläubige Christen, denen der philosophische Sprachgebrauch unbekannt ist« (Engels 1967a; 1967b). Beide Texte sind im Ergänzungsband zu den Marx-Engels-Werken »Schriften – Manuskripte – Briefe bis 1844« abgedruckt. Die ersten 160 Seiten dieses Bandes umfassen seine unter dem Pseudonym Friedrich Oswald verfassten Frühschriften, hierunter zahlreiche Beiträge zum »modernen Literaturleben«, zum norddeutschen und süddeutschen Liberalismus oder zu »Landschaften«.

Im März 1849 verabschiedete das Frankfurter Paulskirchenparlament eine Reichsverfassung für eine konstitutionelle Monarchie. König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen lehnte die ihm vom Parlament angebotene Kaiserkrone brüsk ab. Es kam, wie schon im Revolutionsjahr 1848, zu Unruhen, auch in den preußischen Rheinlanden. Bewaffnete Milizen wollten die Ziele der Verfassung mit Gewalt durchsetzen. Engels beteiligte sich sowohl im Wuppertal als auch im Badischen und in der Pfalz mit viel Mut und draufgängerischer Sorglosigkeit an den Kämpfen. Er wurde als Rädelsführer ausgemacht und steckbrieflich gesucht. Die Familie in Barmen und nahe Verwandte hatten seinetwegen Hausdurchsuchungen zu erdulden (Hirsch 1968: 57 ff.; Hunt 2020: 229 ff.).

Nach dem Scheitern der »Reichsverfassungskampagne« in Rastatt/Baden, wo mit Hilfe der Preußen der Aufstand blutig niedergeschlagen wurde, floh Engels in die Schweiz. In der *Neuen Rheinischen Zeitung* schrieb er 1848/49 voll Bitternis darüber (Engels 1962a: 133 ff.). Von 1850 bis Juni 1869 war er wieder für die Fabrik des Vaters in Manchester tätig. Diese Tätigkeit sicherte ihm ein solides Einkommen und einen bürgerlichen Lebensstil. Seine Mittel erlaubten ihm, Marx großzügig zu unterstützen. Es blieb Zeit für das englische Clubwesen, die Fuchsjagd und umfangreiche Studien zum Militärwesen. Er entwickelte sich zum anerkannten Militärexperten und erhielt den Spitznamen »General«. ⁴ Zum Militärwesen verfasste er mehrere Schriften, und bei kriegerischen Auseinandersetzungen, wie zum Beispiel dem deutsch-französischen Krieg 1870/71, war er ein gefragter Kommentator in der Presse.

Seit 1870 wohnte Engels dauerhaft in London. Eine umfangreiche Korrespondenz verband ihn mit den Führern der sozialistisch-kommunistischen Bewegung in vielen Ländern, nicht nur Europas. In Deutschland gehörten zu seinen wichtigsten Korrespondenten August Bebel, Eduard Bernstein, Karl Kautsky und Wilhelm Liebknecht. Mit Marx zusammen gab er der *Internationalen Arbeiterorganisation* Konturen. Neben zahlreichen eigenen Schriften edierte er aus dessen chaotischem Nachlass 1885 und 1894 die Bände 2 und 3 des »Kapital« heraus (Marx 1963; 1964).

Als Karl Marx am 14. März 1883 in London verstarb, sagte Friedrich Engels in seiner Gedenkrede:

4 Ein Teil der Briefe von Marx an Engels beginnt mit dieser Anrede. Der fast vollständig erhaltene Briefwechsel umfasst in der MEW-Ausgabe neun Bände (vgl. Raddatz 1980: 5).

»Was das streitbare europäische und amerikanische Proletariat, was die historische Wissenschaft an diesem Mann verloren haben, das ist gar nicht zu ermessen [...]. Wie Darwin das Gesetz der Entwicklung der organischen Natur entdeckte, so entdeckte Marx das Entwicklungsgesetz der menschlichen Geschichte [...]. Marx entdeckte auch das spezielle Bewegungsgesetz der heutigen kapitalistischen Produktionsweise und der von ihr erzeugten bürgerlichen Gesellschaft« (zit. nach Hunt 2020: 370).

Nach einem längeren Leiden verstarb Friedrich Engels am 5. August 1895 in London an Kehlkopfkrebs. Seinem Wunsch entsprechend wurde die Urne vor dem von ihm so geschätzten Seebad Eastbourne im Meer versenkt.

Friedrich Engels in seinen frühen Schriften

Friedrich Engels bewunderte das Genie von Karl Marx und stellte sich, wohl zu sehr, in dessen Schatten. Bis heute wird darüber gestritten, wie groß sein Anteil am gemeinsamen Werk ist. Er muss viel größer veranschlagt werden, als die Marx-Engels-Ausgaben vermitteln, auch ohne Berücksichtigung der zahlreichen Artikel, die Engels für Marx in dessen Namen in der amerikanischen und britischen Presse verfasste, um ihm das Honorar zukommen zu lassen. Es war Engels, der den vor allem mit der Kritik der Hegelschen Rechts- und Staatsphilosophie beschäftigten Marx (2004) auf die große Bedeutung des ökonomischen Faktors hinwies, nicht zuletzt mit seinem 1844 in den von Karl Marx und Arnold Ruge herausgegeben Deutsch-Französischen Jahrbüchern veröffentlichten Beitrag »Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie«. Noch vor Marx vertrat er die These von der ursprünglichen Akkumulation⁵ von bäuerlichem Bodenbesitz für die Herausbildung des Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft. Die alle anderen Produktivkräfte an Wert übersteigende Arbeit wird zuerst von Engels kritisch beleuchtet, als Antwort auf die Theorien der Ökonomen des Merkantilismus und die nachfolgenden Klassiker der ökonomischen Theorie – Adam Smith, David Ricardo und Jean Baptiste Say:

»Die Nationalökonomie entstand als eine natürliche Folge der Ausdehnung des Handels, und mit ihr trat an die Stelle des einfachen, unwissenschaftlichen Schachers ein ausgebildetes System des erlaubten Betrugs, eine komplette Bereicherungswissenschaft.«

5 von Engels »ursprüngliche Appropriation« genannt.

»Die ursprüngliche Appropriation, die Monopolisierung der Erde durch eine kleine Anzahl, die Ausschließung der Uebrigen von der Bedingung ihres Lebens, gibt der späteren Verschacherung des Bodens an Unsittlichkeit nichts nach.«

»Die aus dem Privateigentum folgende Spaltung zwischen Kapital und Arbeit ist Nichts als die diesem entzweiten Zustände entsprechende und aus ihm hervorgehende Entzweiung der Arbeit in sich selbst.«

»Wenn wir das Privateigentum fallen lassen, so fallen alle diese unnatürlichen Spaltungen. Der Unterschied von Zinsen und Gewinn fällt; Kapital ist nichts ohne Arbeit [...]. Die *Arbeit*, die Hauptsache bei der Produktion, die »Quelle des Reichthums«, die freie menschliche Thätigkeit, kommt bei den Oekonomen schlecht weg.« (Engels 1844: 86, 95, 100, 101)

Hier fand Marx vorstrukturiert, was nun zur eigentlichen Aufgabe seines Lebens werden sollte: Die ökonomischen Bedingungen zu erforschen, die einer bestimmten Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung ihren Stempel aufdrücken. Er schimpfte oft über die »ökonomische Scheiße«, in die ihn Engels gestürzt habe, hatte aber nun die Gewissheit, dass nur von dieser ökonomisch-materiellen Basis aus die neue Lehre fundiert werden konnte. Marx sei damals Hegelianer gewesen, »der von Ökonomie absolut nichts wusste [...] und sich bei einem Wort wie »Wirtschaftsform« gar nicht einmal etwas denken« konnte, erinnerte sich Engels später (zit. nach Neffe 2017: 173).

»Die Lage der arbeitenden Klasse in England« ist ein einzigartiges Dokument über die unglaublichen Zustände in den Arbeitervierteln der englischen und schottischen Industriestädte. Einige Aussagen finden sich im Manifest der kommunistischen Partei wieder. Am 15. März 1845 schrieb er in einer in Barmen verfassten Widmung »To the Working Class of Great Britain«:

»Working Men! To you I dedicate a work, in which I have tried to lay before my German Countrymen a faithful picture of your condition, of your sufferings and struggles, of your hopes and prospects.[...] I found you to be more than mere Englishmen, members of a single, isolated nation, I found you to be Men, members of the great and universal family of Mankind [...] Much remains to be undergone; be firm, be undaunted – your success is certain, and no step you will have to take in your onward march, will be lost to our common cause, the cause of Humanity!« (Engels 1964: 7).

Im Vorwort zur deutschen Ausgabe, die 1845 in Leipzig erschien, heißt es:

»Die Lage der arbeitenden Klasse ist der tatsächliche Nährboden und Ausgangspunkt aller sozialen Bewegungen der Gegenwart, weil sie die höchste, unverhüllteste Spitze unserer bestehenden sozialen Misere ist [...]. Der deutsche Sozialismus und Kommunismus ist mehr als jeder andere von theoretischen Voraussetzungen ausgegangen; wir deutschen Theoretiker kannten von der wirklichen Welt noch viel zu

wenig, als dass uns die wirklichen Verhältnisse unmittelbar zu Reformen dieser »schlechten Wirklichkeit« hätten treiben sollen« (Engels 1964: 18).

Engels' aufrüttelnde Schrift fand auch im deutschen Bürgertum Beachtung, nicht zuletzt weil der Weberaufstand 1844 im schlesischen Peterswaldau zu Angstwellen und zu Aufständen geführt hatte.⁶ Im ersten Teil seines Lageberichts schildert Engels den »Zustand der Arbeiter vor der industriellen Revolution«; er endet mit einer herben Anklage gegen die englische Bourgeoisie, die die Frage nicht interessiere, was aus »den besitzlosen Millionen werden« solle (Engels 1964: 83). Es folgt eine Klassifikation des Proletariats und ein Kapitel über »Die großen Städte«, das stadtgeschichtlich und stadtsoziologisch aufschlussreich ist. Engels zeigt das Elend in den Arbeitervierteln, ihre Wohn- und Lebensbedingungen mit drastischen Beispielen, ob aus London, Manchester, Liverpool, Edinburgh, Glasgow – wichtige Orte der Industrialisierung und des Fabriksystems.

Im letzten Kapitel, »Die Stellung der Bourgeoisie zum Proletariat«, wird die Hoffnung ausgesprochen, dass es zu kämpferischen Auseinandersetzungen kommt, da »der Geist des Widerstandes die Arbeiter mehr und mehr durchdringt« (Engels 1964: 366). Aber diese Hoffnung trug. Die Lage der arbeitenden Klasse verbesserte sich, nicht zuletzt durch die Reichtümer, die der ausbeuterische britische Kolonialismus anhäufte. Der Kapitalismus zeigte sich wandlungsfähig. In der englischen Neuausgabe des Werkes von 1892 konstatierte Engels Fortschritte gegenüber den Verhältnissen der 1840er Jahre:

»Die wiederholten Heimsuchungen durch Cholera, Typhus, Pocken und andre Epidemien haben dem britischen Bourgeois die dringende Notwendigkeit eingetrichtert, seine Städte gesund zu machen, falls er nicht mit Familie diesen Seuchen zum Opfer fallen will. Demgemäß sind die in diesem Buch beschriebenen schreiendsten Mißstände heute beseitigt oder doch weniger auffällig gemacht.« (Engels 1964: 33)

Die bekannteste Schrift des Sozialismus ist das »Manifest der Kommunistischen Partei« von 1848. Im Vorwort zur deutschen Ausgabe von 1872 schreiben Karl Marx und Friedrich Engels:

»Der Bund der Kommunisten, eine internationale Arbeiterverbindung, die unter den damaligen Verhältnissen selbstredend nur eine geheime sein konnte, beauftragte auf dem in London im November abgehaltenen Kongresse die Unterzeichneten mit der Abfassung eines für die Öffentlichkeit bestimmten, ausführlichen theoretischen und praktischen Parteiprogramms. So entstand das nachfolgende »Manifest« [...]. Wie

⁶ Heinrich Heines Gedicht »Die schlesischen Weber« beeindruckte ihn sehr; er übertrug es ins Englische (Hunt 2020: 169).

sehr sich auch die Verhältnisse in den letzten 25 Jahren geändert haben: die in diesem »Manifest« entwickelten Grundsätze behalten im ganzen und großen auch heute ihre volle Richtigkeit.« (Marx 2008: 321 f.)

Einleitend heißt es: »Ein Gespenst geht um in Europa: das Gespenst des Kommunismus«. Der Schlusssatz lautet: »Proletarier aller Länder, vereinigt euch!«. Weitere Zitate könnten die Hellsichtigkeit des »Manifests« im Hinblick auf die globale Expansion des Kapitalismus und seine faszinierende Formulierungskraft unter Beweis stellen. Stattdessen sei aus dem von Friedrich Engels verfassten Vorwort zur deutschen Ausgabe vom Juni 1883 zitiert – drei Monate nach dem Tod von Karl Marx:

»Der durchgehende Grundgedanke des »Manifests«: dass die ökonomische Produktion und die aus ihr mit Notwendigkeit folgende gesellschaftliche Gliederung einer jeden Geschichtsepoche die Grundlage bildet für die politische und intellektuelle Geschichte dieser Epoche; dass demgemäß (seit Auflösung des uralten Gemeinbesitzes an Grund und Boden) die ganze Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen gewesen ist, Kämpfen zwischen ausgebeuteten und ausbeutenden, beherrschten und beherrschenden Klassen auf verschiedenen Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung; dass dieser Kampf aber jetzt eine Stufe erreicht hat, wo die ausgebeutete und unterdrückte Klasse (das Proletariat) sich nicht mehr von der sie ausbeutenden und unterdrückenden Klasse (der Bourgeoisie) befreien kann, ohne die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung, Unterdrückung und Klassenkämpfen zu befreien – dieser Grundgedanke gehört einzig und ausschließlich Marx an.« (Engels 1962b: 3)

Friedrich Engels: der erste Marxist

Es ist nicht falsch, wenn die Engels-Biographie von Hunt den Titel hat: »Der Mann, der den Marxismus erfand«. ⁷ Marx hatte in einem bekannten Ausspruch gegenüber seinem Schwiegersohn Paul Lafargue diese Bezeichnung für sich abgelehnt: »Ce qu'il y a de certain, c'est que moi je ne suis par Marxiste.« (Hirsch 1968: 84)

Engels' Schrift, »Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft«, spielte eine Schlüsselrolle für die Auffassung dessen, was als Marxismus verstanden wurde. Der »Anti-Dühring«, wie das Werk bald hieß, war zunächst eine Artikelserie im Zentralorgan der SPD, dem noch heute in gleicher

⁷ Vgl. auch bei Hirsch das Kapitel: »Der erste Marxist« (1968: 84 ff.).

Funktion veröffentlichten »Vorwärts«, die 1877 als Buch erschien. Der Hauptgrund für die Schrift war nicht, die Grundlagen des Historischen Materialismus und der dialektischen Methode zu explizieren, sondern einen Angriff zu starten auf den Berliner Privatdozenten für Nationalökonomie und Philosophie, Eugen Dühring. Dieser hatte in der SPD, gefördert von Eduard Bernstein, mit seinem Programm der schrittweisen Verwirklichung der Ziele des Sozialismus immer mehr Anhänger gewonnen.

Im »Anti-Dühring« habe »Engels sein großes Talent bewiesen, mit Gespür für die massenhaft wirksame Aufbereitung von Ideen eine verständliche Erklärung der *Wissenschaft* des Marxismus« zu verfassen (Hunt 2020: 392). Hier findet sich die Begründung für die materialistische Geschichtsauffassung des »Historischen Materialismus« sowie die Ausweitung der dialektischen Methode auf eine die Gesellschafts- und Naturentwicklung gleichermaßen bestimmende Seinsgesetzlichkeit.

Teile dieses Werkes erweiterte Engels auf Bitten von Paul Lafargue zu der zuerst auf Französisch (1880), dann 1882 auf Deutsch erschienenen Broschüre »Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft« (Engels 1987). Im Kern wiederholte sie, was er und Marx in den 1840er Jahren geschrieben hatten, um den utopischen Sozialismus von Claude-Henri de Saint-Simon, Charles Fourier und Robert Owen zurückzuweisen.⁸ Die neuerliche Auseinandersetzung mit den Utopisten war von Engels' umfangreichen Studien der Naturwissenschaften und der Evolutionstheorie von Charles Darwin in »Die Entstehung der Arten« (1859) geprägt. Diese Broschüre und der »Anti-Dühring« trugen als allgemein verständliche Schriften erheblich zur Verbreitung der Ziele des wissenschaftlich fundierten Sozialismus bei.

In diesen Kontext der Popularisierung gehört auch Engels Schrift aus dem Jahr 1884 »Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. Im Anschluss an Lewis H. Morgan's Studien« (Engels 1962c).⁹ Engels war in der Frühgeschichte bewandert, auch jener der frühesten Kulturen und Staaten. In dieser Schrift findet sich das bekannte Schema: Von der friedlichen Urhorde, in der alle mit allen anderen Mitgliedern alles teilten, über die antike Sklavenhaltergesellschaft, den Feudalismus und die bürgerliche Klassengesellschaft hin zur friedlichen kommunistischen Gesellschaft

⁸ Vgl. im »Manifest der kommunistischen Partei« den Abschnitt »Der kritisch-utopistische Sozialismus oder Kommunismus« (Marx, Engels 1977: 489 ff.).

⁹ Der amerikanische Ethnosoziologe Lewis H. Morgan (1818–1881) hatte mit seinen Schriften, zumal »Ancient Society« (1877), für erhebliches Aufsehen gesorgt (Morgan 1985).

– gleichsam eine Urhorde auf neuer Stufe der evolutionären Entwicklung der Menschheit. Keine Frage, dass Engels die gewünschte Entwicklung hin zu einer klassenlosen Gesellschaft, in der es kein Eigentum mehr gibt an gesellschaftlich relevanten Produktionsmitteln, in ein vereinfachendes Schema bringt und sowohl die Urhorde als auch die Menschennatur idealistisch überzeichnet.

Die letzten Lebensjahre. Der Revisionismusstreit

Die letzten Lebensjahre von Friedrich Engels waren geprägt von wachsender Anerkennung seines zusammen mit Karl Marx geleisteten Lebenswerkes. Er war nach dem Tod von Marx *die* Autorität in Fragen des internationalen Sozialismus und unternahm in diesem Zusammenhang zahlreiche Reisen.¹⁰ Engels trug zur Konsolidierung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei und nahm auf das Erfurter Programm von 1891 Einfluss (vgl. Miller, Potthoff 1988: 52 ff.).

Streit gibt es bis heute darüber, inwiefern sich Friedrich Engels dem als »Revisionismus« bekannten, vor allem von Eduard Bernstein (1850–1932) vertretenen Flügel der nicht mehr revolutionär orientierten Parteilinie anschloss.¹¹ Bernstein war nach seiner Ausweisung aus der Schweiz 1888 nach London gezogen und hatte dort engen Umgang mit Engels.¹² Zur Einstellung von Engels im Hinblick auf den »Revisionismus« seien Auszüge aus einer seiner letzten Arbeiten wiedergegeben, dem Vorwort zur Neuauflage von Marx' »Die Klassenkämpfe in Frankreich« (1895):

»Als die Februarrevolution [1848, BS] ausbrach, standen wir alle, was unsere Vorstellungen von den Bedingungen und dem Verlauf revolutionärer Bewegungen betraf, unter dem Bann der bisherigen geschichtlichen Erfahrung, nämlich derjenigen Frankreichs [...]. Die Geschichte hat aber auch uns unrecht gegeben, hat unsere damalige Ansicht als eine Illusion enthüllt. Sie ist noch weitergegangen: Sie hat nicht

10 Hierfür lernte er mit unglaublicher Leichtigkeit neue Sprachen, wie Bulgarisch oder Rumänisch.

11 Diese Auseinandersetzungen hatten am Ende des ersten Weltkriegs zum Auseinanderbrechen der SPD und zur Abspaltung eines streng marxistischen und sich weiterhin international verstehenden Flügels, der USPD, geführt (vgl. Miller, Potthoff 1988: 76 ff.).

12 Ihn und August Bebel bestimmte Engels zu seinen literarischen Nachlassverwaltern (Hunt 2020: 466).

nur unseren damaligen Irrtum zerstört, sie hat auch die Bedingungen total umgewälzt, unter denen das Proletariat zu kämpfen hat [...]. Die revolutionären Arbeiter der romanischen Länder hatten sich angewöhnt, das Stimmrecht als einen Fallstrick, als ein Instrument der Regierungsprellerei anzusehen. In Deutschland war das anders. Schon das Kommunistische Manifest hatte die Erkämpfung des allgemeinen Wahlrechts, der Demokratie, als eine der ersten und wichtigsten Aufgaben des streitbaren Proletariats proklamiert, und Lassalle hatte diesen Punkt aufgenommen. Als nun Bismarck sich genötigt sah, dies Wahlrecht einzuführen als einziges Mittel, die Volksmassen für seine Pläne zu interessieren, da machten unsere Arbeiter sofort Ernst damit und sandten August Bebel in den ersten konstituierenden Reichstag.« (Engels 1963: 512 ff.)

Die philosophischen Quellen des Marxismus untersuchte Engels 1886 in der Schrift »Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie« (Engels 1962d). Ludwig Feuerbach hatte mit »Das Wesen des Christentums« (1841) nach Auffassung von Engels und Marx Religion als schönen Schein entlarvt und für den weiteren Gesellschaftsprozess als irrelevant erklärt. »Wir waren alle momentan Feuerbachianer«, schreibt Engels in der Rückerinnerung (zit. bei Hunt 2020: 76). Der für ihn wichtigste Philosoph blieb Hegel. Er teilte dessen Optimismus, dass die Geschichte ein Weg zur Freiheit eines jeden Individuums sei. Nach Engels und Marx ist das aber nur möglich, wenn Hegel vom Kopf auf die Füße gestellt wird, das heißt, wenn aus dem Hegelschen Gedankengebäude ein realer, revolutionärer Prozess wird. Dafür schienen ihnen zu ihrer Zeit alle Voraussetzungen gegeben, nicht zuletzt durch die großartigen (Vor-)Leistungen der bürgerlichen Gesellschaft. Im Kommunistischen Manifest heißt es:

»Die Bourgeoisie hat in der Geschichte eine höchst revolutionäre Rolle gespielt. [...] Sie] hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheins entkleidet. [...] Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren.« (Marx, Engels 1977: 465).

Das ist auch deshalb zu zitieren, weil die historischen Erfahrungen mit dem »real existierenden Sozialismus«¹³ verdeckten, dass es ein Zurück hinter die in der bürgerlichen Gesellschaft erreichten Freiheiten für Engels und Marx nicht geben konnte. Die proletarische Revolution, die *allen* Menschen Freiheit bringen sollte, konnte nur in England oder einem anderen fortgeschrittenen Land der bürgerlich-kapitalistischen Welt beginnen – nach Auffassung

13 So der Ostberliner Philosoph Rudolf Bahro in seinem Aufsehen erregenden Buch »Die Alternative« (1977).

von Engels und Marx auf keinen Fall in dem in allen Belangen zurück gebliebenen Russland.

Ausblick

Die heutige Rezeption der Schriften von Friedrich Engels hat sich für bestimmte Themen vom Kontext *Marx-Engels* gelöst, auch von dogmatischen Vorgaben, die noch die Diskussionen während der Studentenrevolte 1967ff. beherrschten. Engels wird heute unter anderem zitiert, wenn es sich um die Themen Emanzipation oder die »Dialektik der Natur« handelt. Dieses Werk, das zum Teil aus Materialien für den »Anti-Dühring« konzipiert wurde, erschien aus seinem Nachlass erstmalig in der unten zitierten Moskauer Ausgabe. Das nachfolgende Zitat zeigt seine Aktualität:

»Und so werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, daß wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand, der außer der Natur steht – sondern daß wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehn, und daß unsre ganze Herrschaft über sie darin besteht, im Vorzug vor allen andern Geschöpfen ihre Gesetze erkennen und richtig anwenden zu können.« (Engels 1962e: 453)

»Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unsern menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns.« (Ebd.: 452)

Literatur

Bahro, R. 1977: *Die Alternative*. Köln: EVA.

Engels, F. 1844: *Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie*. In K. Marx, A. Ruge (Hg.), *Deutsch-Französische Jahrbücher*. Paris: Bureau der Jahrbücher, 86–114; hier zitiert nach Wikisource.

Engels, F. 1962a [1850]: *Die deutsche Reichsverfassungskampagne*. Marx-Engels-Werke Band 7. Berlin: Dietz Verlag, 109–197.

Engels, F. 1962b [1883]: *Vorwort zum »Manifest der Kommunistischen Partei«* (deutsche Ausgabe von 1883). Marx-Engels-Werke Band 21. Berlin: Dietz Verlag, 3–4.

Engels, F. 1962c [1884]: *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates*. Im Anschluss an Lewis H. Morgan's Studien. Marx-Engels-Werke Band 21. Berlin: Dietz Verlag, 25–173.

- Engels, F. 1962d [1886]: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie. Marx-Engels-Werke Band 21. Berlin: Dietz Verlag, 259–307.
- Engels, F. 1962e [1925]: Dialektik der Natur. Marx-Engels-Werke Band 20. Berlin: Dietz Verlag, 305–570.
- Engels, F. 1963 [1895]: Einleitung zu Karl Marx' »Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850«. Marx-Engels-Werke Band 22. Berlin: Dietz Verlag, 509–527.
- Engels, F. 1964 [1845]: Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Nach eigener Anschauung und authentischen Quellen. Berlin: Dietz Verlag.
- Engels, F. 1966 [1842]: Alexander Jung und das junge Deutschland. In J. Hermand (Hg.), Das Junge Deutschland. Texte und Dokumente. Stuttgart: Reclam, 356–368.
- Engels, F. 1967a [1842]: Schelling und die Offenbarung. Kritik des neuesten Reaktionsversuchs gegen die freie Philosophie. Marx-Engels-Werke Band 41, Ergänzungsband: Schriften – Manuskripte – Briefe bis 1844, Berlin: Dietz Verlag, 171–221.
- Engels, F. 1967b [1842]: Schelling, der Philosoph in Christo oder die Verklärung der Weltweisheit zur Gottesweisheit. Für gläubige Christen, denen der philosophische Sprachgebrauch unbekannt ist. Marx-Engels-Werke Band 41, Ergänzungsband: Schriften – Manuskripte – Briefe bis 1844, Berlin: Dietz Verlag, 223–245.
- Engels, F. 1987 [1882]: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, Marx-Engels-Werke Band 19. Berlin: Dietz Verlag, 177–228.
- Feuerbach, L. 1841: Das Wesen des Christentums. Leipzig: Verlag Otto Wigand.
- Hirsch, H. 1968: Friedrich Engels in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. rororo Bildmonographien Band 142. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Hunt, T. 2020: Friedrich Engels. Der Mann, der den Marxismus erfand. 3. Auflage. Berlin: List-Taschenbuch. (engl. Originalausgabe: The Frock-Coated Communist. The Revolutionary Life of Friedrich Engels, London: Penguin 2009).
- Marx, K. 1963 [1885]: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Zweiter Band. Hrg. v. F. Engels. Marx-Engels-Werke Band 24. Berlin: Dietz Verlag.
- Marx, K. 1964 [1894]: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band. Hrg. v. F. Engels. Marx-Engels-Werke Band 25. Berlin: Dietz Verlag.
- Marx, K. 2004 [1932]: Die Frühschriften. Hrg. v. S. Landshut, 7. Aufl., Stuttgart: Kröner.
- Marx, K. 2008: Kapital und Politik. Mit einem Vorwort von H.-P. Harstick. Frankfurt am Main: Zweitausendeins.
- Marx, K., Engels, F. 1977 [1848]: Manifest der Kommunistischen Partei. Marx-Engels-Werke Band 4. Berlin: Dietz Verlag, 459–493.
- Miller, S., Potthoff, H. 1988: Kleine Geschichte der SPD, Darstellung und Dokumentation 1848–1963, 6. Aufl. Bonn: Verlag Neue Gesellschaft.
- Morgan, L.H. 1985 [1877]: Ancient Society. Tuscon: The University of Arizona Press.
- Neffe, J. 2017: Marx. Der Unvollendete. München: Pantheon.
- Raddatz, F.J. (Hg.) 1980: Mohr an General. Marx und Engels in ihren Briefen. Eine Auswahl. Wien: Molden.

Der Transfer von sozialwissenschaftlichem Wissen als Forschungsgegenstand

Günter Warsewa, Peter Bleses, Matthias Güldner

1. Zur Aktualität von Transfer und öffentlicher Wissenschaft

In diesem Sommer startet, angestoßen und finanziert vom Bundesforschungsministerium, ein neues Großunternehmen der sozialwissenschaftlichen Forschung, das bundesweit auf elf Standorte¹ verteilte *Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt* (FGZ). Bemerkenswert daran ist – unter anderem – die besondere Betonung des Transfers von wissenschaftlicher Expertise in gesellschaftliche Praxis als notwendige Ergänzung der

»umfassende[n] wissenschaftliche[n] Auseinandersetzung mit Strukturen und Wahrnehmungen gesellschaftlicher Zugehörigkeit. [...] Wissenstransfer ist [...] Ausdruck der gemeinsamen Produktion und Zirkulation von Wissen. Um das zu gewährleisten, bedarf es der ständigen Weiterentwicklung von Transferkonzepten durch eine reflexive und regelmäßige Evaluation von Transferaktivitäten, der Erprobung partizipativer Formen von Wissensproduktion und konkreter Weiterbildungsangebote im Bereich des Transfers.« (BMBF 2017)

Zusätzlich zu den »klassischen« Maßnahmen der Politik- und Gesellschaftsberatung soll

»eine Verzahnung mit Akteuren der Zivilgesellschaft und der politischen Bildung [...] angelegt werden. Der Austausch sollte in beide Richtungen ausgestaltet werden, indem Erfahrungen aus der Praxis in die Forschungskonzepte einfließen und so früh

¹ Technische Universität Berlin, Universität Bielefeld, Universität Bremen, Goethe-Universität Frankfurt am Main, Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Hans-Bredow-Institut für Medienforschung Hamburg, Leibniz Universität Hannover, Amadeu Antonio Stiftung – Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft Jena, Universität Konstanz, Universität Leipzig.

wie möglich ein gemeinsamer Transfer wissenschaftlicher Ergebnisse in die Praxis erfolgt.« (Ebd.)

Mit der »Verzahnung mit Akteuren der Zivilgesellschaft« und dem »Austausch in beide Richtungen« verbindet sich die Erwartung an die Sozialwissenschaften, selbst explizite Beiträge zur Lösung von Problemen des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu liefern. Gefordert sind die Soziologie bzw. im weiteren Sinne die Sozialwissenschaften in ihrer traditionellen Funktion als Krisenwissenschaft der modernen Gesellschaft. Und ihre Forschungen selbst sollen nicht nur als Prozesse der Wissensgenerierung, sondern auch als Medium der gesellschaftlichen (Norm)Bildung und praktischen Selbstaufklärung dienen.

Damit verweist die Aufgabenbeschreibung des *Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt* auf ein grundlegendes Spannungsfeld, in dem sich die sozialwissenschaftlichen Disziplinen immer bewegen: Anhand konkreter Beiträge zur Bewältigung von gesellschaftlichen Herausforderungen soll einerseits sozialwissenschaftliche Forschung ihre Nützlichkeit und Praxisrelevanz unter Beweis stellen. Die besondere Betonung dieser Aufgabe unterstellt, dass hier bislang nicht genug geleistet wurde und dass bei Transfer, Wissenschaftskommunikation und öffentlicher Wissenschaft größere Anstrengungen erforderlich sind.² Andererseits ist Wissenschaft selbst Teil der Gesellschaft und ohnehin in vielfacher Hinsicht in die gesellschaftliche Praxis eingebunden, die sie beobachtet und erklärt. Dazu gehört auch, dass Wissenschaft und Forschung einer eigenen Logik folgen, die sich vom sonstigen sozialen Alltag unterscheidet (vgl. Deutsche Gesellschaft für Philosophie et al. 2019) und die nicht beliebig veränderbar ist.

Während man sich also auf die »Suche nach einer öffentlichen Soziologie« (Bude 2005) begibt, unterscheidet sich die Praxis der Sozialwissenschaften bislang nur wenig von einem herkömmlichen Transferverständnis. In der Regel werden zwei Voraussetzungen unterstellt: Zum einen zahlt sich die kostspielige Herstellung, Weitergabe und Verbreitung wissenschaftlichen Wissens für die Gesellschaft überhaupt nur aus, wenn dieses Wissen eine besondere Qualität besitzt und sich von anderen Formen des Wissens (und Glaubens) unterscheidet. Diese Qualität sollte darin bestehen, dass die Konstruktion und Funktionsweise des Wissenschaftssystems ein Höchstmaß an Realitätserkenntnis verbürgt. Zum anderen wird mehr oder weniger unhinterfragt angenommen, dass wissenschaftliches Wissen als größtmögliche Annäherung an die Wirklichkeit tatsächlich zur Optimierung von Handeln

2 Vgl. dazu auch BMBF (2019) und Deutsche Gesellschaft für Philosophie et al. (2019).

und Entscheiden beiträgt. Unterstellt wird, dass solches Wissen in zahlreichen Verwendungszusammenhängen hilfreich und nützlich ist.

Der Transfer von wissenschaftlichem Expertenwissen in die Gesellschaft wird dann als Vermittlung von Erkenntnissen begriffen, die aufgrund von spezialisierter, professioneller Forschung und vertiefter Reflexion Vorgänge und Zusammenhänge in der Welt präziser beschreiben und erklären können als die Alltagserfahrung. Aufklärung und nützliche Beiträge zu Fortschritt und Rationalität sind die Erwartungen, die sich an *die* Wissenschaft richten und dem soll sie möglichst umstandslos nachkommen. *Öffentliche Wissenschaft* bedeutet also, die wissenschaftliche Wissensproduktion verstärkt an die Erwartungen bzw. die Nachfrage der Gesellschaft zu koppeln, und verlangt daher von der Wissenschaft genau diesen Nachweis der Nützlichkeit, der deswegen in immer stärkerem Maße zur zentralen Legitimation für aufwändige Forschung wird. Da die Besonderheit des wissenschaftlichen Wissens aber eben auch darin besteht, nicht für jedermann unmittelbar nachvollziehbar zu sein, werden von *der* Wissenschaft besondere Anstrengungen gefordert, ihre Nützlichkeit möglichst anschaulich und allgemeinverständlich zu kommunizieren. Zunehmend wird daher die Bedeutung von *public science, citizen science, outreach, public understanding of science, sharing science*, Wissenschaftskommunikation etc. hervorgehoben (vgl. Grundsatzpapier zur Wissenschaftskommunikation; BMBF 2019) – zumeist nicht ohne darauf hinzuweisen, dass Ergebnisse aus der Wissenschaft adressatengerecht und möglichst leicht verdaulich, das heißt nicht zu lang und ohne den üblichen unverständlichen Fachjargon verbreitet werden müssten.

Damit ist ein weites Spektrum von realer sozialwissenschaftlicher Praxis und ebenso von gesellschaftlicher Deutung dieser Praxis aufgespannt. Das Verhältnis von Nähe und Distanz, von engagierter Einmischung und unbeeiliger Beobachtung ist jedoch erstens historisch variabel und zweitens abhängig von der Perspektive, aus der es betrachtet wird. Vor diesem Hintergrund erscheinen der Transfer von sozialwissenschaftlichem Wissen und seine jeweiligen Funktionsbedingungen selbst als Forschungsgegenstand. Im Folgenden werden daher Überlegungen zu einer Transferforschung skizziert, die zum Verständnis von Transfer und Wissenschaftskommunikation – nicht nur im FGZ – beitragen könnte. Dazu wird zunächst ein vorläufiger konzeptioneller Rahmen für die Analyse von Wissenschaftstransfer (Kapitel 2, 3 und 4) skizziert und anschließend versucht, diesen Rahmen auf die konkreten Beziehungen zwischen Sozialwissenschaften und Politik anzuwenden (Kapitel 5). Ein kurzes Fazit bildet den Abschluss.

2. Forschung und Transfer lassen sich nicht trennen

Die gängige Unterscheidung – hier die komplizierte und aufwändige Forschung und dort die möglichst direkte und eingängige Vermittlung ihrer Ergebnisse in verschiedene Verwendungen – wird weder den Bedingungen der wissenschaftlichen Wissensproduktion noch den komplexen, wechselnden Vermittlungs- und Verwendungszusammenhängen gerecht. Die Wissenschaft der Gesellschaft, das heißt die Organisationsformen der wissenschaftlichen Wissensproduktion ebenso wie ihre Verbreitungs- und Verwendungszusammenhänge verändern sich im sozialen Wandel und mit der Wahrnehmung von und den gesellschaftlichen Erwartungen an Wissenschaft.

Für die Episode nach dem 2. Weltkrieg konnte wahrscheinlich zu Recht von einer Verwissenschaftlichung von Politik und Öffentlichkeit gesprochen werden (Schelsky 1961; Dahrendorf 1988), und insofern mag es in dieser Phase tatsächlich eine weitgehende Identität von *öffentlicher Wissenschaft* und einer *Wissenschaft der Gesellschaft* gegeben haben. Heute deutet sich jedoch eher eine Polarisierung zweier gegensätzlicher Trends an, die grundsätzlich verschiedene Umgangsweisen mit wissenschaftlichem Wissen signalisieren: Auf der einen Seite stützen sich gesellschaftliche Bewegungen und Aktivitäten, beispielsweise rund um Klimawandel, Nachhaltigkeit, Ökologie in besonders starkem Maße auf wissenschaftliche Evidenzen und gewinnen daraus einen Teil ihrer Glaubwürdigkeit und gesellschaftlichen Wirkungskraft (»Hört auf die Wissenschaftler«, G. Thunberg). Allerdings sind hier meist naturwissenschaftliche Erkenntnisse angesprochen, denen mehr Faktencharakter zugesprochen wird, obwohl schon die aktuelle Debatte zwischen Virolog*innen in der Coronakrise, die sich zum Teil um »Kleinigkeiten« wie etwa das Pro und Kontra einer allgemeinen Maskenpflicht dreht, der Gesellschaft und der auf verlässlichen Rat hoffenden Politik zeigt, dass auch naturwissenschaftliches Wissen kein gesichertes Terrain sein muss. Auf der anderen Seite verbreiten und verstärken sich wissenschaftsferne, zum Teil wissenschaftsfeindliche, populistische Diskurse und Bewegungen. Hier wird *die* Wissenschaft jenen abgehobenen Eliten zugeordnet, die keineswegs an Erkenntnis, sondern vor allem an ihrem eigenen Wohlergehen interessiert seien. Nicht zuletzt tragen digitale Kommunikationsmedien als Echokammern zur zunehmenden Verbreitung von Fake News, Alternativfakten, Verschwörungstheorien bzw. meist eben nicht wissenschaftsbasierten Wirklichkeitsdeutungen bei.

Das stetige Auseinanderdriften dieser beiden Perspektiven auf Wissenschaft hat schließlich auch Folgen für die Wissenschaftskommunikation und den Transfer von wissenschaftlichem Wissen in die Gesellschaft: Die Grenzen zwischen Glauben und Wissen werden unscharf; Forschung und wissenschaftliche Erkenntnis verkommen zu einer beliebigen Wissensform unter vielen anderen und erleiden erhebliche Akzeptanzverluste.

Was für das Angebot der Sozialwissenschaften an die Gesellschaft gilt, gilt eben auch für die Nachfrage nach wissenschaftlicher Expertise: Tatsächlich lassen sich unterschiedlich geartete Nachfragen nach wissenschaftlichen Erkenntnissen und vielfältige Verwendungen von Wissen und Indienstnahmen des Wissenschaftssystems beobachten. Herstellung, Verbreitung, Rezeption und Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse tragen mithin durchaus in vielfältiger Weise zur Entwicklung und Veränderung von Gesellschaft bei; welche Wirkungen konkret damit verbunden sind, hängt aber mit der Funktion von Wissenschaft in der Gesellschaft und mit dem Ansehen und den Erwartungen zusammen, die der Wissenschaft insgesamt entgegengebracht werden.

3. Transfer – Was ist das?

Funktionalität

Wissenschaft ist unmittelbar eingebunden in vielfältige Wechselwirkungen sowohl mit Politik als auch mit Öffentlichkeit und erfüllt darüber hinaus mittelbar wichtige Funktionen für das Verhältnis zwischen Politik und (weiterer) Öffentlichkeit.³ Wissenschaft wird hier also als Bestandteil einer tripolaren Struktur verstanden (s. Abb. 1), bei der jedes der drei Funktionssysteme zwar von seiner eigenen spezifischen Systemlogik geprägt und intern in zahlreiche Einzelbereiche zergliedert ist, aber insgesamt von der Anerkennung seiner Spezifität durch die jeweils anderen existenziell abhängt.

³ Mit Öffentlichkeit sind hier zum einen die »Leute« (Vobruba 2019) in ihrer Rolle als Gegenstand und Adressat*innen wissenschaftlichen sowie politischen Transfers gemeint, sofern sie nicht die Rolle Wissenschaftler*in oder Politiker*in einnehmen. Zum anderen meint Öffentlichkeit hier aber auch die Sphäre der öffentlichen Diskurse, die durch alle Arten von Kommunikationsmedien hergestellt wird.

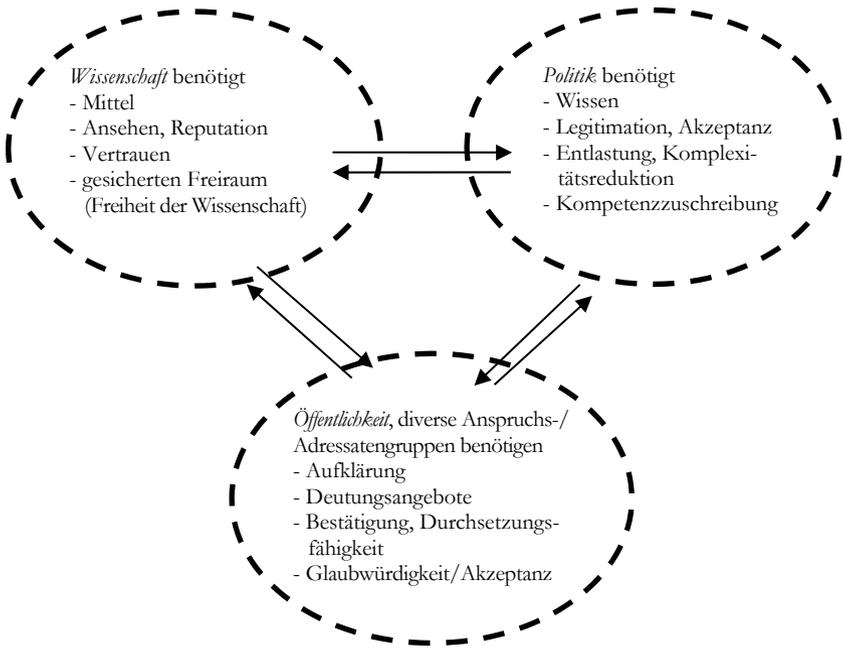


Abb. 1: Wechselbeziehungen zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit

Systemspezifische Filter und Verarbeitungsmechanismen sorgen dafür, dass jeweils nur bestimmte Anforderungen und Aufgaben innerhalb der Systemgrenzen wahrgenommen und verarbeitet werden. Gleiches gilt für den Output, an dem die Leistung des Systems für die Gesellschaft gemessen wird. Die Befriedigung von Ansprüchen und Erwartungen der jeweils anderen Funktionssysteme ist dabei Voraussetzung für die Versorgung mit den Ressourcen, von denen ihre Funktionsfähigkeit abhängt. Im Falle der Wissenschaft handelt es sich vor allem um finanzielle Mittel sowie einen rechtlichen Rahmen, der einen weiten Handlungsspielraum für alle Arten von explorativen wissenschaftlichen Aktivitäten (Freiheit von Forschung und Lehre) gewährleistet. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist das Vertrauen in sowohl die Verlässlichkeit als auch die Nützlichkeit von wissenschaftlicher Forschung. Nicht zuletzt wird die Funktionsfähigkeit des Wissenschaftssystems durch die Reputation der wissenschaftlichen Institutionen, das Ansehen und den sozialen Status ihrer Mitglieder bestimmt.

Neben der Versorgung mit den erforderlichen Ressourcen sollen spezifische Konstruktionsmerkmale des akademischen Wissenschaftssystems dessen spezifische Funktion für die Gesellschaft und eine entsprechende Leistungsfähigkeit in den dargestellten Transfermodi (siehe unten) gewährleisten:

Distanz: Beobachterperspektive, Neutralität, Unabhängigkeit von Forschung und Lehre;

Professionalität: spezifische Ausbildung, Steuerung durch Peermechanismen, Zugang zu allgemeinem Forschungsstand, wissenschaftliche Methodik, Übersicht über und Wettbewerb von unterschiedlichen Lehrmeinungen, Praktiken etc.;

Qualitätssicherung: Rankings, Key Performance Indicators, Review-Verfahren, Evaluationen, Metastudien etc.;

Spezialisierung: Ausdifferenzierung und (Bindestrich-)Disziplinarität, fachlicher Austausch in der *scientific community*, Expertentum;

Diagnosefähigkeit: Reflektierte Analyse und Interpretation, Seismographenfunktion, Zeitdiagnose;

(Beschränkte) Prognosefähigkeit: Analyse von Zusammenhängen, Entwicklung von Szenarien, Theorien.

Die Kombinationen dieser Merkmale sind innerhalb des Wissenschaftssystems unterschiedlich verteilt und ausgeprägt. Trotz der Einschränkungen, die sich aus der Ausdifferenzierung des Wissenschaftssystems für die Einhaltung seiner Qualitätskriterien ergeben, kann davon ausgegangen werden, dass die spezifische Art von Wissen, die hier produziert wird, in der Regel ihren Nachfrager*innen bzw. Anwender*innen Vorteile bietet, die durch diverse Formen von Transfer in vielfältiger Weise nutzbar werden:

Wissenschaftliche Expertise verspricht (1.) mehr *Tiefe* als anderes Wissen und Glauben, da deren Produktionsprozess als Kernfunktion des Wissenschaftssystems gründlicher, kontrollierter und professioneller stattfindet als in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Dies ist gerade die Daseinsberechtigung der Sozialwissenschaften und ihre Hauptaufgabe, Gesellschaft zu beobachten und der Gesellschaft die Ergebnisse ihrer Beobachtungen mitzuteilen. Zur besonderen, exklusiven Operationsweise des Wissenschaftssystems gehören nicht zuletzt auch die infrastrukturellen und methodischen Vorkehrungen, die hier einen ausführlichen Zugang zu den jeweiligen disziplinären Wissensquellen und Forschungsständen erlauben und damit (2.) mehr *Breite*, das heißt eine umfassendere Verarbeitung von bereits vorhan-

denem Wissen erlauben. Während die Punkte (1.) und (2.) sich auf die Herstellung von Wissen beziehen, betrifft eine spezifische Funktion von Transfer eher die gegenwarts- und zukunftsbezogene Verwendung wissenschaftlich informierter Reflektionen. Auf Grundlage wissenschaftlicher Diagnosen, wissenschaftlich erarbeiteter Szenarien und Prognosen etc. können (3.) Entscheidungen und Handlungsweisen zwar nicht unbedingt mit vollständiger Sicherheit, aber mit größerer Reflektiertheit beschlossen werden.

Operationsmodi

Je nach Art der beteiligten Akteure sowie deren Interessen und Zielen können sich die unmittelbaren Beziehungen zwischen den Funktionssystemen in unterschiedlichen Modi vollziehen.⁴ Die *lineare Vermittlung* von Wissen aus der Wissenschaft in andere gesellschaftliche Bereiche, zum Beispiel im Falle der Politikberatung oder der Produktion von Wissenschaftsvideos oder dergleichen, entspricht am ehesten den gängigen Vorstellungen von Wissenschaftskommunikation bzw. einer *öffentlichen Wissenschaft*. Dieser Modus des Transfers kann auf der Ebene einzelner Vermittlungsaktivitäten stattfinden, kann aber auch einen systemischen Charakter annehmen, indem beispielsweise regelmäßige Beobachtungsverfahren oder dauerhafte Beratungsstrukturen eingerichtet werden.

Im *Austauschmodus* findet dagegen wechselseitige Kommunikation statt, die sich entweder auf den unmittelbaren Forschungsprozess bezieht (etwa bei der gemeinsamen Formulierung von Fragestellungen zwischen Forscher*innen und anderen gesellschaftlichen Gruppen) oder einen systemischen Charakter annehmen kann (etwa bei der Beratung und Etablierung neuer Forschungsprogramme von Stiftungen oder Regierungen, die auf Basis von vorhandenen Erkenntnissen neues Wissen hervorbringen sollen).

Der *Modus der Ko-Produktion* erfordert andauernde Rückkoppelungen, in denen Fragestellungen, Forschungsprozess, Ergebnisinterpretation und -verwendung zwischen unterschiedlichen Kooperationspartnern abgestimmt werden und zudem zum Ausgangspunkt weiterer Kooperationen werden können. Auch dieser Modus kann sowohl auf der Ebene einzelner Forschungs- bzw. Ko-Produktionsprozesse (zum Beispiel *action research*) als auch

⁴ Die Ausführungen in diesem Abschnitt sind inspiriert durch Überlegungen, die von Jens Ibendorf, Universität Hannover, bei einer Transfertagung im November 2019 in Bremen vorgetragen wurden.

auf der Ebene der wechselseitigen Koppelung der Funktionssysteme (etwa bei Enquêtekommisionen und Gesetzgebungsverfahren unter Beteiligung von Wissenschaftler*innen oder im Falle von »transformativer« Wissenschaft) stattfinden. Die hierfür erforderliche gegenseitige Durchdringung von Systemlogiken und Überwindung von systemspezifischen Verarbeitungsmechanismen macht den Modus der Ko-Produktion zur anspruchsvollsten Form des Transfers, die politisch von der Wissenschaft eingefordert wird (vgl. Die Senatorin für Wissenschaft 2019).

Jenseits der unmittelbaren, wissensbezogenen Wechselprozesse zwischen Wissenschaft und anderen gesellschaftlichen Funktionsbereichen spielen auf beiden Seiten insbesondere bei der Interpretation, Verbreitung und Verwendung von Wissen und wissenschaftlicher Expertise zahlreiche andere Motive, Ziele, Interessen eine – manchmal wichtigere – Rolle. Die Frage, was Wissenschaftstransfer in der Gesellschaft bewirkt bzw. »anrichtet«, lässt sich daher nur in einer weiteren Perspektive beantworten.

4. Transferforschung

Die Art und Weise wie der skizzierte begriffliche Rahmen unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen praktisch ausgefüllt wird, ist Gegenstand von *Transferforschung*. Transferforschung analysiert die vielfältigen Wechselwirkungen zwischen Wissenschaft und Gesellschaft bzw. Teilen davon, und das bedeutet, den tatsächlichen Bedingungen, Funktionen und sozialen Wirkungen von Herstellung und Verwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse nachzugehen (vgl. Beck, Bonß 1989).

Allerdings wird kritisiert, dass es sich beim Wissenstransfer um eine *unclear technology* (Musselin 2007; BMBF 2019) handelt, die zumeist nicht systematischer Teil der akademischen Ausbildung und Sozialisation ist, kaum etablierten Routinen folgt und im Wesentlichen von informellen Aktivitäten geprägt ist (Olmos-Peñuela, Molas-Gallart, Castro-Martínez 2014). Jenseits der Selbstbeobachtung entziehen sich die Inhalte, Umfänge, Intentionen der Verwendung des wissenschaftlich erzeugten Wissens im weiteren Verwendungszusammenhang dem Zugriff der Sozialwissenschaften, bilden aber zugleich den *Deutungsboden*, auf den sozialwissenschaftliche Wissensangebote fallen und dort erneut weiterverwendet werden.

Im Unterschied zu einem einfachen Sender-Empfänger-Schema ist der Transfer sozialwissenschaftlichen Wissens mithin keine Einbahnstraße, die aus der *Wissenschaft* in Richtung *Politik* und/oder (weiterer) *Öffentlichkeit* verläuft. Vielmehr herrscht erstens reger Gegenverkehr. Zweitens findet der Wissenstransfer nicht allein zwischen der Wissenschaft und den beiden anderen Polen statt, sondern auch zwischen Politik und Öffentlichkeit(en). Die Straßenführung verläuft dabei immer in dem Dreieck zwischen den Polen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit. Zumindest folgende Strukturmerkmale der Interaktion zwischen sozialwissenschaftlicher Forschung und Gesellschaft lassen sich unterscheiden:

Verwissenschaftlichung

Die Sozialwissenschaften gewinnen ihr Wissen aus ihren gesellschaftlichen Forschungsgegenständen selbst. Wie sie dieses Wissen beziehen, welches Wissen sie wahrnehmen bzw. wahrnehmen sollen (und welches nicht), wie sie das Wissen verwerten und neues Wissen generieren (als Wissen »weiter Ordnung: Wissen über Wissen), ist Gegenstand wissenschaftsinterner Mechanismen (siehe oben) mit denen das Wissenschaftssystem – neben wissenschaftsinternen Machtkämpfen – die Qualität seiner Arbeit sichern will.

Mehr oder weniger unabhängig von den innerwissenschaftlichen Auseinandersetzungen richten sich Politik und Öffentlichkeit mit Erwartungen (oder expliziten Aufträgen) an die Sozialwissenschaften, beeinflussen in beträchtlichem Maße, zu welchen Themen (bzw. sozialen Fragen oder Problemen) Sozialwissenschaften forschen und für wen und in welcher Weise die produzierten Ergebnisse aufbereitet werden sollen. Damit gelangen sowohl Wissen als auch Bedingungen der Wissensaufbereitung schon vor der eigentlichen sozialwissenschaftlichen Wissenserzeugung in die Wissenschaften und beeinflussen den Forschungsprozess und die Forschungsergebnisse. Im besten Falle erhöhen sich dadurch Relevanz, Verwendbarkeit und Wirkmächtigkeit von wissenschaftlicher Erkenntnis; in jedem Falle aber werden durch die kommunikative Verbreitung sozialwissenschaftlichen Wissens (in welchen Bestandteilen und Ausdeutungen auch immer) von Politik in Richtung Öffentlichkeit und umgekehrt Deutungs- und Normbildungsprozesse in der Gesellschaft befördert und geprägt. Ehemals sozialwissenschaftliche

Begriffe, die zum festen Inventar politischer und öffentlicher Debatten geworden sind,⁵ zeugen davon.

Insofern prägen die Sozialwissenschaften ihre Forschungsgegenstände durch ihre Wissensangebote an die Gesellschaft selbst mit. Je mehr diese Angebote in Politik und Öffentlichkeit durch einen institutionalisierten und erfolgreichen Wissenstransfer wahrgenommen werden, desto größer dürfte dieser Effekt der Verwissenschaftlichung sein. In Gesellschaften mit ausgebautem Wissenschaftssystem kann es daher kaum ein wissenschaftlich unbeeinflusstes Wissen mehr geben. Das, was als Nachfrage nach wissenschaftlichem Wissen und Forschungsergebnissen Rationalität, Aufklärung und gesellschaftliche Selbstverständigung bestärken soll, bewirkt im Gegenzug eben auch eine Konstruktion von Gesellschaft, die zwar von den besonderen Bedingungen der wissenschaftlichen Wissensproduktion, in vielen Fällen aber noch stärker von den gesellschaftlichen Bedingungen der Verbreitung und Verwendung von Wissen geprägt ist.

Wissenschaft als Mittelschichts- bzw. Elitenprojekt

Obwohl in den Sozialwissenschaften ein methodischer Diskurs vorherrscht, der die Objektivität des durch die Forschung erlangten Wissens (also die möglichst geringe Beeinflussung des beobachteten Gegenstands durch die forschenden Subjekte) besonders hoch bewertet, kann nicht darüber hinweggesehen werden, dass jede/r Forschende immer auch ein spezifischer Teil jener Gesellschaft ist, die durch die Sozialwissenschaften analysiert wird. Aus der Zugehörigkeit zu Milieus, sozialen Gruppen, politischen Identifikationen usw. resultieren kaum hintergehbare *Seinsverbundenheiten* (Mannheim 1982) der Wahrnehmungen aller Forschenden. Diese konterkarieren die methodisch (meist) geforderte Distanz der Forschenden zu den Forschungsgegenständen. Das gilt auch für den Wissenschaftstransfer, in dem Forschende Kommunikator*innen und handelnde Bürger*innen zugleich sind. Und dieser Umstand beeinflusst zeitweilig sowohl Forschung als auch Transfer. Gentrifizierung, Segregation, soziale Benachteiligungen sind beispielsweise gängige Forschungsgegenstände einer kritischen Sozialwissenschaft, die mit wissenschaftlichen Methoden Gewinner*innen und Verlierer*innen solcher

⁵ zum Beispiel gesellschaftliche Spaltung, Zweidrittelgesellschaft, Postwachstumsgesellschaft, Arbeitsgesellschaft, Normalarbeitsverhältnis, prekäre Beschäftigung, sozialer Zusammenhalt.

Prozesse identifizieren und Beiträge zum gesellschaftlichen Zusammenhalt, zur Verbesserung der sozialen Lage von Verlierern und deren Empowerment leisten will. In der »superdiversen« Gesellschaft sind die Sozialforscher*innen aber auch Teil derjenigen gehobenen Mittelschichten, die eine große kulturelle Distanz zu vielen ihrer Forschungsgegenstände aufweisen und die durch ihre Lebens- und Alltagspraxis sogar die Erosion von Zusammenhalt mit verursachen – und als solche werden sie auch in weiten Teilen der Gesellschaft wahrgenommen. Diese Differenz beeinträchtigt die Resonanzfähigkeit und die Glaubwürdigkeit von wissenschaftlichem Wissen und seiner Transferierbarkeit.

Instrumentalisierung

Sozialwissenschaften beobachten unter anderem alles, was *Öffentlichkeit* und *Politik* ausmacht; sie beobachten aber auch das Verhältnis *zwischen* Politik und Öffentlichkeit. Das ist zum einen klassischer Forschungsgegenstand, zum anderen bevorzugter Gegenstand von Transfer, das heißt Wissenschaft informiert Politik (und Öffentlichkeit) darüber, was die Politik mit der Öffentlichkeit macht (anrichtet) und informiert umgekehrt die Öffentlichkeit darüber, was sie mit der Politik macht.⁶ Insofern als dieses reflexive Wissen in den realen Beziehungen und sozialen Prozessen eine Rolle spielt, beeinflusst Wissenschaftstransfer also mittelbar auch das Verhältnis von Politik und Öffentlichkeit. Das Wissen um diesen Zusammenhang bewirkt, dass wissenschaftliche Befunde nicht nur unterschiedlich bewertet und interpretiert, sondern auch für unterschiedliche Zwecke nachgefragt und »bestellt« werden können.

Je nach Art der Nachfrage und der Nachfragebedingungen kann die Bereitstellung von Wissen durch die Forschung dabei als Herrschaftsinstrument oder in anderer Weise als zweckbestimmte Wissensproduktion beurteilt werden. Wie diese Urteile ausfallen, hängt im Einzelfall davon ab, wie sehr ein Thema oder ein Forschungsergebnis die Schnittmenge aus zwei nicht immer leicht zur Deckung zu bringenden Anforderungen trifft: Zum einen orientiert sich sozialwissenschaftliche Forschung im Interesse ihrer Qualität und ihres eigenen Wissensfortschritts an internen Relevanz- und Qualitätskriterien; zum anderen muss sozialwissenschaftliche Forschung im

⁶ zum Beispiel welchen Erwartungen die Politik nachkommt, welche Reaktionen auf Meinungsumfragen erfolgen; warum kommunikativ oder gesetzgeberisch reagiert wird etc.

Interesse ihrer Ressourcenversorgung und ihrer Verwendungsfähigkeit sich an den Qualitäts- und Relevanzkriterien der (potentiellen) Nachfrager*innen nach wissenschaftlichem Wissen orientieren. In einer weitgehend verwissenschaftlichten Umgebung sind diese Schnittmengen in der Regel groß genug, um die Nachfragen nach wissenschaftlicher Wissensproduktion zu bedienen. Zur Herstellung solcher Schnittmengen tragen viele Vorkehrungen bei, wie zum Beispiel die Steuerung von Wissensproduktion durch Recht und Normierung (Ethikkommissionen, Datenschutzregeln etc.), Ausschreibungen und Förderbedingungen für Forschungsprojekte und -programme, Stellenbesetzungen an Universitäten und Instituten. *Forschungsfragen* und *-themen* orientieren sich daher zu einem beträchtlichen Teil an Markt- und Wettbewerbsbedingungen oder an gesellschaftlichen bzw. politischen Themenkonjunkturen.

Eine weiter gehende Politisierung oder Vermarktlichung von Wissenschaft bzw. von *Forschungsergebnissen* ergibt sich aus den weniger kontrollierbaren Bedingungen von Wissenstransfer: Wissenschaftliche Befunde können im Zuge ihrer Verwendung und Verbreitung immer auch unabhängig von ihrer Erzeugung dadurch instrumentalisiert werden, dass Ergebnisse auf verschiedene Weisen genutzt werden⁷ oder indem wissenschaftsimmanente Qualitätskriterien zum Beispiel durch unzulässige Verallgemeinerungen ignoriert werden. Wissenschaftlich produziertes Wissen wird also nicht nur als solches weiterverwendet; es vermengt sich mit anderen Wissensangeboten und Motiven im gesellschaftlichen Kommunikationsprozess (etwa zwischen Politik und Öffentlichkeit). Dieser Prozess kann von den Sozialwissenschaften nur noch sehr bedingt oder gar nicht mehr beeinflusst werden, bestimmt aber zu einem großen Teil, wie Forschungsergebnisse wahrgenommen und bewertet werden.

Uncindeutigkeit

Ein wesentlicher Faktor, der die Verortung von Wissenschaft beeinflusst, ist die Vermischung von wissenschaftsinternen und -externen Qualitäts- und Relevanzkriterien im Prozess der Weiterverbreitung und Verwendung von Forschungsergebnissen. Die für die gesellschaftliche Relevanz von For-

⁷ zum Beispiel das typische *Rosinenpicken*; Beck, Bonß 1989.

schung notwendige Herstellung von Schnittmengen zwischen wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Bedeutungsmaßstäben (siehe oben) trägt zur Uneindeutigkeit von sozialwissenschaftlichen Befunden bei.

Dafür ist auch die innere Differenzierung des Wissenschaftssystems in unterschiedliche Theorietraditionen, Forschungsparadigmen, normative Orientierungen verantwortlich, die es in den meisten Fällen erlaubt, Anforderungen an das Wissenschaftssystem unterschiedlich wahrzunehmen, zu interpretieren und zu verarbeiten. Auf diese Weise kann es zu divergierenden oder konkurrierenden wissenschaftlichen Aussagen kommen, etwa der bekannten Konstellation von Expert*in und Gegenexpert*in. Nicht zuletzt sind wissenschaftliche Befunde auch nicht immer so eindeutig, wie dies die Nachfrageseite wünscht. In dem Bemühen um die Befriedigung von Auftrag- und Geldgebern resultiert daraus eine große Versuchung, Forschungsergebnisse über die wissenschaftliche Aussagekraft hinaus zu interpretieren und eindeutiger darzustellen, als sie sind. Dies wird zudem dadurch erleichtert, dass *die* Wissenschaft sich eben nicht die Folgen von Entscheidungen zurechnen lassen muss, die – unter anderem – auf wissenschaftlichen Befunden basieren.

Medialisierung

Wegen seiner zumeist komplexen Inhalte und der überwiegenden Konventionalität der Vermittlung findet der Transfer von wissenschaftlichem Wissen nicht in allen sozialen Schichten, Altersgruppen und Milieus gleichermaßen Aufmerksamkeit. Um Legitimation und Ansehen von sowie das Verständnis für Wissenschaft zu erhöhen, wird sowohl von der Politik als auch von der Seite der Wissenschaftsorganisationen darauf gedrängt, die Vermittlung und Verbreitung von Forschungsergebnissen zu professionalisieren und ausdrücklich zu fördern (vgl. BMBF 2019). Nicht zuletzt deshalb schreitet gegenüber der Öffentlichkeit die Medialisierung von Wissenschaft voran. Im Zuge dieses Prozesses bedeutet Wissenstransfer zunehmend auch das kritische Übersetzen wissenschaftlicher Arbeit und Ergebnisse im Hinblick auf die Ansprüche und Aufmerksamkeitskriterien einer medialisierten Öffentlichkeit.

Dabei spielen neue digitale Verbreitungs Kanäle und soziale Medien, die neben die »konventionellen« Medien treten, eine wachsende Rolle, erfordern aber auch eine Anpassung an ihre eigenen Funktionsbedingungen. Damit

steht das traditionelle Spannungsverhältnis zwischen Wissenschaft und (Massen-)Medien im Fokus: Im Interesse der Verständlichkeit für breite Bevölkerungsschichten unterliegen wissenschaftliche Befunde ohnehin dem Zwang zur Komplexitätsreduktion. Die für den Journalismus alltägliche, aber den Wissenschaftler*innen nicht immer geläufige Herausforderung besteht darin, größere Reichweite durch Transfer zu erzielen, aber dabei den Gehalt der ursprünglichen Forschung nicht durch Vereinfachungen und Verzerrungen inhaltlich stark zu verfremden. Diese Herausforderung wird durch die Verbreitung in sozialen Medien noch verstärkt.

5. Sozialwissenschaften und Politik – eine schwierige Beziehung

Kooperation trotz Differenz?

Der Zusammenhang von Wissen(sproduktion) und Prozessen der politischen Willensbildung lässt sich vielfach ausbuchstabieren und ist von komplexen wechselseitigen Ansprüchen und Erwartungen geprägt: Wissenschaft und wissenschaftliche Einrichtungen sollen Expertise und Entscheidungsgrundlagen für diejenigen bereitstellen, die in anderen gesellschaftlichen Bereichen, in Politik und Wirtschaft für Entscheiden und Handeln zuständig sind; sie sollen als Innovationsmotor und Kompetenzreservoir politische Bemühungen um Wirtschaftswachstum und Lebensqualität unterstützen und eine Rolle bei der Herstellung und Vermarktung von Profil, Image und Identität von Nationen oder Regionen übernehmen. Zeitweilig wird von *der* Wissenschaft auch erwartet, dass sie gesellschaftliche Verantwortung übernimmt, indem sie sich in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen auf die Seite bestimmter Akteure schlägt und deren Positionen stützt und stärkt; sozial engagierte Wissenschaft wird dann zum Gegenpol einer Wissenschaft als Herrschaftsinstrument stilisiert, manchmal auch als moderierende Vermittlungsinstanz oder Schiedsrichterin bemüht. Zwischen grenzenlosen Erwartungen auf der einen und kaum haltbaren Versprechungen auf der anderen Seite wird ein realistisches Erwartungsmanagement zu einem wesentlichen Element von Wissenstransfer. Das bedeutet vor allem, sich der strukturellen Funktionsbedingungen des Wissenschaftssystems zu vergewissern und dies gegenüber Transferpartnern transparent zu machen. *Es bedeutet auch,*

die Differenz der wissenschaftlichen und politischen Systemlogiken und ihre wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnisse zu kennen und zu beachten (Weingart, Lentsch 2008).

Dennoch wird immer wieder nach Wegen gesucht, mit den unterschiedlichen Systemlogiken von Wissenschaft und Politik produktiv umzugehen und die Kooperation in einem gemeinsamen Arbeitsprozess praxis- und umsetzungsrelevant zu machen und so die Handlungskapazitäten von Politik und ihrer Akteure zu vergrößern. Schon in der Antike galt als besondere Qualität, die Unterscheidung von *Rat* und *Tat* aufzuheben. So war etwa den Griechen das Ansehen der homerischen Helden doppelt begründet: Durch klugen Rat *und* durch beherztes Handeln. Und ebenso klar war damals auch, dass beides – der Wert von Rat und der von Tat – sich am Nutzen für die Polis zu erweisen hatte (Warsewa 2006).

Unter den Bedingungen der modernen, arbeitsteiligen und vielfältig differenzierten Gesellschaft erscheint das antike Ideal der Einheit von Rat und Tat jedoch kaum einlösbar. Wissenschaftler*innen sind aus guten Gründen nur selten bereit, ihren guten Rat selbst in die Tat umzusetzen, und umgekehrt erscheint für Politiker*innen das Befolgen guten Rates oftmals so teuer, dass sie die daraus möglicherweise erwachsenden materiellen und politischen Kosten scheuen. Die strukturelle Differenz zwischen Wissensproduktion und politischer Handlung bzw. Entscheidung ist stattdessen Quelle zahlreicher wechselseitiger Missverständnisse und Fehlleistungen. Der direkte oder indirekte sozialwissenschaftliche Transfer in die Politik produziert (im Idealfall relevante) Hinweise und Anregungen, hebt aber als solcher keine eingespielten politischen Prozesse aus oder ersetzt diese. Politisches Handeln in Form von Maßnahmen in Politikfeldern (*policy*) oder im Rahmen der politischen Interaktion zwischen Parteien, Fraktionen etc. (*politics*) wird durch Transfergeschehen zwar beeinflusst, die Verantwortung verbleibt aber innerhalb der Systemlogik der politischen Sphäre. Deutlich wird dabei immer wieder die grundsätzliche Differenz zwischen Wissenschaft und Politik: Wissenschaft funktioniert als *institutionalisierter Zweifel*, während Politik ihre gesellschaftliche Funktion, die Herstellung kollektiv verbindlicher Entscheidungen, nur erfüllen kann, wenn sie ein möglichst hohes Maß an Gewissheit(en) annimmt bzw. selbst herstellt. Insofern erscheint es nicht verwunderlich, dass im Verhältnis von Politik und Sozialwissenschaften der Operationsmodus des einfachen, linearen Transfers dominiert.

Wechselseitige Indienstnahme

Vielfältige Erfahrungen mit wissenschaftlichen Expert*innengremien, Enquêtekommissionen, Gutachtaufträgen, Beratungseinrichtungen, Sachverständigenanhörungen, politisch motivierten Forschungsaufträgen und -programmen etc. zeigen, dass weiter gehende Transferbemühungen auf diesem Gebiet außerordentlich anspruchs- und voraussetzungsreich sind. Politikberatung in einem weiten Sinne und mehr noch ko-produktives Handeln von Wissenschaft und Politik setzen zunächst voraus, dass wissenschaftliche Expertise tatsächlich einen Beitrag zur Konsensbildung über den ›Stand des Wissens‹ leistet oder zumindest eine klare Darstellung konkurrierender Wissensansprüche zustande bringt und so in gewissem Umfang die Unsicherheit über Entscheidungsgrundlagen verringert. Ein typisches Instrument, das zu diesem Zweck von der Politik häufig genutzt wird, ist die Beauftragung von Metastudien, die aus der Vielzahl der Forschungsergebnisse und Lehrmeinungen zu einem bestimmten Thema diejenigen Befunde herausfiltern sollen, die als (weitgehend) geteilte Auffassungen und Stand der Forschung gelten können. Derartige Vergewisserungen brauchen Zeit und bieten überdies keineswegs eine Garantie auf letztgültige Ergebnisse.

Tatsächlich kann wissenschaftliche Expertise im politischen System zu meist nur dann Resonanz erzeugen, wenn sie jenseits ihrer eigenen Gütekriterien den Erwartungen und strukturellen Handlungsbedingungen der politischen Akteure entspricht. *Die* Wissenschaft ist eben nicht nur dann imstande, *die* Politik von Entscheidungsunsicherheiten zu entlasten und zur Steigerung ihrer Legitimation beizutragen, wenn sie ihrerseits wissenschaftliche Gütekriterien einhält und die Grenzen der Gültigkeit ihrer Aussagen deutlich erkennbar macht. Letzteres entspricht zumindest auch nicht immer dem vorrangigen Interesse der forschenden Wissenschaftler*innen. Wechselseitige Instrumentalisierungen organisieren sich zwar in der Regel vordergründig durchaus um die Bereitstellung von Wissen, jedoch dienen politisch motivierte Gutachtaufträge, die Teilnahme an Expertenkommissionen, Beratungsveranstaltungen etc. (Wissen on Demand) eben auch der Reputationssteigerung der betreffenden Wissenschaftler*innen und ihrer Einrichtungen, der Vorbereitung bzw. Verteilung lukrativer Forschungsaufträge und der Beförderung persönlicher Karrieren. Zeitweilig gibt man sich auf beiden Seiten damit zufrieden, die eigenen politischen Vorstellungen und Absichten mit den Weihen der wissenschaftlichen Expertise aufzuwerten.

Politik als Gegenstand von Forschung(transfer)

Sozialwissenschaftliche Analyse erfüllt also in der Politik ein breites Spektrum an Funktionen, von direkter oder subtiler politischer Instrumentalisierung bis zur willkommenen inhaltlichen Unterfütterung programmatischer, legislativer oder exekutiver Prozesse. Schwierig wird das Verhältnis dann, wenn sich wissenschaftliche Expertise dafür nicht eignet und/oder die Politik selbst zum Gegenstand von Forschung wird. Als Forschungsgegenstand und als wichtige Informationsquelle tragen die institutionalisierte Politik und ihre Protagonist*innen zum Prozess der wissenschaftlichen Wissensproduktion bei, was sich jedoch in mehrfacher Hinsicht als problematisch erweisen kann: Zumindest dann, wenn die Forschungsthemen und -arbeiten in den Verdacht geraten, politisch Verwertbares oder gar Brisantes zutage zu fördern, drohen schon die Fragen und Erhebungen im Bereich von Politik und Verwaltungen in die Zwickmühle zwischen Instrumentalisierung und Verweigerung zu geraten (Osterland, Warsewa 1991). Originäre Forschung und Transfer gehen hier ineinander über; Forschungsprozesse und -ergebnisse mit und über Politik bewegen sich in der Wahrnehmung der politischen Akteure in der Regel irgendwo zwischen lästigen Zeitfressern, potentiell schädlichen Enthüllungen und willkommenem Anlass zur Selbstreflektion.

Je stärker sich sozialwissenschaftliche Forschung mit den Protagonisten des Politikbetriebs, mit »Politik als Beruf« (Weber 2016) und/oder den konkreten Funktionsmechanismen des politischen Institutionensystems befasst, desto brisanter wird in der Regel der Erkenntniswert der wissenschaftlichen Perspektive für die Akteure des politischen Systems. In einer mehr oder weniger verwissenschaftlichten Umgebung sind viele kritische Erkenntnisse der soziologischen Analyse den handelnden Akteuren bereits weitgehend bewusst. Kieserling spricht daher von einem »Resonanzgefälle« zwischen *der* Politik und anderen Forschungsgegenständen der Soziologie: »Im Spiegel soziologischer Erkenntnisse erkennt die Politik sich entweder wieder (dann sind sie nicht informativ) – oder nicht (dann werden sie als wirklichkeitsfremd empfunden)« (Kieserling 2004: 89). Aus diesen Gründen ist die »soziologische Analyse der Politik [...] sowieso nicht das, was von der Soziologie erwartet wird« (Holzer 2019: 447). Während also Politiker in der Regel »keine Aufklärung über ihr eigenes Metier brauchen« (ebd.) oder diese aus verschiedenen Gründen nicht wünschen, treffen dieselben Erkenntnisse die Relevanzkriterien von Medien und Öffentlichkeit möglicherweise gerade besonders gut.

6. Fazit

Wissenschaftstransfer bewegt sich in mehreren Spannungsfeldern – zwischen Erwartungen und Möglichkeiten, zwischen Objektivität und Instrumentalisierung, zwischen Eigeninteresse und gesellschaftlicher Funktion. Einzelne Akteure des Wissenschaftssystems interpretieren ihre Rolle innerhalb dieser Spannungsfelder unterschiedlich, und auch in Öffentlichkeit und Politik geht die Verortung von Wissenstransfer zwischen diesen Polen mit unterschiedlichen Ansprüchen und Erwartungen einher. In zahlreichen Feldern wird in jüngster Zeit ein *Zwillingstrend* (Pielke 2012) der zunehmenden Verwissenschaftlichung von Politik und der Politisierung von Wissenschaft diagnostiziert. Mit beiden Phänomenen müssen sich Sozialwissenschaftler*innen beim Wissenstransfer intensiv auseinandersetzen und sich kritisch selbst befragen, um im beiderseitigen Nutzen kollaborieren zu können. Dabei geht es nicht um Berührungsverbote, sondern um Funktionsbedingungen für einen fruchtbaren Transferprozess.

Letztendlich muss *die* Wissenschaft, um ihre gesellschaftliche Funktion erfüllen zu können, mit Anforderungen auf zwei Ebenen umgehen können: Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit ist im konkreten Einzelfall von Wissensvermittlung, Wissensaustausch oder Ko-Produktion von Wissen ein Optimierungsinstrument, das nicht überstrapaziert werden darf. Im Gegenteil: Wichtig sind hier ein realistisches Erwartungsmanagement, das Gegenchecken mit anderen gesellschaftlichen Positionen und Überzeugungen und eine möglichst offene/öffentliche Wissensproduktion und -verwendung.

Auf einer Systemebene gilt all dies ebenfalls; hinzukommen aber diejenigen Produktions- und Transferbedingungen, die sich für wissenschaftliches Wissen aus der Vermarktlichung, Politisierung, Medialisierung von wissenschaftlicher Expertise einerseits und den nie gänzlich vermeidbaren Glaubwürdigkeitsproblemen andererseits ergeben. Dies stellt aktuell die wesentliche gemeinsame Herausforderung – insbesondere gegenüber den Tendenzen zur Verbreitung von wissenschaftsfernen, populistischen, irrationalen Auffassungen – für Wissenschaft wie auch Politik dar.

Die häufige Klage von Sozialwissenschaftler*innen über das, was aus den Wissenschaftsergebnissen während oder im Anschluss an den Wissenstransfer gemacht wird, klingt wenig selbstreflexiv. Leider ist die letzte große sozialwissenschaftliche Selbstreflexion, die mit der sozialwissenschaftlichen

Verwendungsforschung durch Beck und Bonß Ende der 1980er Jahre betrieben wurde, schnell wieder eingeschlafen (vgl. Neun 2016). Sie gälte es wiederzubeleben und mit dem *Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt* bietet sich die Chance, eine Transferforschung wieder aufzunehmen, die dem Gegenstand »sozialwissenschaftlicher Wissenstransfer« angemessen ist.

Es ist das Verdienst des Bundesforschungsministeriums, in der Konzeption des *Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt* den Transfer nicht an das Ende der Forschung zu Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu stellen. Praktischen Wissenstransfer von Beginn an als Bestandteil des Forschungsprogramms zu begreifen, eröffnet einer selbstreflexiven Sozialwissenschaft erhebliche Möglichkeiten zur Selbstbeobachtung, zur Analyse der *unclear technology* des Wissenstransfers, der beteiligten Rollen, Bedingungen, Wirkungszusammenhänge. Nicht zuletzt kann eine Transferforschung in diesem Sinne zu einer problembewussten Nachwuchsausbildung beitragen, die ebenfalls einen expliziten Bestandteil des FGZ-Programms ausmacht.

Literatur

- Beck, U., Bonß, W. 1989: Verwissenschaftlichung ohne Aufklärung? In U. Beck, W. Bonß. (Hg.), *Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung. Analysen zur Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 7–45.
- BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) 2017: Richtlinie zum Aufbau eines »Instituts für gesellschaftlichen Zusammenhalt«. Bundesanzeiger vom 08.11.2017, www.bmbf.de/foerderungen/bekanntmachung-1454.html, letzter Aufruf 4. Mai 2020.
- BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) 2019: Grundsatzpapier des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Wissenschaftskommunikation. Berlin.
- Bude, H. 2005: Kommentar zu Michael Burawoy: Auf der Suche nach einer öffentlichen Soziologie. *Soziale Welt*, 56. Jg., Heft 4, 375–380.
- Dahrendorf, R. 1988: Theorie und Praxis. In H. Mäding (Hg.), *Grenzen der Sozialwissenschaften*. Konstanzer Bibliothek, Bd. 11. Konstanz: UVK, 162–173.
- Deutsche Gesellschaft für Philosophie et al. 2019: Gemeinsame Stellungnahme geistes-, kultur- und sozialwissenschaftlicher Fachgesellschaften zur Ankündigung der Bundesministerin für Bildung und Forschung, die Wissenschaftskommunikation in Deutschland zu stärken, <https://soziologie.de/aktuell/stellungnahmen>, letzter Aufruf 4. Mai 2020.

- Die Senatorin für Wissenschaft 2019: Wissenschaftsplan für das Land Bremen 2025. Bremen. www.bremen.de/wissenschaft/wissenschaftsplan-2025, letzter Aufruf 4. Mai 2020.
- Holzer, B. 2019: Indifferenz oder Irritation? Politische Soziologie und politische Praxis. *SOZIOLOGIE*, 48. Jg., Heft 4, 446–449.
- Kieserling, A. 2004: Selbstbeschreibung und Fremdbeschreibung: Beiträge zur Soziologie soziologischen Wissens. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Mannheim, K. 1982 [1929]: Die Bedeutung der Konkurrenz in dem Gebiete des Geistigen. In V. Meja, N. Stehr, (Hg.), *Der Streit um die Wissenssoziologie*. Erster Band. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 325–370.
- Musselin, C. 2007: *The Transformation of Academic Work: Facts and Analysis*. Research & Occasional Paper Series: Center for Studies in Higher Education 4.07, Berkley: University of California.
- Neun, O. 2016: Die Verwendungsdebatte innerhalb der deutschen Soziologie: eine vergessene Phase der fachlichen Selbstreflexion. In H. Staubmann (Hg.), *Soziologie in Österreich – Internationale Verflechtungen*. Innsbruck: University Press, 333–353.
- Olmos-Peñuela, J., Molas-Gallart, J., Castro-Martinez, E. 2014: Informal collaborations between social sciences and humanities researchers and non-academic partners. *Science and Public Policy*, vol. 41, no. 4, 493–506.
- Osterland, M., Warsewa, G. 1991: Die parlamentarische Anfrage in der empirischen Sozialforschung – Erfahrungen mit einem ungebräuchlichen Erhebungsinstrument. *Soziale Welt*, 42. Jg., Heft 3, 387–394.
- Pielke, R. Jr. 2012: *The Honest Broker. Making Sense of Science in Policy and Politics*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Schelsky, H. 1961: *Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation*. Köln, Opladen: Westdeutscher Verlag, 5–45.
- Vobruba, G. 2019: *Die Gesellschaft der Leute. Kritik und Gestaltung der sozialen Verhältnisse*. 2. erweiterte Aufl. Wiesbaden: Springer.
- Warsewa, G. 2006: *Das Bremer Perspektiven-Labor – ein Modell der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Politik*. »Anstöße aus dem Bremer Perspektiven-Labor«, Band 8. Bremen: Der Präsident des Senats, Universität Bremen.
- Weber, M. 2016 [1919]: *Politik als Beruf*. 2. Auflage, Berlin: Zenodot Verlagsgesellschaft.
- Weingart, P., Lentsch, J. 2008: *Wissen – Beraten – Entscheiden. Form und Funktion wissenschaftlicher Politikberatung*. Weilerswist: Velbrück.

Ein Leben nach der Uni ist möglich

Das praktische Problem des Berufsverbleibs für
Promovierende in der Soziologie

Ulf Ortmann

1. Berufsperspektiven für Promovierende in der Soziologie als praktisches Problem

Berufsperspektiven für Promovierende in der Soziologie drängen sich nicht gerade auf. Auch dann nicht, wenn man statistische Analysen zum Berufsverbleib zu Rate zieht. Antworten, die quantitative Absolvent*innenbefragungen zum Berufsverbleib liefern, sind sowohl ernüchternd als auch vage: Auf der einen Seite ist die berufliche Perspektive innerhalb des wissenschaftlichen Dienstes an Hochschulen klar – die Professur – und bescheiden. Auf der anderen Seite: Außerhalb des wissenschaftlichen Dienstes sind die Perspektiven gut und vielfältig – auch Soziolog*innen sind zurzeit nahezu vollbeschäftigt – aber unklar; denn es gibt kaum typische Berufe für Soziolog*innen. Ich gehe im vorliegenden Papier der Frage des beruflichen Verbleibs als praktischem Problem nach: Was machen Promovierende der Soziologie, um ihre Berufsperspektiven zu klären? Und was machen Professor*innen der Soziologie, um die Berufsperspektiven der Promovierenden zu klären, die sie betreuen?

Dass die Gelegenheiten rar sind, im wissenschaftlichen Dienst der Hochschulen Karriere zu machen, ist bekannt. So weisen etwa Johann und Neufeld (2016) darauf hin, dass fächerübergreifend durchschnittlich 20 % der Promovierenden eine Professur anstreben:

»Setzt man dies ins Verhältnis zur Personal- und Prüfungsstatistik des Statistischen Bundesamtes, teilen ca. 12.000 von 60.000 in den Jahren 2012–14 Promovierten das Karriereziel »Professur« (ohne Medizin). Dem stehen jedoch gerade einmal 2.200 in den Jahren 2022–24 ausscheidende Professorinnen und Professoren gegenüber. 82 % der ambitionierten Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler bliebe damit ihr Karriereziel strukturell verwehrt.« (Johann, Neufeld 2016: 791f.)

Und selbst diejenigen, die im Verlauf ihrer wissenschaftlichen Karriere die Berufungsfähigkeit erlangen, stehen mehrheitlich vor der Aufgabe, einen Berufsweg jenseits der Professur einzuschlagen: Wenn man die Erstberufungen Habilitierter zu abgeschlossenen Habilitationen ins Verhältnis setzt und die medizinischen Fächer nicht mitrechnet, gab es im Jahr 2014 in der Bundesrepublik 165 erstberufene Habilitierte und 784 Habilitationen (vgl. Konsortium Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2017: 34).

Deutlich besser als die Chance, auf eine Professur zu gelangen, sind dagegen die Berufsperspektiven für Soziolog*innen im Allgemeinen. Die Bundesagentur für Arbeit gibt für 2018 für Soziolog*innen eine Arbeitslosenquote von 3,2 % an (vgl. BfA 2019: 107). Es sind kaum quantitative Auswertungen zum Einkommen promovierter Soziolog*innen sowie zur Adäquanz ihrer Beschäftigung (im Hinblick auf die Qualifikation) bekannt. Gleichwohl gibt die Promovierendenbefragung des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung einen Hinweis darauf, dass Promovierende der Soziologie die Aufgabe, den je eigenen beruflichen Verbleib nach der Promotion zu klären, durchaus mit Erfolg lösen: Ein Jahr nach Abschluss der Promotion im Prüfungsjahrgang 2013/14 hatten in Vollzeit beschäftigte Sozialwissenschaftler*innen im Durchschnitt ein Bruttomonats-einkommen von 4.054 Euro (vgl. DZHW 2017: 7).

Allerdings bieten statistische Analysen zum Berufsverbleib kaum Hinweise auf typische Berufsfelder von Soziolog*innen. Während bis in die Mitte der 1970er Jahre die Hälfte der Absolvent*innen sozialwissenschaftlicher Fächer an Hochschulen beschäftigt war (vgl. Glöckner 2007: 163), arbeiteten Mitte der 2000er Jahre nur noch 10 % der Sozialwissenschaftler*innen an Hochschulen. 13 % arbeiteten in der öffentlichen Verwaltung, 13 % in Medien, 9 % in Verbänden, Organisationen und Stiftungen; die Mehrheit von 55 % der Sozialwissenschaftler*innen verteilte sich auf andere Branchen (vgl. Briedis et al. 2008: 45).

Den Personen, die ich für den vorliegenden Beitrag interviewt habe, stellt sich die Frage des Berufsverbleibs promovierter Soziolog*innen als praktisches Problem: Promovierende aus der Soziologie treffen im Verlauf ihres Promotionsvorhabens – möglicherweise – Entscheidungen im Hinblick auf

die eigene berufliche Karriere. Professor*innen aus der Soziologie treffen im Verlauf der Promotionsprojekte, die sie betreuen – möglicherweise – Entscheidungen im Hinblick auf die berufliche Karriere ihrer Promovierenden. Oder Professor*innen sind – möglicherweise – in Konstellationen involviert, in denen sie ihre Promovierenden im Hinblick auf deren berufliche Karriere beraten.

Über den Umgang mit den Unwägbarkeiten des Berufsverbleibs als Promovierende oder als Professor*innen habe ich mit fünf Promovierenden und vier Professor*innen aus der Soziologie qualitative Interviews geführt. Zusätzlich habe ich zu diesem Thema vier Promovierende der Geschichtswissenschaft, zwei Professor*innen der Geschichtswissenschaft und insgesamt sechs Praktiker*innen aus Soziologie und Geschichtswissenschaft interviewt. Im Folgenden veranschauliche ich meine Ergebnisse nur mit jenen Interviews, die ich mit Promovierenden und Professor*innen in der Soziologie geführt habe. Die hier präsentierten Ergebnisse werden meines Erachtens durch Interviews mit Promovierenden und Professor*innen der Geschichtswissenschaft sowie mit Praktiker*innen aus Soziologie und Geschichtswissenschaft gestützt; ich gehe hier auf die letztgenannten Interviews jedoch nicht weiter ein.

Die Interviewpartner*innen habe ich so ausgewählt, dass die beruflichen Situationen, in denen sich die Befragten zum Zeitpunkt des Interviews befinden, möglichst heterogen sind: Unter den promovierenden Gesprächspartner*innen befinden sich wissenschaftliche Universitätsmitarbeiter*innen, Stipendiat*innen, Promovierende mit nebenberuflichen Tätigkeiten außerhalb der Universität sowie Promovierende, die mit hauptberuflichen Tätigkeiten außerhalb der Universität berufsbegleitend an einer Dissertation arbeiten. Die befragten Professor*innen unterscheiden sich nach der Zeit, die seit ihrer Berufung vergangen ist und die von wenigen Jahren bis zu mehreren Jahrzehnten reicht.

In den nächsten beiden Abschnitten präsentiere ich die inhaltsanalytisch gewonnenen Ergebnisse zunächst getrennt nach Promovierenden (2.) und Professor*innen (3.). Im Fazit (4.) gelange ich zu der These, dass sich die Frage nach beruflichem Verbleib für in der Soziologie Promovierende als praktisches Problem zeigt, das in erster Linie hingenommen wird: Promovierende und Professor*innen suchen Antworten auf die Frage nach dem beruflichen Verbleib typischerweise nur, wenn es um Anschlussfinanzierung geht.

2. Promovierende mit klaren Perspektiven und Promovierende mit vagen Aussichten

Promovierende finanzieren sich über verschiedene Quellen: über Stipendien, über wissenschaftliche Mitarbeiter*innenstellen an der Universität, über Vermögen, private Unterhaltszahlungen oder öffentliche Transferleistungen sowie über haupt- oder nebenberufliche Tätigkeiten außerhalb der Universität. Nur für Promovierende, die berufsbegleitend an einer Dissertation schreiben, ist der berufliche Verbleib – zumindest: vorläufig – schon im Verlauf eines Promotionsprojekts geklärt. Promovierende, die weder einer nebenberuflichen noch einer hauptberuflichen Tätigkeit außerhalb der Universität nachgehen, promovieren hingegen unter der Bedingung, dass der eigene berufliche Verbleib – sowohl in der Universität als auch außerhalb – nach der Promotion im Wesentlichen unwägbar ist.

Das zeige ich in diesem Abschnitt an zwei kontrastiven Fällen. Die Promovierende A. hat die Finanzierungsfrage ihrer Dissertation schon zu Beginn der Promotionszeit an die Frage des beruflichen Verbleibs außerhalb der Universität geknüpft und wurde im Verlauf ihrer noch nicht abgeschlossenen Promotion unbefristet beschäftigt. Der Promovierende B. hat die Finanzierungsfrage seiner fast abgeschlossenen Promotion dagegen über wissenschaftliche Mitarbeiterstellen an der Universität gelöst. Er hat es zum Ende seines Promotionsprojekts mit zwei Unwägbarkeiten zu tun: der einer akademischen Karriere und der Skizzenhaftigkeit von Berufsbildern für Soziolog*innen außerhalb der Universität.

Die Promovierende A. hat zu Beginn ihrer Promotion für einen kommunalen Migrationsrat, eine psychologische Frauenberatungsstelle und schließlich zweieinhalb Jahre für ein Sozialunternehmen in einem Forschungsprojekt zum Thema »Migration und Behinderung« gearbeitet:

»Es wurden zwei Mitarbeiterinnen gesucht; eine mit russischem und eine mit türkischem Migrationshintergrund. Die Kollegin mit russischem Migrationshintergrund kannte mich aus dem Studium und sie hat mich damals für die Projektstelle empfohlen. Nach zweieinhalb Jahren und dem Ende des Projekts wurde eine Fachstelle als Dauerstelle eingerichtet. Meine Kollegin hat dann eine Stelle in der Behindertenhilfe im Unternehmen angetreten. Und ich bin auf die Fachstelle gekommen.«

Auf dieser »Fachstelle« hat A. eine Brückenfunktion zwischen Pflegekräften, Management, Klient*innen des Unternehmens und deren Angehörigen: Zum einen vermittelt sie fallbezogen zwischen Pflegekräften und Angehörigen mit Migrationshintergrund; zum anderen ist sie auf konzeptioneller

Ebene für die interkulturelle Öffnung des Unternehmens verantwortlich. A. arbeitet auf dieser Stelle bis jetzt und schreibt an ihrer Dissertation berufs-
begleitend.

Der Promovierende B. ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität und kurz davor, seine Dissertation einzureichen. Er plant, nach der Promotion ein Forschungsprojekt an der Universität zu beantragen oder sich an der Universität um Mitarbeiterstellen zu bewerben. Falls er nach der Promotion auf dem akademischen Arbeitsmarkt nicht erfolgreich ist, zieht er in Erwägung, nach Arbeit zu suchen, die seiner bisherigen wissenschaftlichen Arbeit ähnlich ist:

»Ich weiß nicht, wie viel Spaß mir Werbung oder wie viel Spaß mir Journalismus machen würde. Meine Mutmaßung ist, dass das mit Journalismus beispielsweise ganz gut passt zu dem, was mir eigentlich gefällt: ein Thema aufzuarbeiten, von dem man nicht so viel Ahnung hat; erst. Wo man recherchieren muss, wo man was rauskriegen muss, wo es Rätsel gibt. Wo man auch zusammenarbeiten muss, wahrscheinlich. Weil es einfach so komplex ist, dass man das nicht alleine in einer gewissen Zeit hinkriegt. Es geht natürlich um Schreiben. Um Kommunizieren von Erkenntnissen. So. Also, meine eigene Theorie ist, dass ich eigentlich für mehr Sachen offen bin. Oder auch andere Sachen irgendwie könnte. Aber ich suche praktisch nur nach akademischen Beschäftigungen.«

Die Promovierenden A. und B. stellen im Hinblick auf die Frage nach ihrem beruflichen Verbleib nach der Promotion Extremfälle dar. A. ist bei der Suche nach einer Finanzierung des eigenen Promotionsprojekts über die Empfehlung einer Kommilitonin und die Projektarbeit für ein Sozialunternehmen zu einer dauerhaften Anstellung während der Promotion gekommen. Demgegenüber plant B. kurz vor Abgabe seiner Dissertation vage, nach der Promotion entweder an der Universität Forschung zu betreiben, oder außerhalb der Universitäten nach Tätigkeiten zu suchen, die dem Forschen ähnlich sind. Kurz gesagt: Während A. über eine entfristete Stelle verfügt, die sie nach der Promotion entweder weiterhin innehat oder verlässt, hat B. die Präferenz – allerdings keine Angebote – zukünftig im wissenschaftlichen Dienst einer Universität zu arbeiten.

Zwischen diesen beiden Polen finden sich unter den Befragten Promovierende mit Promotionsstipendien; Promovierende mit befristeten haupt- oder nebenberuflichen Tätigkeiten außerhalb der Universität; oder auch Promovierende mit Mitarbeiter*innenstellen an der Universität, die vor der Promotion einer außeruniversitären Tätigkeit nachgegangen sind. Allen interviewten Promovierenden aber ist gemeinsam, dass ihre Aktivitäten, um die

je eigene Berufsperspektive nach der Promotion zu klären, überschaubar sind – sofern die Finanzierung des Promotionsprojekts schon oder noch gesichert ist.

3. Professor*innen, die vor dem »Plan A« warnen und über den »Plan B« kaum sprechen

Es mag das Vorurteil geben, dass Professor*innen ihren Promovierenden den eigenen beruflichen Werdegang zur Nachahmung empfehlen und außeruniversitäre Karrieren als »Plan B« geringschätzen. Die Soziologieprofessor*innen, die ich interviewt habe, bestätigen dieses Klischee nicht. Vielmehr machen sie alle glaubhaft, dass sie sowohl mit Absolvent*innen, die bei ihnen die Betreuung einer Doktorarbeit anfragen, als auch mit Promovierenden und Postdocs über Unwägbarkeiten universitärer Karrieren in aller Deutlichkeit sprechen.

Davon ausgehend unterscheiden sich die Positionen, die Professor*innen zur Frage des Berufsverbleibs ihrer Promovierenden einnehmen. Auf der einen Seite finden sich Professor*innen, die gegenüber ihren Promovierenden über die eigene Berufserfahrung bis zur Professur und über außeruniversitäre Karrierewege ihnen persönlich bekannter Soziolog*innen berichten – die aber allenfalls Karriereberatung im Hinblick auf eine mögliche wissenschaftliche Karriere von Promovierenden als eigene professorale Aufgabe ansehen. Auf der anderen Seite finden sich Professor*innen, die mögliche Karrierewege von Promovierenden als einen wesentlichen Aspekt bei der Planung eines Dissertationsprojekts einstufen.

Ich stelle in diesem Abschnitt zwei extreme Positionen und eine Zwischenposition vor. Professorin C. berät ihre Promovierenden vor Beginn eines Promotionsprojekts im Hinblick auf berufliche Perspektiven außerhalb der Universität. Professor D. nimmt eine mittlere Position ein und greift das Thema in Gesprächen mit Promovierenden auf, sofern Promovierende den beruflichen Verbleib ihm gegenüber ansprechen. Professor E. hat hingegen die Erfahrung gemacht, dass die Statusdifferenz zwischen Betreuer*innen und Doktorand*innen – nicht nur im Hinblick auf den beruflichen Verbleib – »verhindert, dass die Leute sagen, was wirklich los ist.«

Professorin C. schätzt die Auswahl von Themen und Methoden eines Dissertationsprojekts als im Hinblick auf mögliche Karrierewege relevante

Entscheidung ein – und sieht sich dafür verantwortlich, Dissertationen auch unter diesem Aspekt zu betreuen. Sie sieht für Absolvent*innen über Praktika während des Studiums einen typischen Weg ins Berufsleben, der Soziolog*innen auf verschiedene Berufsfelder führt. Ihre Einschätzung ist allerdings, dass Promovierende aus zwei Gründen einen schwierigeren Berufseinstieg haben als andere Absolvent*innen der Soziologie: Zum einen bekommt C. als Professorin Anfragen, Studierende als Hilfskräfte oder Praktikant*innen zu vermitteln; Promovierte sind aus ihrer Sicht dagegen mit dem Vorurteil konfrontiert, »dass man sie nicht mehr formen kann«. Zum anderen sind nach ihrer Erfahrung außeruniversitäre Praktiker*innen ohne Dokortitel nicht geeignet, Promovierte einzustellen. Sie berät Absolvent*innen mit Interesse an einer Promotion auch vor dem Hintergrund, dass die Aufnahme einer Promotion den Nebeneffekt hat, dass die durch Praktika während des Studiums geknüpften Kontakte (zunächst) nicht zum Berufseinstieg genutzt werden können.

In diesen Gesprächen – die stattfinden, bevor Absolvent*innen ein Promotionsprojekt beginnen und dazu mit ihr ein Betreuungsverhältnis eingehen – gibt Professorin C. zum einen zu bedenken, dass inneruniversitäre Karrieren unwahrscheinlich sind. Zum anderen rät sie sowohl dazu, Dissertationen mit Blick auf mögliche außeruniversitäre Karrieren als empirische Arbeit zu konzipieren (um Methodenkompetenzen nachzuweisen), als auch dazu, die Dissertation zu einem Thema zu schreiben, das zu einem für die/den Promovierende*n denkbaren Tätigkeitsfeld passt: »Man braucht ein funktionales Äquivalent dafür, dass Soziologen keine feste Berufsbezeichnung haben für irgendetwas.«

Die Karrierewege von Promovierenden werden typischerweise dann zum Gegenstand von Diskussionen zwischen Promovierenden und Professor*innen gemacht, wenn die Finanzierung des Promotionsprojekts entweder noch nicht oder nicht mehr gesichert ist. In der Zwischenzeit wird der berufliche Verbleib zwischen Professor*innen und Promovierenden – zumindest im Hinblick auf außeruniversitäre Karrieren – nicht verhandelt. Optimistisch betrachtet diesen Umstand Professor D., der im Gespräch mit den Promovierenden Ideen für die je eigene Karriereplanung der Promovierenden entwickelt:

»Das Geld geht zu Ende. Und die [Promovierenden] kommen dann zu mir natürlich wegen des Geldes. Das ist ein typischer Fall, dass die sagen: Ja, ich bin hier, was gibt es denn? Und ich muss dann immer sagen: Ja, leider, wir haben hier keine Stellen.

Es sieht ganz schlecht aus. [...] Alles schwierig. Und das ist der Einstiegspunkt, wo ich dann sage: Ja, was gibt es denn für Optionen?»

Pessimistisch betrachtet diesen Umstand dagegen Professor E., der im Verlauf unseres Interviews zu Karrieren und Karriereberatung von Promovierenden die Vermutung äußert, dass nicht nur Fragen der Karriereplanung im Besonderen, sondern allgemein Probleme zwischen Professor*innen und Promovierenden nicht besprochen werden, die sich für Promovierende im Verlauf eines Promotionsprojekts ergeben und die ihnen schwer wiegen:

»Ich find, das ist so 'ne richtige black box. Dadurch, dass die Doktorand*innen gegenüber den Professor*innen ja sehr zurückhaltend sind, was jetzt ihr eigenes Leiden angeht. Häufig sieht man das als Betreuer*in erst, wenn ganz, ganz viel schiefgelaufen ist.«

Während aus der Sicht von D. im Verlauf eines Promotionsvorhabens zu wenigstens einem Zeitpunkt eine Diskussion zum beruflichen Verbleib von Promovierenden angeregt und von ihm als Betreuer aufgegriffen wird, hebt E. hervor, dass nach seiner Erfahrung im Rahmen eines Promotionsprojekts relevante Probleme zwischen Promovierenden und Professor*innen nicht thematisiert werden – die Frage nach dem beruflichen Verbleib stellt nach seinem Ermessen keine Ausnahme dar. Allen befragten Professor*innen ist dagegen eine Einschätzung gemeinsam: Promovierende und Professor*innen sprechen selten miteinander über Karriereoptionen.

4. Fazit: Die Frage nach beruflichem Verbleib beantworten promovierende Soziolog*innen in Statuspassagen – mit Erfolg

Auf die Frage, wie sie nach der Promotion den Einstieg in ihr aktuelles Tätigkeitsfeld gefunden habe, antwortete mir eine promovierte Soziologin, dass sie nach Abgabe ihrer Dissertation Stellenanzeigen gefunden habe, die zu ihrem Profil passten: »Was ein ganz gutes Gefühl war, weil ich eigentlich erst mit der Abgabe angefangen hab zu suchen.« Um eine dieser Stellen habe sie sich dann erfolgreich beworben. Auf der Grundlage von qualitativen Interviews, die ich mit Promovierenden und Professor*innen aus der Soziologie geführt habe, habe ich argumentiert, dass es sich hier keineswegs um eine

Ausnahme, sondern um einen für in der Soziologie Promovierende typischen Verlauf von »Karriereplanung« handelt: Die Frage des beruflichen Verbleibs wird in zeitlich begrenzten Statuspassagen beantwortet.

Meine These ist, dass Promovierende und Professor*innen die Frage nach dem beruflichen Verbleib als promovierende bzw. promovierte Soziolog*innen in erster Linie als offene Frage hinnehmen. Das Argument, das Promovierende und Professor*innen dazu formulieren, lautet zusammengefasst: Nach Antworten auf die Frage nach dem beruflichen Verbleib suchen Promovierende und Professor*innen typischerweise nur unter der Bedingung, dass Promovierende oder Promovierte eine Finanzierung benötigen. Dass die Frage des beruflichen Verbleibs an die Finanzierungsfrage geknüpft ist, zeigt sich je nach Position der Beteiligten wiederum auf verschiedene Weise.

Promovierende lösen das Finanzierungsproblem des je eigenen Promotionsprojekts unterschiedlich. Während nebenberuflich tätige oder berufsbegleitend Promovierende ihren beruflichen Verbleib – zumindest: vorläufig – im Vollzug eines Promotionsprojekts klären, nehmen Promovierende mit anderen Finanzierungsquellen zwei Unwägbarkeiten bis zur Promotion – oder dem vorzeitigen Abbruch des Promotionsprojekts – hin: Stipendiat*innen, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen an Hochschulen sowie Promovierende, die sich über private Unterhaltszahlungen, staatliche Transferleistungen oder Vermögen finanzieren, akzeptieren die Unwägbarkeiten einer akademischen Karriere ebenso wie die Skizzenhaftigkeit von Berufsbildern für Soziolog*innen. Damit korrespondiert, dass Professor*innen für Soziologie (zumindest) mögliche außeruniversitäre Karrierewege mit ihren Promovierenden nur dann diskutieren, wenn die Finanzierung des jeweiligen Promotionsprojekts noch nicht oder nicht mehr gesichert ist.

Dass Promovierende und Professor*innen die Frage nach dem beruflichen Verbleib von Promovierenden und Promovierten in Statuspassagen klären, heißt nicht, dass der berufliche Verbleib der/des jeweiligen Soziolog*in nach dem Übergang von Promotionsprojekt und Beruf – ebenso wenig wie nach dem Studium oder nach der Habilitation – bis zur Rente geklärt ist. Aber auch, wenn es sich hier um einen immer nur vorläufigen Berufsverbleib handelt, der in Statuspassagen geklärt wird: Es sind zeitlich deutlich eingegrenzte Aktivitäten, in die Promovierende, Professor*innen und Praktiker*innen involviert sind. Dass der Übergang in kurzen Statuspassagen gelingt, könnte ein Argument sein, um – bisweilen: düstere – Diskussionen zum beruflichen Verbleib von Nachwuchswissenschaftler*innen aufzuheben.

Literatur

- Briedis, K., Fabian, G., Kerst, C., Schaeper, H. 2008: Berufsverbleib von Geisteswissenschaftlerinnen und Geisteswissenschaftlern. HIS: Forum Hochschule, Band 11.
- BfA 2019: Blickpunkt Arbeitsmarkt – Akademikerinnen und Akademiker. Nürnberg: Bundesagentur für Arbeit.
- DZHW 2017: Sozialwissenschaften. Ergebnisse der Promoviertenbefragung des Prüfungsjahrgangs 2013/2014. Hannover: Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung, https://www.dzhw.eu/pdf/22/ergebnisse_sozialwissenschaften_promoviertenstudie.pdf, letzter Aufruf 22. April 2020.
- Flöther, C. 2017: Promovierte auf dem außeruniversitären Arbeitsmarkt: mehr als ein »Plan B«. WSI-Mitteilungen, 70. Jg., Heft 5, 356–363.
- Glöckner, U. 2007: Hintergrund: Wandel der Tätigkeitsfelder von Sozialwissenschaftlern. In W. Breger, S. Böhmer (Hg.), Was werden mit Soziologie. Berufe für Soziologinnen und Soziologen. Stuttgart: Lucius & Lucius, 163–176.
- Johann, D., Neufeld, J. 2016: Nachwuchsprobleme. Situation und Berufsziele des wissenschaftlichen Nachwuchses. Forschung und Lehre, 23. Jg., Heft 9, 790–791.
- Konegen-Grenier, C. 2019: Geisteswissenschaftler auf dem Arbeitsmarkt. Berufe, Branchen, Karrierepositionen. IW Report, Nr. 32.
- Konsortium Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs (Hg.) 2017: Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2017. Statistische Daten und Forschungsbefunde zu Promovierenden und Promovierten in Deutschland. Bielefeld: wbv.

Soziologie des Un/Verfügbaren

Vorstellung des DFG-Netzwerks

Katharina Block

Im März 2020 hat die DFG die Förderung des wissenschaftlichen Netzwerks *Soziologie des Un/Verfügbaren* bewilligt. Die Arbeit im Netzwerk wird – auch aus gegebenem Anlass (Corona-Pandemie) – erst im Frühjahr 2021 aufgenommen werden. Das Netzwerk wird entlang verschiedener Bereiche gesellschaftlicher Entwicklungen zeigen, dass diese Entwicklungen etablierte Forschungsperspektiven und Wissensformen herausfordern, ja gar in Frage stellen. Ziel des Netzwerks ist, in Auseinandersetzung mit einerseits bestehenden soziologischen Theorieangeboten und andererseits neuen Denkhorizonten aus den Kultur- und Geisteswissenschaften, eine Theoriebildung voranzutreiben, mit der die gesellschaftlichen Entwicklungen in der Soziologie adäquat erfasst werden können, ohne wichtige Veränderungen dabei unbeobachtet zu lassen. Die wesentlichen Konstitutiva dieser Entwicklungen werden dabei als konkrete Phänomene und Erfahrungen des Unverfügbaren verstanden, die das spätmoderne Selbst-Weltverhältnis fundamental herausfordern.

Themenbereich des Netzwerks und Einordnung in aktuelle Diskussionen

Im 21. Jahrhundert kulminiert die sich ausbreitende Verfügbarmachung der Welt, des Selbst und des Sozialen in komplexen gesellschaftlichen Transformationsereignissen besonderer Art. Die Konfrontation mit diesen Ereignissen wird primär in Erfahrungen des Ungewissen, der Unabschbarkeit, der

Orientierungslosigkeit und des Unkontrollierbaren artikuliert, kurz: in *Erfahrungen des Unverfügbaren*. Die Ereignisse selbst sind mit Stichworten wie Anthropozän, europäische »Flüchtlingskrise«, Big Data, KI oder auch mit humanitären Katastrophen verknüpft – die sogenannte Corona-Pandemie kann hier als aktuellstes Beispiel eingereicht werden. Die Ausgangsthese des Netzwerks ist, dass diese Ereignisse eine neue Qualität aufweisen, weil ihr komplexes Zustandekommen, ihr unüberschaubarer Zusammenhang und ihre ungewissen Folgen sie als *konkrete Phänomene des Unverfügbaren* sichtbar werden lassen, die drohen, sich auf Dauer zu stellen. Die jüngere kultur- und geisteswissenschaftliche Zeitdiagnostik sowie Gesellschaftstheorie nehmen auf breiter Ebene bereits Bezug auf diesen Sachverhalt, ohne systematisch eine Theorie des Unverfügbaren zu formulieren.

Im Bereich gesellschaftlicher Naturverhältnisse hatte Ulrich Beck zuletzt versucht, angesichts ökologischer Herausforderungen, von denen niemand weiß, wie ihnen eigentlich begegnet werden soll, die vor allem auf den Klimawandel bezogene Neuartigkeit der Situation mit dem Begriff der »Metamorphose« festzuhalten. Diese erstreckte sich mittlerweile global, entbehre allerdings den operationalisierbaren Qualitäten einer Weltrisikogesellschaft (Beck 2017). »Die Metamorphose der Welt«, so Beck, sei kein gesellschaftlicher Wandel, soziale Transformation und auch keine Krise, sondern eine weitaus radikalere Veränderung, bei der etwas völlig Neues entstehe und mit modernen Gewissheiten nicht zu fassen sei. Sie erfordere daher eine *Revolution der Wissenschaft* (ebd.: 35 f.). Im Kontext des von Bruno Latour sogenannten »Klimaregimes«, das mit der Anthropozän-Debatte verknüpft ist, konstatieren Latour, aber auch Donna Haraway oder Anna L. Tsing, prekäre Ohnmachtserfahrungen und Orientierungslosigkeiten, die in der Anthropozän genannten Situation entstünden und von keinem *business as usual* mehr zu lösen seien (Latour 2017, 2018; Haraway 2018; Tsing 2018). Haraway und Tsing plädieren – analog zu Beck – explizit dafür, *das Denken zu erneuern*, um diesen *no-analogue state* (Moore et al. 2001) überhaupt erfassen zu können. Henning Laux und Anna Henkel fragen angesichts einer in der Anthropozän-These sich verlautbarenden Zäsur, worin der Neuigkeitswert der Anthropozän-These besteht und ob dieser *eine Veränderung sozialwissenschaftlicher Forschungspraxis* bedeute (Laux, Henkel 2018: 8 f.). Beantwortet sind diese Fragen gleichwohl noch nicht.

Der Prozess der Digitalisierung, der den Bereich der Mensch-Technik-Interaktionen in unüberschaubarem Maße vorantreibt und so zu neuartigen

Netzwerkstrukturen führt, fordert die differenzierungstheoretische Ordnungsvorstellung heraus, was die Frage aufwirft, wie die »nächste Gesellschaft« wohl aussehen mag (Baecker 2007).¹ Vor diesem Hintergrund ist es von Bedeutung, dass Peter Haff die Technikentwicklung als eine Zäsur in moderne Verfügungsgewissheiten beschreibt. Diese sei längst nicht mehr auf den Menschen als seinen Urheber rückführbar, sondern mittlerweile ein Emergenz-Phänomen, das, wie die Geo- oder Biosphäre, eine eigene Technosphäre bilde. Dies mache sie zu einer viel größeren, *vom Menschen nicht kontrollierbaren Kraft* (Haff 2014; Haff, Hörl 2016). Shoshana Zuboff beschreibt diese sozio-technische Entwicklung, die den von ihr sogenannten digitalen »Überwachungskapitalismus« hervorgebracht habe, zudem als eine *Begegnung mit dem Beispiellosten* (Zuboff 2018: 27 ff.). Dieses sei unmöglich zu sehen, solange wir versuchen, es mit den uns vertrauten Kategorien zu interpretieren. Folglich erfordere es neue Kategorien. Die fortschreitende Auflösung sozialer Grenzziehungen durch Digitalisierungsprozesse führt dazu, dass sich diese Grenzziehungen zunehmend einer Einordnung mittels etablierter Kategorien – wie privat/öffentlich oder die des freien Individuums – widersetzen. Dabei wird fraglich, ob ein bloßes »Neujustieren« (Nassehi 2019: 317) ausreicht, die stattfindenden Entwicklungen zu erfassen, ohne bedeutende Veränderungen unbeachtet zu lassen (vgl. dazu auch Block, Dickel 2020).

Schließlich lässt sich auch im Bereich der politischen Mobilisierung eine spezifische Erfahrungsform beobachten, die als Folge unverarbeiteter epochaler Umbrüche gedeutet werden kann (Koppetsch 2019). Das Aufkommen und der wiederkehrende Erfolg neuer rechter Bewegungen ist nicht allein durch ideologische oder organisatorische Angebot- und Nachfragestrukturen (Muis, Immerzeel 2017) zu erklären. Erst eine Dialektik aus Unverfügbarwerden und dem Versuch der Wiederaneignung macht den aktuellen Erfolg der Proteste nachvollziehbar. *Erfahrungen des Unverfügbarwerdens* ihrer Kultur (»Fremd im eigenen Land«), ihrer politischen Repräsentation (»Wir sind das Volk«) sowie ihrer Sicherheit (»Keine Glaubenskriege auf deutschem Boden«) tragen die Vertreter*innen neuer rechter Bewegungen dabei explizit in die Öffentlichkeit, um *die existenzielle Prekarität dieser Erfahrungen* vorzuführen.

Diese vielfältigen Bezüge auf konkrete Phänomene und Erfahrungen des Unverfügbaren systematisch herauszuarbeiten, um sie in Hinsicht auf ihre transformative Kraft zu analysieren, ist die Aufgabe der *Soziologie des Un-/Verfügbaren*. Denn unklar ist, auf welche Weise sich gegenwärtige und zu-

1 Armin Nassehi geht vom Gegenteil aus (Nassehi 2019).

künftige Strategien der Bewältigung immer komplexer werdender Vergesellschaftungsprozesse auf Prozesse der Ordnungskonstitution auswirken werden, wenn sie weiterhin ausschließlich auf Kontrolle setzen, um das Unverfügbare in Verfügbares zu transformieren. Was, wenn sich das Unverfügbare nicht kontrollieren lässt? Das Netzwerk möchte deswegen ernst nehmen, dass bisherige Strategien dieses Unverfügbare vielleicht nicht mehr bewältigen können und damit letztlich die Entwicklung von Phänomenen des Unverfügbaren stärken. Bewährte Praktiken des Verfügbarmachens sollen deshalb hinterfragt werden.

Spätestens seit der industriellen Revolution ist die Transformation moderner Gesellschaften eng mit der Idee des Fortschritts verknüpft. Basis dieser Verknüpfung ist die Idee eines schier unendlichen Reichtums an natürlichen und kulturellen Ressourcen, die lediglich rational erschlossen werden müssen. Bereits Weber weist unter dem Stichwort »Entzauberung der Welt« auf die sich zunehmend durchsetzende Vorstellung hin, anhand von technischen Mitteln und durch Berechnung prinzipiell alle Dinge beherrschen zu können (Weber 1984; vgl. auch Schluchter 2009). Die Weltaneignung brach sich dabei insbesondere durch die Akkumulation szientifischen Verfügungswissens Bahn (Horkheimer, Adorno 2004). Selbst als in den 1960er Jahren nach und nach die natürlichen Grenzen moderner Verfügungsgewalt sichtbar wurden und moderne Gewissheiten ins Wanken gebracht haben, hat sich der agentielle Modus gesellschaftlichen Wandels kaum geändert (Block 2016).

Diese Strategie der auf Kontrolle basierenden Verfügbarmachung wird in postindustriellen Gesellschaften des 21. Jahrhunderts zunehmend fragwürdig, wenn wesentliche Transformationsereignisse ihre Eigenschaft verlieren, kontrollierbar zu sein, und stattdessen als Ereignisse des Ein- und Umbruchs sichtbar werden. Unweigerlich entsteht die Frage: Haben wir es hierbei mit einer Zäsur zu tun? Welche langfristigen Konsequenzen diese Entwicklungen für Praktiken der Selbst- und Weltvergewisserung haben werden, ist allerdings noch kaum absehbar. Sicher scheint nur, dass sie aufgrund ihrer neuen Qualität – die Latour (2018) eine *wicked universality* nennt – auf fundamentale Weise Fragen der Ordnung betreffen werden. Diese Entwicklungen analytisch zu durchdringen, ist spätestens angesichts der gegenwärtigen Lage eine notwendige Aufgabe, auch für die Soziologie. Denn es drängt sich eine bisher ungekannte Unabsehbarkeit in den Vordergrund, die etablierte Formen des modernen Zukunftsmanagements fraglich werden lässt.

Entsprechend relevant wird es zu untersuchen, wie angemessene soziale Praxen aussehen könnten, die auf diese Entwicklungen antworten.

Um sich dieser Aufgabe produktiv zu nähern, schlagen wir eine aus verschiedenen Blickwinkeln systematische Kartierung der beschriebenen Entwicklungen vor. Die These, dass es konkrete Phänomene des Unverfügbaren sind, die maßgeblich in diesen Entwicklungen wirken, leitet das gemeinsame Vorhaben an. Daher sind solche Phänomene auf neue Weise in Fragen der Ordnungsgestaltung einzubeziehen, was ihre Brisanz ausmacht – die aktuelle Corona-Pandemie führt uns dies gerade eindrücklich vor. Bemerkenswert dabei ist, dass die genannten drei Bereiche (gesellschaftliche Naturverhältnisse, Mensch-Technik-Interaktionen, politische Mobilisierung) trotz ihrer dimensional und gegenstandsbezogenen Heterogenität durch solche Phänomene des Unverfügbaren in einem neuartigen Verhältnis zueinanderstehen. Wie entziehen sich diese Phänomene in den drei Bereichen den bewährten Modi der Verfügbarmachung, und bleiben sie ihnen entzogen? Können entsprechend auch gemeinsame ursächliche Faktoren bestimmt werden? Und zeitigen die verschiedenen Bereiche trotz ihrer Heterogenität die gleichen Folgen? Fragen, die das Netzwerk unter anderem stellen will. Denn es sind gerade die Konkreta des Unverfügbaren, die in Gesellschaft gestaltender Hinsicht virulent werden und neue Formen des praktischen Umgangs – deren Herausbildung gleichwohl noch aussteht – erforderlich zu machen scheinen. Um die gegenwärtigen Entwicklungsdynamiken und Transformationserfordernisse zu entschlüsseln, erscheint eine Triangulation der drei genannten Bereiche sinnvoll und notwendig. Auf diese Weise können etwaige gemeinsame Faktoren analytisch erfasst und diskutiert werden. Wir gehen dabei davon aus, dass Ereignisse, die im Modus des konkreten Unverfügbarseins und -werdens erfahren werden, zu anderen Formen des Umgangs herausfordern, als solche, die sich etwa im Modus des Noch-nicht-Verfügbaren manifestieren. Es ist entsprechend zu erwarten, dass sich diese Differenz auch in einer Veränderung der Formen sozialer Aneignung zeigen wird. Diese Verschiebungen werden durch das zugleich trennende und verbindende Symbol im Begriff des Un-/Verfügbaren angezeigt.

Auf der theoriekonstruktiven Ebene wird zudem eine selbstreflexive Schleife notwendig: Welche grundlagentheoretischen Denkformen brauchen wir, um diese möglichen ordnungskonstitutiven Konsequenzen sowie die Versuche ihrer Handhabung in der *Soziologie des Un/Verfügbaren* in den Blick zu bekommen? Um diese Frage beantworten zu können, ist es Aufgabe

des Netzwerks eine *innovierende Inventur* bestehender Sozialtheorien vorzunehmen. Hier gilt es zum Beispiel, diejenigen Ansätze einer Revision zu unterziehen, die das Problem des Nicht-Wissens (Willke 2002; Wehling 2006), das Risiko nicht-intendierter Nebenfolgen (Merton 1936; Beck 1986; Hijikata, Nassehi 1997), der Emergenz (Greve, Schnabel 2011) oder das evolutionstheoretisch fundierte Konzept des Unerwarteten (Weick 2005) bearbeiten. Auch Ansätze, die zum Beispiel der soziologischen Leitunterscheidung von Struktur und Handlung folgen und dabei das Problem der reziproken Übersetzungen bearbeiten und lösen (unter anderem Parsons 1986; Giddens 1988; Garfinkel 1973; Oevermann 2016) gilt es hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit auf den Gegenstandsbereich der *Soziologie des Un/Verfügbaren* neu abzuwägen. Ziel ist, durch eine produktive Auseinandersetzung mit etablierten Sozialtheorien neue Perspektiven auf das Unverfügbare fruchtbar zu machen. Die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen in den genannten Bereichen sprechen dafür, die soziologische Imagination zu erneuern und insofern auch über die etablierten Denk- und Wissensformen hinauszugehen.

Expertisen im Netzwerk:

Gegenstandsbezüge und Perspektiven auf das Unverfügbare

Figuren des Unverfügbaren nehmen im Gegenstandsbereich und argumentativen Aufbau der verschiedenen Netzwerkmitglieder bereits einen zentralen Stellenwert ein, aber ohne dass sie bisher als Unverfügbares systematisch aufgeschlüsselt und für empirische Beobachtungen operationalisiert wurden. Die vielfältigen gesellschaftlichen Konfrontationslinien, durch die *Erfahrungen des Unverfügbaren* heute sichtbar werden, fordern die Soziologie insgesamt und damit auch das Netzwerk in ungekannter Weise heraus. Aktuelle Transformationsdynamiken, die sich durch solche Erfahrungen auszeichnen, erfordern daher auch eine Transformation soziologischer Theorie, indem sie systematisch von einem Denken mit erwarteten Verfügbarkeiten auf ein Denken mit möglicherweise andauernden Unverfügbarkeiten umstellt. Aus den aktuellen Forschungen der Netzwerkmitglieder kristallisieren sich die gewählten drei gesellschaftlichen Bereiche heraus, in denen uns das Reflektieren auf und der praktische Umgang mit Unverfügbarem für zukünftige

Ordnungsfragen besonders wichtig erscheint und eine Erneuerung des Denkens potenziell erfordern: Gesellschaftliche Naturverhältnisse, Mensch-Technik-Interaktionen sowie politische Mobilisierung.

Im Bereich *gesellschaftlicher Naturverhältnisse* wird der Modus der Verfügbarmachung als zentrale Grundlage moderner Industriegesellschaften doppelt in Frage gestellt: einerseits durch die Erschöpfung fossiler Brennstoffreserven, andererseits durch den anthropogenen Klimawandel. Andreas Folkers untersucht empirisch, wie diese komplexe Problemstellung des Unverfügbaren, die sowohl in der Form von Knappheit wie Exzess auftaucht (Folkers 2018), epistemisch verfügbar gemacht und praktisch durch eine Dekarbonisierung von Wirtschaft und Gesellschaft zu bewältigen ist (Folkers 2017). Dafür stellt Folkers die sozialtheoretische Frage, ob »energetische Kulturtheorien« (Levi-Strauss 1968; Bataille 1985; Canguilhem 1998) hilfreich sind, um energetische Phänomene als Konkreta des Unverfügbaren zu denken. Die gegenwärtig geführten Debatten zur Wachstumsgenerierung qua Verfügbarmachung von Natur und Gesellschaft untersucht Ulf Bohmann. Vor dem Hintergrund der intensiv debattierten Begrenzungen wie auch Folgeprobleme der unablässigen Erschließung natürlicher und sozialer Ressourcen (Jackson 2009; D'Alisa, Demaria, Kallis 2015; AK Postwachstum 2016) beschäftigt er sich mit der Frage nach den Voraussetzungen für eine demokratische Transformation hin zu einer Postwachstumsgesellschaft. Dabei blickt er unter anderem auf radikaldemokratische Ansätze, deren politisch mobilisierender Anspruch entweder die maximale demokratische Verfügbarmachung oder aber genau deren radikale Unterbrechung ist (Bohmann, Muraca 2016). Gerade soziale Bewegungen, die tragende Elemente von Transformationsansprüchen sind (Lindemann 2018), könnten sich hier als fruchtbarer Forschungsgegenstand der *Soziologie des Un/Verfügbaren* erweisen. Björn Wendt erforscht an dieser Schnittstelle Nachhaltigkeit als Utopie. Utopie als idealtypische Form der Zäsur hat durch die Simulation der Möglichkeit eine (Un- bzw. Um)Ordnung stiftende Funktion. Indem das utopische Spiel das scheinbar Alternativlose in Frage stellt, werden neue Möglichkeitsräume eröffnet und transformative Prozesse angeleitet (Wendt 2018). Anna Henkel stellt hinsichtlich der bislang kaum sichtbaren Umsetzung einer nachhaltigen Gesellschaft die Frage, ob Nachhaltigkeit nicht explizit als Unverfügbares konzipiert werden sollte (Henkel 2018; vgl. auch Block 2020a). Das Unverfügbare provoziert nämlich eine in der Moderne immer intensivere Produktion gegenwärtiger Zukünfte – etwa in Form von Szenarien und Entwürfen, Plänen und Prognosen (Adam, Groves 2007;

Luhmann 1976; Schütz 1972). Deren Konstruktion kann das Nichtwissen zwar zähmen und invisibilisieren, aber nie vollständig auflösen. Das Scheitern von Plänen und Prognosen lässt die Unbekanntheit der Zukunft stets aufs Neue zutage treten und motiviert gerade dadurch zur Suche nach neuen Umgangsformen.

Der sozialen Bearbeitung der unbekannteren Zukunft durch technisch-materielle Konstruktionen widmet sich Sascha Dickel im Bereich *Mensch-Technik-Interaktionen*. In seiner Soziologie des Prototypisierens untersucht er Bestrebungen, Zukunft als Problem des Unverfügbaren durch materielle Demonstrationen technischen Funktionierens zu vergegenwärtigen und zu bändigen (Dickel 2017; 2019). Andreas Bischof hat in seinen Forschungen zur Sozialrobotik herausgearbeitet, dass Unverfügbarkeit das zentrale Problem für die Technisierung sozialer Situationen ist (Bischof 2017). Statt von der Annahme auszugehen, dass jede Technik eine reine soziale Konstruktion ist, zeigt Bischof, dass die Frage, wie Entwickler*innen mit Unverfügbarkeit in sozio-technischen Konstellationen umgehen, sich als *wicked problem* (Rittel, Webber 1973) fassen lässt. Die *Soziologie des Un/Verfügbaren* könnte an dieses Konzept anschließen, um gesellschaftstheoretisch zu explizieren, wie die Bedingungen der Technisierung des Sozialen gefasst sind. Im Feld des biotechnischen Verfügbarmachens von Welt erforscht Philipp Zeltner (2020) aus Perspektive kritischer Wissenschaftsforschung am empirischen Gegenstand des *Genome Editing* mit CRISPR-Cas9 eben solche Bedingungen sowie die Auswirkungen molekularbiologischer Wissensproduktion, worin die Aneignung auch der letzten Residuen des Unverfügbaren die zentrale Rolle spielt. Das *Genome Editing* bietet sich als empirischer Gegenstand der *Soziologie des Un/Verfügbaren* auch deswegen an, weil hier das Konzept der Neogefahren (Gransche 2016) unmittelbar relevant wird. Da keine Risikoeinschätzungen der Folgen solcher »Biofakte« (Karafyllis 2006) möglich sind, entziehen sie sich auch bewährten Bearbeitungslogiken. Biofakte erweisen sich damit als konkrete Phänomene des Unverfügbaren.

Catharina Peeck-Ho befasst sich im Bereich *politischer Mobilisierung* mit Prozessen der »Versicherheitlichung«. Anstatt Sicherheit zu schaffen, verschiebt Versicherheitlichung diskursive Formationen: Sicherheitstechnologien dienen zwar der Herstellung einer Illusion von Sicherheit, produzieren jedoch gleichzeitig Unsicherheiten, die nicht als solche thematisiert werden können. Sicherheit selbst bleibt unverfügbar und dient lediglich der politischen Mobilisierung (Peeck-Ho 2017). Michael Ernst-Heidenreich eröffnet mit seinem Konzept »situativer Nichtalltäglichkeit« (Ernst-Heidenreich 2019) zudem eine neue

Perspektive auf soziale Bewegungen. Das Konzept verspricht neue Möglichkeiten der theoretischen Einordnung aktuell brisanter Bewegungen und folglich ein neues soziologisches Verständnis der Wirkweisen sowie Verlaufsformen derartiger Arrangements des Un/Verfügbaren. Hier scheinen auch Anschlüsse an ein soziologisches Konzept des Scheiterns, das unter anderem Antonia Langhof als ein Desiderat der Moderne identifiziert (Langhof, John 2014), vielversprechend zu sein, um Formen des Umgangs mit aktuellen Phänomenen des Unverfügbaren zu konzeptualisieren.

Um die anvisierte Theoriebildung begrifflich und konzeptuell präzise durchführen zu können, ist es hilfreich, auch aus einer philosophischen Perspektive jene Momente zu integrieren, in denen soziale Ordnungen brechen oder in Zustände des Unbestimmbaren übergehen. Letztere nimmt Annika Schlitte in ihrer philosophischen Auseinandersetzung mit Naturerfahrungen in den Blick, in der sie das Erhabene als Erfahrung des Anderen, über das nicht verfügt werden kann, zu konzipieren sucht (Schlitte 2014). Eine Auseinandersetzung mit Schlitte und weiterer philosophischer Figuren des Unverfügbaren wie die der Plessnerschen Unergründlichkeit (Plessner 2003), die Volker Schürmann als notwendige Bedingung des Politischen ausweist (Schürmann 2011), verspricht insbesondere hinsichtlich einer sozialtheoretischen Fundierung der *Soziologie des Un/Verfügbaren* fruchtbare Synergieeffekte. Zur Frage der sozialtheoretischen Fundierung hat Katharina Block für die Bereiche gesellschaftliche Naturverhältnisse und Mensch-Technik-Interaktionen den Vorschlag gemacht, auf eine relationale Perspektive umzustellen, um ausgehend von der Prämisse einer akteurkonstituierenden Relationalität aktuell sichtbar werdende Abhängigkeiten und Unverfügbarkeiten in den Blick zu bekommen (Block 2020a; 2020b; 2020c; Block, Dickel 2020). Ausgehend von seiner fundierten Expertise des Latourschen Werkes kann zudem Henning Laux' zentrale Überlegung zur angestrebten *innovierenden Inventur* beitragen, fruchtbare Anknüpfungspunkte zum begrifflichen Umgang mit Phänomenen des Unverfügbaren zeigen sowie gegenstandsbezogene Befunde zu den Untersuchungsfeldern Ökologie, Technik und Politik beisteuern (Laux 2016; Laux, Gertenbach 2018). Auch Hartmut Rosa kann mit seiner Resonanztheorie (2016) sowie im Anschluss an sein jüngstes Werk »Unverfügbarkeit« (2018) wichtige Impulse sowohl für zeitdiagnostische als auch grundagentheoretische Diskussionen geben. Dabei gilt es insbesondere seine eher positiv-ontologische Kategorie der Unverfügbarkeit auf ihre analytische Tragweite für die *Soziologie des Un/Verfügbaren* hin zu prüfen. Das Netzwerk kann schließlich von Gesa Lindemann bezüglich

eines gemeinsamen Verständnisses von Theoriebildung profitieren, indem die *Soziologie des Un/Verfügbaren* bei der anvisierten Theoriebildung dem Vorschlag Lindemanns folgt, systematisch zwischen Sozialtheorie, Theorien begrenzter Reichweite sowie Gesellschaftstheorien zu unterscheiden (Lindemann 2009), um eine möglichst hohe analytische Konsistenz sicherzustellen.

Zielsetzung des Netzwerkes

Als inhaltliches Ergebnis des Netzwerkes soll eine soziologische Theoriearchitektur erarbeitet werden, mit der die beschriebenen Phänomene und Erfahrungen des Unverfügbaren in der Soziologie analytisch erfasst und auf ihr tatsächliches gesellschaftstransformatives Potenzial hin befragt werden können. Entlang der Reflexion gegenstandsbezogener Aspekte werden sozialtheoretische sowie gesellschaftstheoretische Überlegungen in der *Soziologie des Un/Verfügbaren* zusammengeführt. Dafür gilt es, den Gewinn verschiedener theoretischer Perspektiven mit gegenstandsbezogenem Blick auf konkrete Herausforderungen des gesellschaftlichen Umgangs mit Unverfügbarem klarzustellen. Um diesen Anspruch zu gewährleisten, werden die Bereiche gesellschaftliche Naturverhältnisse, Mensch-Technik-Interaktionen sowie politische Mobilisierung in den Fokus des Netzwerkes gestellt und erprobt. Zu jedem Thema wird ein ausgewählter Gast² eingeladen, um im Austausch mit etablierten Vertreter*innen in den ausgesuchten Feldern die je spezifische Relevanz des konkreten Unverfügbaren für die Erforschung der jeweiligen Thematik freizulegen. Die gewählten Themen zeichnen sich dabei jeweils systematisch dadurch aus, dass *Erfahrungen des Unverfügbaren* darin aktuell Konjunktur haben und dienen entsprechend idealtypisch dazu, sich dem *Phänomen des Unverfügbaren* vergleichend zu nähern und für die *Soziologie des Un/Verfügbaren* operationalisierbar zu machen, ohne es dabei ontologisch zu substantialisieren. Vor diesem Hintergrund ist das disziplinäre Ziel die Einführung der *Soziologie des Un/Verfügbaren* in den Diskurs um gesellschaftliche Transformationen angesichts aktueller Umbrüche und um die damit verbundene Frage, welche Soziologie wir in dieser neuen Situation brauchen.

2 Vorgesehen sind: Tanja Mölders, Trevor Pinch und Banu Bargu.

Literatur

- Adam, B., Groves, C. 2007: *Future Matters. Action, Knowledge, Ethics*. Leiden, Boston: Brill.
- AK Postwachstum (Hg.) 2016: *Wachstum – Krise und Kritik. Die Grenzen der kapitalistisch-industriellen Lebensweise*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Baecker, D. 2007: *Studien zur nächsten Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bataille, G. 1985: *Die Aufhebung der Ökonomie*. München: Matthes & Seitz.
- Beck, U. 1986: *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beck, U. 2017: *Die Metamorphose der Welt*. Berlin: Suhrkamp.
- Bischof, A. 2017: *Soziale Maschinen bauen. Epistemische Praktiken der Sozialrobotik*. Bielefeld: transcript.
- Block, K. 2016: *Von der Umwelt zur Welt. Der Weltbegriff in der Umweltsoziologie*. Bielefeld: transcript.
- Block, K. 2020a: *Relationale Phänomenologie. Die Unverfügbarkeit der Nachhaltigkeit*. In T. Barth, A. Henkel (Hg.), *10 Minuten Soziologie: Nachhaltigkeit*. Bielefeld: transcript, 167–180.
- Block, K. 2020b: *Humandezentrierung im Anthropozän*. In H. Bahjor (Hg.), *Der Anthropos im Anthropozän. Die Wiederkehr des Menschen im Moment seiner vermeintlich endgültigen Verabschiedung*. Berlin: De Gruyter, 77–95.
- Block, K. 2020c: *Sorge im Anthropozän*. In F. Adloff, S. Neckel (Hg.), *Gesellschaftstheorie im Anthropozän*, Band 1 der Reihe »Zukünfte der Nachhaltigkeit«. Frankfurt am Main: Campus (im Erscheinen).
- Block, K., Dickel, S. 2020: *Jenseits der Autonomie. Die De-/Problematisierung des Subjekts in Zeiten der Digitalisierung*. *Behemoth. A Journal on Civilisation*. 13. Jg., Heft 1 (im Erscheinen).
- Bohmann, U., Muraca, B. 2016: *Demokratische Transformation als Transformation der Demokratie: Postwachstum und radikale Demokratie*. In AK Postwachstum (Hg.), *Wachstum – Krise und Kritik*. Frankfurt am Main, New York: Campus, 289–311.
- Canguilhem, G. 1998: *The decline of the idea of progress*. *Economy and Society*, vol. 27, no. 2–3, 313–329.
- D’Alisa, G., Demaria, F., Kallis, G. (Hg.) 2015: *Degrowth. A Vocabulary for a New Era*. Oxford: Routledge.
- Dickel, S. 2017: *Irritierende Objekte. Wie Zukunft prototypisch erschlossen wird*. *Behemoth. A Journal on Civilisation*, vol. 10, no. 1, 171–190.
- Dickel, S. 2019: *Prototyping Society – Zur vorauseilenden Technologisierung der Zukunft*. Bielefeld: transcript.
- Ernst-Heidenreich, M. 2019: *Irritation des Selbstverständlichen. Eine theoretisch-empirische Annäherung an eine Soziologie situativer Nichtalltäglichkeit*. Wiesbaden: Springer VS.

- Folkers, A. 2017: Die Onto-Topologie der Energiewende – Volatile Ströme, endliche Energien und die Sicherung des Bestandes. *Behemoth. A Journal on Civilization*, 10. Jg., Heft 1, 29–56.
- Folkers, A. 2018: Stoffwechselstörungen. Materialismus, Metabolismus, Müll. In L. Hansen, K. Roose, D. Senzel (Hg.), *Die Grenzen der Dinge. Ästhetische Entwürfe und theoretische Reflexionen materieller Randständigkeit*. Wiesbaden: Springer VS, 239–264.
- Garfinkel, H. 1973: Studien über die Routinehandlungen von Alltagshandeln. In H. Steinert (Hg.), *Symbolische Interaktion. Arbeiten zu einer reflexiven Soziologie*. Stuttgart: Klett, 280–293.
- Giddens, A. 1988: *Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Gransche, B. 2016: Von Quallen-Katzen und Spinnen-Ziegen. Narrative Vernunft und Neogefahren lebendiger Technik. In M.-H. Adam, S. Gellai, J. Knifka (Hg.), *Technisierte Lebenswelt: Über den Prozess der Figuration von Mensch und Technik*. Bielefeld: transcript, 243–258.
- Greve, J., Schnabel, A. (Hg.) 2011: *Emergenz. Zur Analyse und Erklärung komplexer Strukturen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Haff, P. 2014: Humans and technology in the Anthropocene: Six rules. *The Anthropocene Review*, vol. 1, no. 2, 126–136.
- Haff, P., Hörl, E. 2016: Technosphere and Technoecology. <https://technosphere-magazine.hkw.de/p/Technosphere-and-Technoecology-qzjFDWgzxX2RDEDg9SN32j>, letzter Aufruf 7. Mai 2020.
- Haraway, D. 2018: *Unruhig bleiben. Die Verwandtschaft der Arten im Chthuluzän*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Henkel, A. 2018: Herausforderungen des Anthropozäns als Herausforderungen an die Soziologie. Gesellschaftstheoretische Perspektiven zwischen Beobachtung und Kritik. In H. Laux, A. Henkel (Hg.), *Die Erde, der Mensch und das Soziale: Zur Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse im Anthropozän*. Bielefeld: transcript, 273–299.
- Hijikata, T., Nassehi, A. (Hg.) 1997: *Risikante Strategien. Beiträge zur Soziologie des Risikos*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Horkheimer, M., Adorno, T.W. 2004 [1944]: *Dialektik der Aufklärung*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Jackson, T. 2009: *Prosperity without Growth – economics for a finite planet*. New York: earth-scan.
- Karafyllis, N.C. 2006: Biofakte – Grundlagen, Probleme, Perspektiven. *Erwägen Wissen Ethik*, 17. Jg., Heft 4, 547–558.
- Koppetsch, C. 2019: *Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter*. Bielefeld: transcript.
- Langhof, A., John, R. (Hg.) 2014: *Scheitern – Ein Desiderat der Moderne*. Wiesbaden: Springer VS.

- Latour, B. 2017: *Kampf um Gaia. Acht Vorträge über das neue Klimaregime*. Berlin: Suhrkamp.
- Latour, B. 2018: *Das terrestrische Manifest*. Berlin: Suhrkamp.
- Laux, H. (Hg.) 2016: *Bruno Latours Soziologie der Existenzweisen. Einführung und Diskussion*. Bielefeld: transcript.
- Laux, H., Gertenbach, L. 2018: *Zur Aktualität von Bruno Latour: Einleitung in sein Werk*. Wiesbaden: Springer VS.
- Laux, H., Henkel, A. 2018: *Einleitung*. In H. Laux, A. Henkel (Hg.), *Die Erde, der Mensch und das Soziale. Zur Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse im Anthropozän*. Bielefeld: transcript, 7–13.
- Levi-Strauss, C. 1968: *Das wilde Denken*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lindemann, G. 2009: *Das Soziale von seinen Grenzen her Denken*. Weilerswist: Velbrück.
- Lindemann, G. 2018: *Strukturnotwendige Kritik. Theorie der modernen Gesellschaft, Band I*. Weilerswist: Velbrück.
- Luhmann, N. 1976: *The Future Cannot Begin. Temporal Structures in Modern Society*. *Social Research*, vol. 43, no. 1, 130–152.
- Merton, R.K. 1936: *The Unanticipated Consequences of Purposive Social Action*. *American Sociological Review*, vol. 1, no. 6, 894–904.
- Moore, B., Underdal, A., Lemke, P., Loreau, M. 2001: *The Amsterdam Declaration on Global Change*. https://monoskop.org/images/7/7b/Amsterdam_Declaration_on_Global_Change_2001.pdf, letzter Aufruf 7. Mai 2020.
- Muis, J., Immerzeel, T. 2017: *Causes and consequences of the rise of populist radical right parties and movements in Europe*. *Current Sociology*, vol. 65, no. 6, 909–930.
- Nassehi, A. 2019: *Muster. Theorie der digitalen Gesellschaft*. München: C.H. Beck.
- Oevermann, U. 2016: *»Krise und Routine« als analytisches Paradigma in den Sozialwissenschaften*. In R. Becker-Lenz, A. Franzmann, A. Jansen, M. Jung (Hg.), *Die Methodenschule der Objektiven Hermeneutik*. Wiesbaden: Springer VS.
- Parsons, T. 1986: *Gesellschaften*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Peeck-Ho, C. 2017: *Sicherheit, Geschlecht und Minderheitenpolitik. Kritische Perspektiven auf die britische Antiterrorstrategie*. Bielefeld: transcript.
- Plessner, H. 2003 [1931]: *Macht und menschliche Natur*. In H. Plessner, *Gesammelte Schriften, Band 5*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 135–234.
- Rittel, H., Webber, M.M. 1973: *Dilemmas in a general theory of planning*. *Policy sciences*, vol. 4, no. 2, 155–169.
- Rosa, H. 2016: *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung*. Berlin: Suhrkamp.
- Rosa, H. 2018: *Unverfügbarkeit*. Wien, Salzburg: Residenzverlag.
- Schlitte, A. 2014: *Das Erhabene als Ortserfahrung*. In A. Schlitte, T. Hünefeldt, D. Romic, J. van Loon (Hg.), *Philosophie des Ortes. Reflexionen zum Spatial Turn in den Sozial- und Kulturwissenschaften*. Bielefeld: transcript.
- Schluchter, W. 2009: *Die Entzauberung der Welt. Sechs Studien zu Max Weber*. Tübingen: Mohr Siebeck.

- Schürmann, V. 2011: Die Unergründlichkeit des Lebens. Lebens-Politik zwischen Biomacht und Kulturkritik. Bielefeld: transcript.
- Schütz, A. 1972: Tiresias oder unser Wissen von zukünftigen Ereignissen. In A. Schütz, *Gesammelte Aufsätze II. Studien zur soziologischen Theorie*. Den Haag: Martinus Nijhoff, 259–278.
- Tsing, A.L. 2018: *Der Pilz am anderen Ende der Welt. Über das Leben in den Ruinen des Kapitalismus*. Berlin: Matthes & Seitz.
- Weber, M. 1984 [1919]: *Wissenschaft als Beruf*. 7. Aufl., Berlin: Duncker & Humblot.
- Wehling, P. 2006: *Im Schatten des Wissens? Perspektiven der Soziologie des Nichtwissens*. Konstanz: UVK.
- Weick, K.E. 2005: *Managing the Unexpected: Complexity as Distributed Sensemaking*. In R.R. McDaniel, D. Driebe (Hg.), *Uncertainty and Surprise in Complex Systems. Questions on Working with the Unexpected*. Berlin, Heidelberg, New York: Springer, 51–65.
- Wendt, B. 2018: *Nachhaltigkeit als Utopie. Zur Zukunft der sozial-ökologischen Bewegungen*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Willke, H. 2002: *Dystopia – Studien zur Krisis des Wissens in der modernen Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Zeltner, P. 2020: *Experimentalsysteme im Dispositiv der Biomacht. Vom Öffnen der Black Box des Genome Editing mit CRISPR-Cas9*. In E. Geitz, C. Vater, S. Zimmer-Merkle (Hg.), *Black Boxes – Versiegelungskontexte und Öffnungsversuche Interdisziplinäre Perspektiven Reihe: Materiale Textkulturen, 31*, Berlin: De Gruyter.
- Zuboff, S. 2018: *Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus*. Frankfurt am Main, New York: Campus.

Ist Anonymisierung Fälschung?

Ein Kommentar zu Stefan Kühl¹

Steffen M. Kühnel, Stefanie Eifler

Gibt es Situationen, in denen ein Forscher Daten fälschen darf oder sogar fälschen sollte? Stefan Kühl scheint das zu meinen, wenn er seinen Beitrag »Zwischen Präzision und Anonymisierung. Wie weit muss man bei der Verfälschung wissenschaftlicher Daten gehen?«, erschienen in der SOZIOLOGIE,² mit dem Satz beginnt: »Ich habe in meinen wissenschaftlichen Arbeiten Daten verfälscht.« (Kühl 2020: 62) Natürlich weiß er als verbeamteter Hochschullehrer, dass dies eine gefährliche Aussage ist, die – wenn sie zuträfe – im schlimmsten Fall mit dem Verlust seiner Professur geahndet werden könnte. Tatsächlich will er mit dieser provozierenden Aussage auf ein Dilemma der empirischen Sozialforschung zwischen dem Fälschungsverbot von Daten und dem Anonymisierungsgebot hinweisen.

Doch besteht ein solches Dilemma überhaupt? Dieser Frage möchten wir im Folgenden nachgehen, in dem wir das Fälschungsverbot von Daten und das Anonymisierungsgebot vor dem Hintergrund des normativen Rahmens erörtern, an den empirische Sozialforschung gebunden ist. Zentrale Elemente dieses normativen Rahmens sind zum einen das Gebot der intersubjektiven Überprüfbarkeit und Kritisierbarkeit von Aussagen, zum anderen das Gebot, die Grundrechte von Probanden zu respektieren. Dies schlägt sich insbesondere in der Forderung nieder, die informierte Einwilligung zur und

1 Der Beitrag wurde von der Autorin und dem Autor auf Initiative der Sektion Methoden der empirischen Sozialforschung verfasst.

2 Zusätzlich auch in der FAZ vom 8. Januar 2020 unter dem Titel »Wie weit darf die Verfälschung von Daten gehen? Die Verzerrung von Forschungsdaten ist nicht in jedem Fall verwerflich. Manchmal ist sie sogar unumgänglich«.

Freiwilligkeit der Teilnahme an empirischen Untersuchungen sicherzustellen, jede Art von Schaden von Probanden abzuwenden, die Privatsphäre der Probanden zu achten und die Vertraulichkeit der generierten Daten zu gewährleisten (Ethik-Kommission 2017).

Das Gebot der intersubjektiven Überprüfbarkeit und Kritizierbarkeit von Aussagen mündet in die forschungsethische Norm, weder Primärdaten noch darauf basierende Analyseergebnisse – etwa Darstellungen in Tabellen oder Abbildungen zu fälschen. Ansonsten können Artefakte bzw. Fakes nicht von Fakten unterschieden werden. Das Gebot, die Grundrechte von Probanden zu respektieren, was im vorliegenden Zusammenhang insbesondere das in Deutschland einklagbare Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung betrifft, führt dazu, dass Forschungsdaten meist faktisch oder absolut anonymisiert werden.

Aber was bedeutet eigentlich Anonymisierung? Ist Anonymisierung gleichzusetzen mit Fälschung? Wir meinen, nein.

Meist wird unter Anonymisierung verstanden, dass die individuelle Person, über die Informationen vorliegen, weder namentlich noch geographisch als Teilnehmerin an einer Untersuchung geoutet werden kann, dass also Informationen nicht der Person zugeordnet werden können, von der sie stammen. In Deutschland wird für zugängliche Forschungsdaten rechtlich die etwas weniger strenge faktische Anonymisierung verlangt, nach der der Aufwand zur Re-Identifikation einer Person so hoch sein muss, dass er nicht lohnenswert ist.

Es ist allerdings möglich, dass ein Mensch oder eine Organisation seine oder ihre Daten freigibt. Stefan Kühl meint jedoch, dass auf Anonymisierung in der Regel nur dann verzichtet wird, wenn nichts Relevantes herauskommt (Kühl 2020: 65). Forschungsethisch problematisch wird diese Meinung, wenn »relevant« mit »neu« gleichgesetzt wird, da Bestätigungen »bekannter« Sachverhalte hilfreich oder sogar notwendig sind, um deren Gültigkeit einzuschätzen. Stefan Kühl bezieht sich im Kontext seiner Organisationsforschung darauf, dass man ohne Anonymisierung »vielleicht einiges über die Vorderbühne, aber faktisch nichts über die Hinterbühne der Organisation erfährt« (ebd.: 66). Offenbar geht er davon aus, dass primär die »Hinterbühne« relevant ist und diese nicht identifizierbar sein darf. Um diese These zu rechtfertigen, bedarf es aber des Vergleichs unterschiedlicher Vorder- und Hinterbühnen. Je mehr Organisationen betrachtet werden, desto leichter sollte es fallen, die einzelne Organisation in der Menge der Organisationen untergehen zu lassen.

Zudem haben Versuchsteilnehmer das Recht, die Zustimmung zur Nutzung ihrer Daten zurückzunehmen. Erst wenn ihre Daten nicht mehr identifizierbar sind, geht dieses Recht verloren. Das Datennutzungsrecht kann auch für einen bestimmten Zweck, etwa eine konkrete Studie eingeschränkt werden und darf dann nicht für andere Studien genutzt werden, woran sich auch der Primärforscher zu halten hat.

Schwierig ist es, wenn der Datenzugang nur konkreten Personen gewährt wird. Dies kann etwa bei Abschlussarbeiten in einer Firma der Fall sein, wenn Angst vor dem Verlust von Betriebsgeheimnissen besteht. Dann ist die Norm der intersubjektiven Überprüfbarkeit nicht gegeben. Solche Studien arbeiten mit wissenschaftlichen Methoden, können aber streng genommen nicht als Beitrag zur wissenschaftlichen Forschung gewertet werden. Für Bachelor- oder Masterarbeiten, bei denen die Beherrschung des Handwerks gezeigt werden muss, ist dies akzeptabel. Dissertationen müssen demgegenüber publiziert werden. Wenn eine beforschte Organisation dies untersagt, kann die Annahme der Dissertation und damit das gesamte Promotionsverfahren in Frage gestellt sein. Bei der Bitte um Freigabe von Informationen für wissenschaftliche Forschung sollte daher explizit darauf hingewiesen werden, dass die Freigabe für wissenschaftliche Forschung erfolgt und Wissenschaftler die Daten auch nur hierfür nutzen dürfen.

Daten werden aber auch in der Lehre eingesetzt. Public-Use-Files sind sogar für jedermann nutzbar. Hier ist hinreichende Anonymisierung grundsätzlich notwendig. Es gibt dazu unterschiedliche Methoden. So können solche freien Daten Teilstichproben sein, bei denen sichergestellt ist, dass eine Re-Identifikation nicht funktioniert. Zudem können Variablenausprägungen aggregiert werden, also etwa Altersangaben in Altersgruppen zusammengefasst werden. Auch ist die Addition bzw. Substitution durch Zufallszahlen möglich, wobei dann die Regeln der Datenveränderung bekannt sein müssen, um die Daten korrekt analysieren zu können.

Stefan Kühl spricht in seinem Beitrag davon, dass er in seinen Publikationen die geografische Lage von Organisationen oder die Zahl der tatsächlich untersuchten Organisationen verändert habe, und von Interviews in anderen Organisationen als den beschriebenen (ebd.: 62). Er sieht hierin eine mangelnde Präzision der Darstellung zugunsten von Anonymisierung. Präzisionsverzicht ist jedoch etwas grundlegend Anderes als Fälschung. Fälschung von Forschungsdaten liegt vor, wenn die berichteten Forschungsergebnisse darauf basieren, dass anstelle empirischer Daten fiktive Daten analysiert oder berichtet werden. Dies meint Kollege Kühl vermutlich nicht,

denn das wäre tatsächlich ein Verstoß gegen die Regeln guter wissenschaftlicher Praxis. Aber es gibt einen Graubereich. Forschungsergebnisse sind nicht kontextfrei. Wenn Anonymisierung im Kühlschen Sinne zu einer Änderung des Kontextes führt, in dem die berichteten Ergebnisse tatsächlich nicht zutreffen, dann handelt es sich nicht mehr um unzureichende Präzision, sondern um falsche Ergebnisse. Eine so verstandene Anonymisierung ist Fälschung. Soweit darf es nicht gehen.

Und was soll eine Forscherin tun, wenn sie ohne solche Verfälschungen keine Freigabe erhält? Dann kann sie im Zweifelsfall nicht publizieren, dann war also die Arbeit umsonst. Reduzieren lässt sich dieses Risiko, wenn vor der Forschung den Probanden bzw. beforschten Organisationen zutreffende und hinreichende Informationen gegeben werden, mit anderen Worten die informierte Einwilligung zur Teilnahme an einer Untersuchung und zur (Nach-)Nutzung der generierten Daten eingeholt wird. Wenn dies die Erreichung des Forschungsziels in Frage stellt oder erst im Verlaufe der Forschung der Informationsbedarf der Forschung klar wird, muss diese Einwilligung frühestmöglich eingeholt werden. Ausschließen lässt sich nicht, dass die Nutzung von Daten für die Forschung nicht gegeben wird oder zurückgezogen wird.

Ein solcher Normkonflikt ist allerdings kein Dilemma, das heißt eine ausweglose Situation, in der jede Alternative gegen grundlegende Normen verstößt. Vielmehr ist der Normkonflikt aufgrund des normativen Rahmens, an den empirische Sozialforschung gebunden ist, immer schon gelöst. In diesem Sinne besteht folglich auch kein Dilemma zwischen Anonymisierung und Fälschung, sondern ein Primat zugunsten der Beforschten und zuungunsten der Forscher. Damit müssen wir leben.

Literatur

- Ethik-Kommission 2017: Ethik-Kodex der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) und des Berufsverbandes Deutscher Soziologinnen und Soziologen (BDS). *SOZIOLOGIE*, 46. Jg., Heft 4, 456–462.
- Kühl, S. 2020: Zwischen Präzision und Anonymisierung. Wie weit muss man bei der Verfälschung wissenschaftlicher Daten gehen? *SOZIOLOGIE*, 49. Jg., Heft 1, 62–71.

Corona und die Krise der sozialwissenschaftlichen Forschung

Einrichtung eines Forums auf dem SozBlog der DGS

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

der mit dem Coronavirus begründete *lockdown* des gesellschaftlichen Lebens hat auch zu einem Stillstand fast *jeder* Art von »kontaktgebundener« Sozialforschung geführt – unabhängig davon, ob sie qualitativ/interpretativ oder quantitativ vorgeht. Hiermit möchte ich Sie darüber informieren, dass sich der Vorstand der DGS einstimmig dafür ausgesprochen hat, auf der Homepage der Deutschen Gesellschaft für Soziologie ein Forum zu diesem Thema einzurichten. Seit 22. Mai 2020 werden dort auch schon Beiträge gepostet.

In dem Forum sollen Interessierte alle dringenden praktischen, methodischen, methodologischen, ökonomischen und rechtlichen Probleme von Sozialforschung, die mit der neuen Situation einhergehen, ansprechen und diskutieren können. Zeit zu warten, haben alle, die gerade in Forschungsarbeiten stecken, nämlich nicht.

Ein Beispiel aus meiner eigenen Forschung zeigt das Besondere der aktuellen Lage sehr deutlich: Wir untersuchen in einem DFG-Projekt mittels *beobachtender Teilnahme*, wie sich das Kommunikationsverhalten von Familien verändert, in denen ein Mitglied mit der Diagnose Demenz leben muss. Zu diesem Zweck begleiten wir die Familien über mehrere Jahre in drei Untersuchungswellen. Der Beginn der dritten und abschließenden Welle stand März/April an. Und dann kam Corona. Natürlich stellten wir sofort alle Beobachtungen ein. Stattdessen widmeten wir uns der gemeinsamen Video-Interpretation der bereits erhobenen Daten (Memos, Videos, Gespräche etc.).

Um die noch ausstehende dritte Beobachtungswelle irgendwann durchführen zu können, fragten wir beim Gesundheitsministerium und dem Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen an, ob es vertretbar ist, dass wir die Familien zu einem späteren Zeitpunkt erneut besuchen, und regten an, dass wir uns im Vorfeld dieser Besuche auf Corona testen lassen könnten. Der Bescheid des Landesentrums Gesundheit NRW war eindeutig: Man teilte uns mit, dass der Besuch von vulnerablen Personengruppen sowohl im Pflegeheim als auch in Privatwohnungen vorerst *untersagt* sei. Zum zweiten beschied man uns, dass diese Art der Forschung *nicht systemrelevant* ist – somit wir also nicht mit einer Testung rechnen dürften.

Ein solcher Bescheid ist angesichts der aktuellen Situation sicher nachvollziehbar. Schon schwieriger zu verstehen ist die Tatsache, dass auf Amtsebene entschieden wird, welche Forschung systemrelevant ist und welche nicht. Der Bescheid hätte sicherlich ein anderes Ergebnis gehabt, hätten wir untersuchen wollen, wie hoch die Infektionsrate in Familien mit älteren Familienmitgliedern bereits ist. Aber das ist nicht wirklich der Punkt, um den es mir geht.

Mir geht es darum, dass *alle Forschungsarbeiten* – seien es Examensarbeiten, seien es Promotionen und Habilitationen, seien es drittmittelgeförderte Projekte aller Art oder private Vorhaben – in den nächsten Wochen und Monaten, möglicherweise in den nächsten Jahren keine Untersuchungsmethoden anwenden dürfen, die einen Kontakt zu den Untersuchten zur Voraussetzung haben. Damit wäre jede Art von Interviews, von Fokusgruppen, von teilnehmender Beobachtung und beobachtender Teilnahme in nächster Zeit ausgeschlossen. Auch wenn sich manches auf Online-Betrieb umstellen lässt, verändert das die Praxis der Sozialforschung massiv.

Dies auch, weil nicht nur Formen der Datenerhebung, sondern auch der Datenauswertung betroffen sind: So müssen alle Formen der *gemeinsamen* Datenauswertung ausfallen oder aber sie müssen auf mindergute Formen der gemeinsamen Auswertung per Videokonferenz umgestellt werden.

Daraus ergibt sich eine Fülle von Fragen. Vordringlich sind sicher Fragen nach der *finanziellen* oder *rechtlichen* Weiterführung der Projekte. Was passiert mit Projekten, die gerade angefangen haben und ihre Forschung nicht durchführen können? Was passiert mit Projekten, die mitten in der Arbeit sind? Wie sieht es mit Projektverlängerungen aus, wie mit der Finanzierung der Mitarbeiter*innen? Was wird aus den Magisterarbeiten, Dissertationen und Habilitationen? Hier sind sicherlich die jeweiligen Drittmittelgeber, die Universitäten aber auch die jeweiligen Fachverbände gefragt. Die DFG hat schon sehr früh reagiert und aufwandsarme Verlängerungen (um drei Monate) in Aussicht gestellt. Doch wie wird das konkret aussehen?

Der nächste Fragenkomplex adressiert erkenntnistheoretische Fragen: Wie verändert sich kurz- bis mittelfristig die Datenerhebung (digital, online) und welche Folgen hat die Kontaktlosigkeit für die Güte von Forschung? Welche digitalen Infrastrukturen benötigt man (im Institut und bei den Untersuchten), um eine solche Forschung zu betreiben? Wer finanziert das? Wie verändert sich die Auswertung und welche Folgen hat das für den Erkenntniswert der Forschung?

Auch wir haben im unserem Demenz-Projekt bereits Pläne, unsere Feldbeobachtungen teilweise durch lange Videokonferenzen zu ersetzen: Wir wollen, mit geeigneten Plattformen, bei Kaffee und Kuchen über längere Zeit mit den untersuchten Familien virtuell zusammen sitzen und uns unterhalten, virtuell zusammen essen und trinken und das tun, was sich in einem solchen Setting so tun lässt (was nicht viel ist). Natürlich ist das keine beobachtende Teilnahme mehr und natürlich ist das Medium hier mehr als nur der Vermittlungs- und Transportkanal. Aber wie wirkt sich solch ein Setting, oder allgemeiner: Wie wirkt sich die Digitalisierung der Datenerhebung auf den Erkenntnisgewinn aus? Wie verändert das die Beziehung zwischen Forscher*innen und Untersuchten? Von welcher Qualität sind die Daten? Welche ethischen Überlegungen sind hier zu berücksichtigen?

Fräglich werden auch kontaktgebundene Formen der Auswertung dieser Daten, da auch hier damit gerechnet werden muss, dass in nächster Zeit Gruppeninterpretationen vorerst nur unter erschwerten Verhältnissen möglich bzw. unmöglich sind. Unsere aktuell gemachten Erfahrungen mit gemeinsamen Video-Interpretationen zeigen zwar, dass das im Prinzip geht. Aber die gemeinsame Auswertung von Daten (zum Beispiel Videos), weist – sofern die Software und die jeweiligen Bandbreiten der Provider es zulassen – Besonderheiten auf, welche die Forschung sehr viel zeitraubender, anstrengender und weniger effektiv machen.

Fragen genug also, deren Klärung nicht darauf warten kann, dass sie auf Tagungen oder in Zeitschriftenartikeln diskutiert werden. Das Forum *Corona und die Krise der empirischen Sozialwissenschaft*, in dem diese Diskussion zeitnah, virtuell und öffentlich geführt werden kann, ist jetzt online – und zwar unter folgender Adresse: <http://blog.sozioologie.de/community/>.

Hier können zentrale Informationen über neue Möglichkeiten von Forschung unter Coronabedingungen ausgetauscht werden. In dem Forum habe ich bislang *vier* Unterforen eingeführt.

Das erste Unterforum soll sich mit *Methoden der Datenerhebung* beschäftigen. Gefragt sind Beiträge, die sich mit coronabedingten Problemen der empirischen Sozialwissenschaft beschäftigen – aber auch mit möglichen Lösungen, neuen Ideen, neuen Medien der Datenerhebung. Hier können auch Beiträge gepostet werden, die die damit einhergehenden erkenntnistheoretischen Probleme/Lösungen adressieren.

Das zweite Unterforum soll *Methoden der Datenauswertung* fokussieren. Gefragt sind zum Beispiel Beiträge, die thematisieren, welcher Stellenwert digitalen Daten zukommt, wie man in der Forschergruppe mittels Video- oder

Telefonkonferenzen sinnvoll, effektiv und angemessen gemeinsam auswerten kann, wie man innerhalb eines Forscherteams medial über Forschung, aber auch um über den Zusammenhalt der Gruppe diskutiert.

Das dritte Unterforum soll thematisieren, wie die *Berufs- und Ausbildungskarrieren* durch die Krise kurz-, aber auch mittel- und langfristig betroffen sind. Gefragt sind hier zum Beispiel Beiträge, die diskutieren, unter welchen Voraussetzungen man Forschungsprojekte wie verlängern kann, wie Arbeitsverträge angepasst oder neu ausgestellt werden können und was mit laufenden Berufungsverfahren, Masterarbeiten, Promotionen oder Habilitationen ist.

Im vierten Unterforum sollen Fragen der *Forschungsethik und einer (neuen) Forschungshygiene* diskutiert werden: Wann darf man wieder ins Feld und unter welchen Bedingungen? Gibt es hierfür institutionelle Lösungen, so zum Beispiel ein systematisches Testen der Forscher*innen vor Kontakten? Unter welchen Umständen kann dann Forschung stattfinden? Müssen Masken getragen, der Abstand gewahrt und die Hände desinfiziert werden? Und was bedeutet das für die Daten und deren Qualität?

Wenn Sie zu dem Forum oder zu einem der Unterforen oder verwandten Themen etwas beisteuern wollen, seien es Fragen, Problematisierungen, neue Ideen, Lösungen oder Hinweise auf die Erfahrungen anderer, dann sind Sie herzlich eingeladen, das zu tun. Natürlich können auch weitere Unterforen und Themen eingerichtet werden.

In der Hoffnung, dass es zu einem regen Austausch kommt, verbleibe ich mit kollegialen Grüßen

Jo Reichertz

Digitaler DGS-Kongress 2020

Liebe Mitglieder der DGS, liebe Mitglieder des Konzils,
liebe Sprecherinnen und Sprecher der Sektionen und Arbeitsgemeinschaften,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir danken Ihnen allen für die erbrachte Geduld, die wir Ihnen in den letzten Wochen abverlangt haben. Die aktuelle Krisen-Situation erlaubt es uns nicht, den Kongress als Präsenzveranstaltung in Berlin durchzuführen. Wir bedauern das außerordentlich. Zugleich freuen wir uns, mitteilen zu können, dass der diesjährige DGS-Kongress zum Thema ›Gesellschaft unter Spannung‹ vom 14. bis 25. September 2020 aufgrund der Pandemie in digitaler Form stattfinden wird. Die allermeisten Formate können voraussichtlich realisiert werden, sofern die Vortragenden und die Verantwortlichen der zahlreichen Veranstaltungen uns dabei unterstützen. Das heißt, wir erwarten die Keynotes unserer internationalen Gäste ebenso wie unsere Preisträger*innen und die Plenar-, Sektions-, Ad-hoc- und Author-meets-Critics-Veranstaltungen.

Die Entscheidung, den Kongress in Gänze digital durchzuführen, ist uns nicht leicht gefallen, aber die diskutierten Alternativen erwiesen sich allesamt als nicht durchführbar. Eine Verschiebung des Kongresses in Präsenz in Berlin um ein halbes bzw. ein ganzes Jahr scheitert aus unterschiedlichen Gründen an der terminlichen Machbarkeit (Raumproblem, Überschneidung mit Kongressen anderer – nationaler wie internationaler – Fachverbände). Ein hybrider und damit kleinerer Kongress, teilweise in Präsenz, teilweise digital, stellte uns nicht nur vor die Frage, ob dies im Herbst schon möglich sein wird, sondern auch, welche Formate in der einen und welche in der anderen Form durchzuführen wären, wer vor Ort sein dürfte und wer nicht – und wer das entscheiden sollte.

Einen so großen Kongress nun digital durchzuführen, ist in Zeiten von Covid-19 nicht nur eine pragmatische Alternative, sondern auch eine spannende Herausforderung! Wir sind optimistisch, aber auch darauf angewiesen, dass Sie alle bereit sind, uns bei dieser Herausforderung zu unterstützen und gemeinsam mit uns den Kongress zu realisieren. Wir hoffen, wie gesagt, die meisten der geplanten Formate realisieren zu können, und so wird es womöglich auch eine digitale Version der Kongress-Party geben, der Sie sich dann von zu Hause zuschalten können.

Alle diejenigen, die uns sonst im Rahmen der Verlagsausstellung unterstützen, Verlage und Softwarefirmen, Institute, Vereine, Verbände, Initiativen, Forschungsprogramme, laden wir ebenso herzlich ein, sich mit digitalen Formaten zu beteiligen.

Ein solcher digitaler Kongress wird einen kleineren ökologischen Fußabdruck haben als ein Kongress in Präsenz, auch wenn die Energie, die für die Server, Smartphones, Laptops etc. aufgebracht werden muss, nicht zu unterschätzen ist. Andererseits wird es möglich sein, sich als Teilnehmer*in des Kongresses immer mal wieder auszuklinken, oder anders, sich in dem zeitlich entzerrten Angebot – der Kongress wird über zwei Wochen gehen – mehr Veranstaltungen auszuwählen, die interessieren. Die meisten der Veranstaltungen werden nicht als Stream, sondern interaktiv durchgeführt werden, das heißt, Ihre kritischen Beiträge sind möglich und sehr erwünscht.

Die konkreten Planungen kommen nun in die heiße Phase und hier bitten wir Sie erneut um ein wenig Geduld. Wir informieren Sie, sobald die nötigen Vorbereitungen getroffen sind. Teilnahmebeiträge werden wir erheben müssen, aber deutlich geringere als für den Präsenzkongress. Die für die unterschiedlichen Formate passenden Software-Zertifikate müssen beschafft werden, die digitale Betreuung in den beiden Wochen muss organisiert werden. Ein digitaler Kongress bedarf ähnlicher Vorbereitung wie ein Präsenzkongress.

Wir bitten Sie nun auch, die Planungen für den Kongress fortzuführen. Wir erwarten – wie geplant – bis zum 31. Mai 2020 die Abstracts Ihrer Vortragenden. Weitere Informationen und den Link zu conftool finden Sie dazu auf der Kongresshomepage www.kongress2020.sozioologie.de.

Im Namen des Vorstands und des Koordinationsteams freuen wir uns, Sie auf dem Kongress ›Gesellschaft unter Spannung‹ begrüßen und mit Ihnen gemeinsam den so dringlichen Beitrag der Soziologie zu den gesellschaftlichen Verfasstheiten der Epoche leisten zu können. Die Eröffnungsveranstaltung wird, wie geplant, am Montag, den 14. September 2020, ab 17 Uhr stattfinden. Wir sehen uns – im Netz!

Im Namen des Vorstands und des Koordinationsteams

Birgit Blättel-Mink und Hubert Knoblauch

12. Mai 2020

Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für Soziologie zu Beschäftigungsverhältnissen in der Wissenschaft

Gesellschaftliche Dynamiken machen vor der Wissenschaft nicht halt. In den letzten Jahrzehnten haben staatliche (De-)Regulierungen, Aktivierungspolitik und neue Formen von »governance« sowie eine zunehmende Ökonomisierung die Bildung im Allgemeinen und die Hochschulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen im Besonderen geprägt. Im Sinne eines »akademischen Kapitalismus« verschärft sich der Wettbewerb um Forschungsgelder und Stellen bei gleichzeitiger Unterfinanzierung der Hochschulen fortwährend. Eine wesentliche Folge ist die Prekarisierung von Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen in der akademischen Forschung und Lehre. In jüngerer Vergangenheit wird diese Situation vermehrt öffentlich debattiert und kritisiert. Auch die Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) sieht diese Entwicklungen mit Sorge und fordert ein Umdenken in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik sowie strukturelle Veränderungen im deutschen Wissenschaftssystem. Entsprechende Reformen dürfen nicht bei der äußerst zurückhaltenden jüngsten Neuregelung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes im Jahr 2016 stehen bleiben. Am stärksten treffen die genannten Entwicklungen den sogenannten akademischen Mittelbau – die bei Weitem größte Beschäftigtengruppe an wissenschaftlichen Einrichtungen. Für sie sind die Beschäftigungsperspektiven in der Wissenschaft schwer zu planen.

Die überwiegende Mehrheit der an wissenschaftlichen Hochschulen arbeitender Wissenschaftler*innen sieht sich mit (meist unfreiwilliger) Teilzeitbeschäftigung, Befristung, Kettenverträgen und nicht sozialversicherungspflichtigen Stipendien konfrontiert. Ein Blick in die Personalstatistik der Hochschulen belegt die verschärfte Konkurrenzsituation des Mittelbaus in der deutschen Wissenschaft eindrücklich: Von 2008 bis 2018 hat sich die Gruppe der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter*innen an deutschen Universitäten um 49.316 (von 127.594 auf 176.910) Personen vergrößert. Von dieser Entwicklung ist auch die Soziologie betroffen (von 1.231 auf 1.735). Der weit überwiegende Teil der Mitarbeiter*innen wird über Drittmittel finanziert, mehr als die Hälfte der im Rahmen des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes abgeschlossenen Verträge hat eine Laufzeit von weniger als einem Jahr. Dagegen wurde die Zahl der Professor*innen (ohne Juniorprofessor*innen) in der gleichen Zeit nur um 2.806 (von 20.349 auf 23.155)

erhöht. Parallel wurden unbefristete Stellen abseits der Professur immer weiter abgebaut. Im internationalen Vergleich weist Deutschland einen äußerst geringen Anteil an festen Stellen im Wissenschaftssystem auf, konkret derzeit ca. 15 % im Mittelbau. Vom wissenschaftlichen und künstlerischen Personal unter 45 Jahren sind gar 93 % befristet beschäftigt.

Obwohl also eine erfreuliche Ausweitung der Stellen an den wissenschaftlichen Hochschulen zu verzeichnen ist, hat die seit jeher hohe berufliche Unsicherheit in den letzten Jahren noch einmal zugenommen. Die Zuspitzung der Wettbewerbssituation um die Professur als dominante langfristige Karriereoption ist angesichts der Internationalisierung und Pluralisierung im Feld der Wissenschaft nicht nur völlig unsach- und unzeitgemäß, sie nimmt zudem inzwischen dysfunktionale und destruktive Formen an, die letztlich immer mehr sehr gut ausgebildete, talentierte und engagierte Wissenschaftler*innen ausschließen. Dies betrifft auch mögliche alternative Karriereoptionen in außeruniversitären Forschungseinrichtungen und an Fachhochschulen. Diese Entwicklungen sind allerdings gestalt- und steuerbar. Lange Zeit ließ sich die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern als Erklärungsansatz für manche Blockade heranziehen. Seit der Lockerung des Kooperationsverbots im November 2014 ist der Weg für ein stärkeres Engagement des Bundes frei. Mit dem im vergangenen Jahr abgeschlossenen »Zukunftsvertrag Forschung und Lehre« gibt es eine konkrete finanzielle Grundlage für eine Verbesserung von Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft. Bei der Umsetzung der getroffenen Vereinbarungen in Ländern und Universitäten muss maßgeblich sein, dass Daueraufgaben durch Dauerstellen abgedeckt werden.

Die DGS schließt sich der Forderung der Hochschulrektorenkonferenz nach einer Ausweitung der Grundfinanzierung und mehr unbefristeten Stellen sowie den Empfehlungen des Wissenschaftsrats zu einer Neuordnung der Karrierewege in der Wissenschaft durch die Einführung von Tenure-Track-Professuren (mit entsprechender Ausstattung), einen Zuwachs an Professuren insgesamt und die Etablierung des Karriereziels einer unbefristeten Beschäftigung als Wissenschaftler/in an.

Es ist aber nicht nur die Wissenschaftspolitik gefordert. Auch die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen können viel tun, wie zum Beispiel die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Hochschulsystemen sowie hinsichtlich Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen zu erhöhen. Der aus dem Templiner Manifest hervorgegangene Herrschinger Kodex der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

(GEW) zeigt, wie eine Selbstverpflichtung der Hochschulen für bessere Beschäftigungs- und Qualifizierungsbedingungen aussehen kann. Hochschulen sollten ihre gewachsene Autonomie zur Verbesserung der internen Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen einsetzen. Vor diesem Hintergrund lehnt die DGS die »Herabsetzung« der Arbeit des wissenschaftlichen Mittelbaus zu bloßer (Selbst?-)Qualifikation und die Forderung nach einer »Entwicklung« von Befristungsmöglichkeiten ab, die jüngst unter dem Titel der »Bayreuther Erklärung« von der Kanzler*innenvereinigung veröffentlicht wurde. Der wissenschaftliche Mittelbau wird unter anderem für die Erledigung von Lehraufgaben, aber auch für die Gremienarbeit dringend benötigt. Die DGS setzt sich in diesem Zusammenhang für den Erhalt der Gruppenuniversität ein.

Nicht zuletzt sind auch alle Wissenschaftler*innen dazu aufgefordert, ihr berufliches Handeln zu reflektieren und ihre Handlungsspielräume im Sinne der Beschäftigten zu nutzen. Der notwendige Strukturwandel läuft ohne einen begleitenden arbeitskulturellen Wandel ins Leere. Hierzu gehört auch die aktive, selbst-reflexive Auseinandersetzung mit Formen und Effekten des beruflichen Ausschlusses im deutschen akademischen Feld: Wenn sich die Beschäftigungssituation wie beschrieben massiv prekarisiert, sind manche Gruppen besonders betroffen, etwa junge Wissenschaftler*innen aus nicht akademischen Milieus oder Menschen mit Migrationshintergrund. Auch Frauen sind nach wie vor von prekären Arbeitsbedingungen an Universitäten und Hochschulen in besonderem Maße betroffen.

Die DGS ist der Auffassung, dass die autonome und innovative wissenschaftliche Wissensproduktion von destruktiver Ökonomisierung, vermeintlich marktförmigen Wettbewerbsmodellen und einer strukturell bedingten Prekarisierung des Personals bedroht ist. Kooperation und Planbarkeit sind grundlegende Bedingungen wissenschaftlichen Arbeitens und fördern die Qualität von Forschung und Lehre. Die DGS setzt sich deshalb zukünftig weiterhin nachdrücklich für die Verbesserung der Beschäftigungssituation von Soziolog*innen an deutschen Hochschulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen ein. Sie fordert ihre Mitglieder dazu auf, bestehende Handlungsspielräume zur konkreten Verbesserung der Beschäftigungssituation von Promovierenden, Postdocs, Privatdozent*innen und Lehrbeauftragten zu nutzen. Dazu gehört, für Doktorand*innen mindestens 65 %-Stellen vorzusehen und für Postdocs 100 %-Stellen, auf Arbeitsverträge unter drei Jahren zu verzichten und Übergangszeiten (zum Beispiel zwischen Abgabe der Qualifikationsarbeit und mündlicher Prüfung) sozial verträglich

zu gestalten. Darüber hinaus unterstützt sie die Schaffung von Dauerstellen für Daueraufgaben und fordert die Hochschulleitungen dazu auf, die Mittel des Zukunftsvertrags in diesem Sinne einzusetzen. Gute Wissenschaft ist nicht zuletzt das Resultat guter Arbeitsbedingungen.

27. Mai 2020

Quellen

- Gassman, F. 2020: Befristete Beschäftigung von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an Hochschulen in Deutschland – Eine erste Evaluation der Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes. Frankfurt am Main: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.
- GEW 2012: Herrschinger Kodex. Gute Arbeit in der Wissenschaft. Ein Leitfaden für Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Frankfurt am Main: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. www.gew.de/wissenschaft/herrschingerkodex/, letzter Aufruf 26. Mai 2020.
- Hochschulrektorenkonferenz 2019: Evaluation Wissenschaftszeitvertragsgesetz und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Empfehlung der 27. HRK-Mitgliederversammlung vom 19.11.2019. www.hrk.de/positionen/beschluss/detail/evaluation-wissenschaftszeitvertragsgesetz-und-foerderung-des-wissenschaftlichen-nachwuchses/, letzter Aufruf 26. Mai 2020.
- Jongmanns, G. 2011: Evaluation des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG). Gesetzevaluation im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. HIS: Forum Hochschule, Band 4.
- Konsortium Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs (Hg.) 2017: Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2017. Statistische Daten und Forschungsbefunde zu Promovierenden und Promovierten in Deutschland. Bielefeld: wbv.
- Kreckel, R., Zimmermann, K. 2014: *Hasard oder Laufbahn*. Akademische Karrierestrukturen im internationalen Vergleich. Leipzig: Akademische Verlagsanstalt.
- Münch, R. 2011: *Akademischer Kapitalismus*. Über die politische Ökonomie der Hochschulreform. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rubins, I. 2007: Risks and Rewards of Academic Capitalism and the Effects of Presidential Leadership in the Entrepreneurial University. *Perspectives in public affairs*, vol. 4, 3–18.
- Slaughter, S., Rhoades, G. 2004: *Academic Capitalism and the New Economy*. Markets, State, and Higher Education. Baltimore: The Johns Hopkins University Press.
- Statistisches Bundesamt (Destatis) 2009: *Bildung und Kultur*. Personal an Hochschulen 2008. Fachserie 11 Reihe 4.4. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt (Destatis) 2019: *Bildung und Kultur*. Personal an Hochschulen 2018. Fachserie 11 Reihe 4.4. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

- Vereinigung der Kanzlerinnen und Kanzler der Universitäten Deutschlands 2019: Bayreuther Erklärung zu befristeten Beschäftigungsverhältnissen mit wissenschaftlichem und künstlerischem Personal in Universitäten. www.uni-kanzler.de/fileadmin/user_upload/05_Publikationen/2017_-_2010/20190919_Bayreuther_Erklarung_der_Universitaetskanzler_final.pdf, letzter Aufruf 26. Mai 2020.
- Wissenschaftsrat 2019: Wissenschaftlicher Nachwuchs und Karrierewege. www.wissenschaftsrat.de/DE/Aufgabenfelder/Wissenschafts_und_Hochschulsystem/Personal_und_wissenschaftlicher_Nachwuchs/wissenschaftlicher-nachwuchs_karrierewege/wissenschaftlicher-nachwuchs_karrierewege.html, letzter Aufruf 26. Mai 2020.

Veränderungen in der Mitgliedschaft

Neue Mitglieder

Dr. Laura Affolter, Hamburg
Dipl.-Soz. Agnieszka Althaber, Berlin
Dr. rer. pol. Ufuk Altun, Düsseldorf
Kamil Bembnista, M.A., Erkner
Dr. phil. Hannah Bennani, Tübingen
Dr. Pascal Berger, Aachen
Dipl.-Soz. Clemens Blümel, Berlin
Dr. Robert Brumme, Rostock
Dr. Mareike Bünning, Berlin
Lotte Franziska Cooman, M.A., Berlin
Dr. Nadja Dörflinger, Dortmund
Dr. Susanne Drescher, Duisburg
Dr. Daniel Drewski, Berlin
Kristina Enders, Köln
Baris Ertugrul, Bielefeld
Dr. Alejandro Esguerra, Bielefeld
Dr. Burim Fejza, Neisenheim
Dr. des. Oskar Ilja Fischer, München
Eva Fleischmann, München
Johanna Fröhlich, M.A., Oldenburg
Dr. phil. Johanna Gold, Bielefeld
Christopher Grieser, M.A., Berlin
Lukas Griessl, Bad Endorf
Dr. Hanna Haag, Görlitz
Dr. Steffen Hamborg, Oldenburg
Greta Hartmann, M.A., Leipzig
Prof. Dr. Christine Hentschel, Hamburg
Maurits Heumann, Frankfurt am Main
Annette Hilscher, M.A., Frankfurt am Main
Marco Hohmann, M.A., Hamburg
Max Lionel Ischebeck, Hannover

PD Dr. phil. Tobias Köllner, Magdeburg
Karina Korecky, M.A., Freiburg
Dr. Ina Krause, Freital
Dr. Sara Lafuente-Funes, Frankfurt am Main
Juliane Lang, M.A., Berlin
Dr. Markus Lange, Berlin
Mina Mittertrainer, München
Dr. Bastian Mönkediek, Kleve
Benedikt Müller, M.A., Essen
Dr. Michael Nguyen, Hamburg
Dr. Robert Pelzer, Berlin
PD Dr. Andreas Pettenkofer, Berlin
Dipl.-Soz. Melanie Pierburg, Hildesheim
Prof. Dr. Dominik Pietzcker, Berlin
Dipl. Pol. Fabian Pittroff, M.A., Kassel
Dr. Jörg Pohle, Berlin
Julian Polenz, M.A., Bamberg
Dr. Yannik Porsché, München
Ralf Rapior, Bielefeld
Dr. Vanessa Rau, Berlin
Anne Rauber, M.A., Münster
Dr. Mareike Reimann, Bielefeld
Felix Roßmeißl, M.A., Frankfurt am Main
Dr. Tim Sawert, Berlin
Hannah Schilling, M.A., Berlin
Daniel Schnarr, M.A., Potsdam
Dr. Anna-Lena Schönauer, Bottrop
Prof. Dr. Franz Schultheis, Kreuzlingen
Lena Schulz, M.A., Göttingen
Angelika Schwarz, M.A., München
Dr. Helge Schwiertz, Hamburg
Dr. Anja Seiffert, Berlin
Daniel Staemmler, M.A., Berlin
Prof. Dr. Karin Stögner, Wien
Prof. Dr. Holger Straßheim, Berlin
Dr. Jędrzej Sulmowski, Lüneburg
Dr. Rocío Elizabeth Vera Santos, Berlin
Ina Weigelt, M.A., Leipzig

Sarah Weingartz, MSc, Köln
Dr. Michael Weinhardt, Berlin
Prof. Dr. Sabrina Zajak, Berlin
Prof. Dr. Katharina Zimmermann, Berlin
Dr. Andrea zur Nieden, Freiburg

Neue studentische Mitglieder

Oliver Brune, Bochum
Cosima Langer, Berlin
Bülent Levent, İnegöl-Bursa (Türkei)
Salma Soukayna Mekkes, Berlin
Constantin Winkler, Berlin

Austritte

Prof. Dr. Hans-Peter Blossfeld, Bamberg
Ardesia Calderan, Offenbach am Main
Prof. Dr. Winfried Gebhardt, Koblenz
Fabian Lütke, Hannover
Dr. Georgios Papastefanou, Mannheim
Prof. Dr. Merlin Schaeffer, Kopenhagen
Dr. Sabrina Schöttle, Düsseldorf
Birgit Schulte, M.A., Fürth
Luisa Antonie Streckenbach, Münster
Ferenc Vasvari, Seelze
Julia Vogel, Marburg
Thomas Wuttke, Eichstätt

Verstorben

Prof. Dr. Dieter Holtmann, Potsdam
Johannes Vorherr, Karlsruhe
Prof. Dr. Andreas Feige, Braunschweig

Sektion Alter(n) und Gesellschaft

Frühjahrstagung »Wohnen und Gesundheit im Alter« am 14. und 15. Februar 2020 an der Universität Vechta

Die Tagung wurde in Kooperation mit dem Arbeitskreis Mortalität, Morbidität und Alterung der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD), der Arbeitsgruppe Epidemiologie des Alterns der Deutschen Gesellschaft für Epidemiologie (DGepi) und dem Institut für Gerontologie der Universität Vechta veranstaltet. Mit 40 Vorträgen in parallelen Sitzungen, drei Plenarvorträgen sowie zahlreichen Posterpräsentationen war es eine große Frühjahrstagung, die von mehr als 160 Teilnehmerinnen und Teilnehmern besucht wurde.

Nach den Begrüßungen und einer Einführung durch *Andrea Teti* und *Harald Kienemund* (Vechta) hielt *Rolf G. Heinze* (Bochum) den ersten Plenarvortrag, der unter dem Titel »Wohnen und Teilhabe im Alter: Innovation durch Vernetzung« die aktuellen Debatten um das Wohnen im Alter skizzierte, und berichtete dabei aus seinen Projekten und Erfahrungen. Deutlich wurde, dass Wohnen in der Alter(n)ssoziologie schon lange ein wichtiges Thema ist, aber teilweise aufgrund der zunehmenden Befassung mit quantitativ nach wie vor wenig verbreiteten innovativen Wohnkonzepten für Menschen mit Unterstützungsbedarf (zum Beispiel betreutes Wohnen, Demenz-WGs) zu einem randständigen Thema degradiert wird. Nach Heinzes Einschätzung gelingt es insbesondere gemeinsam mit großen finanzstarken Immobilienkonzernen, aber auch mit Genossenschaften für die Mehrheit der älteren Menschen ein selbständiges Leben im Privathaushalt so lange wie möglich zu unterstützen. Seine These ist, dass der Verbleib in der eigenen Wohnung bis in ein hohes Alter in vielen Fällen aber nur ermöglicht werden kann, wenn sowohl soziale Betreuung, etwa durch ehrenamtliches Engagement, als auch technische Assistenzsysteme eingesetzt werden.

Es folgten in zwei Blöcken Vorträge in jeweils drei parallelen Sessions, darunter zwei explizite PhD-Workshops. Innerhalb des Schwerpunktthemas Wohnen und Gesundheit im Alter waren im ersten Block Vorträge zur geriatrischen Versorgung, zur Lebensqualität in der stationären Versorgung, zur Wohnberatung und Wohnpolitik sowie zu kulturübergreifenden Fragen des Alterswohnens und der pflegerischen Versorgung zusammengefasst. Als Abendvorlesung stellte *Frank Oswald* (Frankfurt am Main) unter dem Titel »Walkability, Gesundheit und Altern – Anmerkungen aus Sicht der Ökologischen Gerontologie« seine Sicht auf das Rahmenthema und Ergebnisse aus

der ökologischen Gerontologie unter besonderer Berücksichtigung seiner Forschungsergebnisse vor. Hierbei plädiert Oswald dafür, dass Sichtweisen unterschiedlicher Disziplinen (neben der Soziologie etwa Public Health, Medizin und Psychologie) berücksichtigt werden.

Den zweiten Tag eröffnete der Plenarvortrag von *Gabriele Dobelhammer* (Rostock) mit einem breiten Überblick zu aktuellen Befunden unter dem Titel »Ein demographischer Blick auf Alter und Gesundheit«. Dobelhammer verwies unter anderem auf große regionale Unterschiede innerhalb Deutschlands. Längere Lebenszeit führe keineswegs zu einer ausschließlichen Kompression der Morbidität – also der Verlagerung von Krankheit in ein höheres Alter und einen Zuwachs nur an »gesunden« Lebensjahren ohne Einschränkungen, sondern auch dazu, dass zusätzliche Lebensjahre in Krankheit und mit Beeinträchtigungen verbracht werden.

In den Parallelveranstaltungen dieses Tages dominierte das Thema Alter und Technik, ein Feld, in dem nach wie vor sehr viele Forschungs- und Praxisprojekte gefördert werden. Die Vorträge gaben einen Einblick in die aktuelle Entwicklung in diesem Bereich. Weitere Sessions waren den Themen Wohlbefinden und Autonomie im Alter und Versorgung im ländlichen Raum gewidmet.

Wohnen und Gesundheit im Alter sind Phänomene, in denen sich steigende Ungleichheiten der Erwerbs- und Alterseinkommen deutlich niederschlagen, wie sich etwa an der Polarisierung zwischen Eigentümern und Mietern belegen lässt. Insgesamt zeigt die Frühjahrstagung, dass interdisziplinäre Kooperationsveranstaltungen auch mit Berücksichtigung lokaler Akteure aus der Praxis zu einem umfassenden Verständnis der kontroversen Debatten um Wohnen und Gesundheit in der langen Lebensphase »Alter« beitragen können. Zur Frühjahrstagung wird ein Tagungsband in der Reihe *Vechter Beiträge zur Gerontologie* bei Springer (Open Access) erscheinen.

Harald Künemund, Claudia Vogel und Andrea Teti

Sektion Kultursoziologie

Tagung »Kulturelle Medien gesellschaftlicher Transformation« am 28. und 29. November 2019 im Kulturverein riesa.efau, Dresden

Die Tagung fand Ende November mit etwa 30 Teilnehmer*innen statt. Die Organisator*innen *Anna Henkel* (Passau), *Hilmar Schäfer* (Frankfurt/Oder) und *Dominik Schrage* (Dresden) betonten in ihrer Einführung die Fruchtbarkeit einer kultursoziologischen Perspektive im Hinblick auf die Erschließung makrostruktureller Dimensionen sozialen Wandels. An die Diskussionen der Sektion auf dem Göttinger DGS-Kongress 2018 anschließend wurde der Fokus auf die transformativen Implikationen gelegt, die aus den dichten Beschreibungen kultureller Phänomene in kultursoziologischen Fallstudien hervorgehen können. Besonderes Augenmerk lag auf den beiden titelgebenden Begriffen der »Medien« und der »Transformation«, die in und nach den insgesamt acht Beiträgen intensiv diskutiert wurden.

Tino Heim (Dresden) eröffnete die Vortragsreihe mit seinem Beitrag »Von der Arbeit am ›Volkskörper‹ zur Steigerung des Lustkonsums«. Betrachtet wurde die medial vermittelte Lust in ihren Konsumpraktiken und Produktionsverhältnissen. Die Funktion von Sexualobjekten als Medium der Transformation bestand hierbei in der Vermittlung und Konstellation situativen und epistemischen Sexualwissens. Eine rein diskursive Perspektive auf Sexualität könne somit aufgebrochen werden. Zentral waren die durch Konsum und Objektgebrauch produzierten Körper-, Welt- und Selbstverhältnisse.

Im darauffolgenden Beitrag diskutierte *Thorsten Peetz* (Bremen) die Frage, inwiefern eine durch Digitalisierung hervorbrachte gesellschaftliche Transformation sich anhand der Dating-Applikation »Tinder« zeigt. Der Fokus lag hier auf den Kommunikationsmodi (potentieller) Intimbeziehungen und den ihnen inhärenten, zum Beispiel durch »Tinder« sichtbar gemachten, Bewertungskonstellationen.

Anschließend widmete sich *Julian Müller* (München), ausgehend von alltagsweltlichen Konversionserzählungen, (auto-)biografischen Erzählungen im Hinblick auf Formen und Medien des erzählten Ichs. Selbstdarstellungen und -positionierungen drückten sich in den Erzählungen über den fundamentalen Wandel der eigenen Person aus, die Müller als eine Fundierung des Selbst und somit als eine Form des Bekenntnisses beschrieb. Diese Selbstfestlegungen würden zum Teil als befreiend wahrgenommen. Diskutiert

wurden insbesondere die vermehrt als »connectiv« verstandene kollektive Einbindung der Individuen in (politische) Handlungszusammenhänge.

Schließlich zeigten *Cornelius Schubert* und *Johannes Pafsmann* (beide Siegen) am Beispiel des Cocktails auf, wie Genusspraktiken durch soziale Medien transformiert werden, indem sich bestimmte Ästhetiken des Zerlegens und Unterbrechens herausbilden, aber auch Vorstellungen von Originalität transformiert werden. In der Diskussion wurden die vorgestellten Ergebnisse im Kontext von im Fluss begriffenen Bewertungsmaßstäben und der durch *DIY-Kultur* vorangetriebene De-Komponierbarkeit diskutiert.

Im Rahmen der Tagung und in Kooperation mit dem riesa.efau fand im Anschluss der öffentliche Abendvortrag statt. *Anne-Kathrin Hoklas* (Dresden), *Dominik Schrage* (Dresden) und *Holger Schwetter* (Westerkappeln) diskutierten mit etwa 70 Zuhörer*innen »Popmusik als Medium gesellschaftlicher Transformationen«. Betrachtet wurden Diskotheken im ländlichen Raum der BRD und DDR im Zeitraum zwischen 1968 und 1989. Musikwissenschaftliche und soziologische Perspektiven verbindend wurde diskutiert, wie gesellschaftliche Transformationsprozesse sich über subkulturelle Kontexte ihren Weg bahnen können und inwiefern sich das Konzept des Chronotopos zu deren Beschreibung eignet.

Den zweiten Tag eröffnete *Hilmar Schäfer* (Frankfurt/Oder) mit einem Beitrag zur Transformation der globalen Aufmerksamkeitsökonomie im UNESCO-Welterbe. Er stellte die formalen Kriterien für eine Aufnahme ins Welterbe sowie deren Modifizierung bzw. Erweiterung dar. Lokale Praktiken und das Streben nach globaler Sichtbarkeit führten zu einer steigenden Zahl von Welterbestätten; das Welterbemanagement in Bezug auf Materialität, Restauration und Konservierung des Welterbes spiegele damit gesellschaftliche Transformationen wider. In der Diskussion wurden die Besonderheiten sowie die Ordnungsleistung und der Aufforderungscharakter des Mediums Liste diskutiert und es wurde gefragt, inwiefern kulturelle Medien auch selbst transformiert werden.

Marius Meinbof (Dresden, Bielefeld) plädierte für eine Differenzierung zwischen Wandel und Transformation, die er nach Bateson als »Unterschied, der den Unterschied macht«, bezeichnete. Anhand seiner ethnografischen Studie zu Konsumpraktiken in China zeigte er, dass sowohl Einkaufspraktiken als auch Konsumverhalten durch die Verbreitung des digitalen Bezahlers zumeist nicht verändert würden. Jedoch sei diese neue Konsumpraktik zu einem Symbol für die Fortschrittlichkeit des einst »rückständigen« Chinas geworden und habe auf der Ebene des Diskurses zu einer Transformation

desselben geführt. In der Diskussion wurden die Unterscheidungen Wandel/Transformation und Praktiken/Diskurs aufgegriffen und es wurde für eine verschiedene Ebenen differenzierende Betrachtung von Transformation plädiert.

Zuletzt beleuchtete *Anna Henkel* (Passau) Nachhaltigkeit als Medium gesellschaftlicher Transformation. Einerseits sei der Nachhaltigkeitsdiskurs getragen von etlichen wirkmächtigen kulturellen Medien. Andererseits könne auch der Begriff Nachhaltigkeit selbst als Medium betrachtet werden, das durch seine positive Konnotation und seine breite Anschlussfähigkeit für verschiedene Transformationspfade, von Post-Wachstum bis *green growth*, in Anspruch genommen wird. Dadurch werde *Nachhaltigkeit* zum umkämpften Begriff im Kontext umkämpfter Transformation. Die folgende Diskussion beleuchtete den normativen und (un-)kritischen Gehalt dieser Verwendungen des Nachhaltigkeitsbegriffs sowie dessen Verhältnis zum Fortschritts- bzw. Revolutionsbegriff.

In der Abschlussdiskussion stand der Begriff »kulturelle Medien« und dessen Verständnis im Rahmen der Tagung wieder im Fokus. Der hier vorgeschlagene Medienbegriff, der sehr abstrakt und nicht mit Verbreitungsmedien gleichzusetzen sei, könne einerseits zu einer Begriffsinflation führen, entfalte jedoch zum anderen gerade durch seine Offenheit großes synergetisches Potential, um konkrete kultursoziologische Fallstudien in Verbindung zur Gesellschaftstheorie zu setzen. Kulturelle Praktiken spielten eine Rolle in gesellschaftlichen Transformationsprozessen, hierfür könne der Medienbegriff fruchtbar gemacht werden – diese Verbindungsrolle wurde tentativ auf die Kurzformel *Mikro – Medium – Makro* gebracht. Kontrovers und letztendlich offen diskutiert wurden auch der Gesellschaftsbegriff sowie verschiedene Ansätze, Analyseebenen zu differenzieren (Mikro/Makro, flache Ontologien, Latenzebenen). Gelobt wurden vor allem die übergreifenden Forschungsfelder, die im Rahmen des Tagungsthemas trotz vielfältiger Wissens- und Forschungshintergründe gemeinsam diskutiert wurden und durch ihre Vielfalt zu fruchtbaren Auseinandersetzungen mit den entsprechenden Begriffen führten.

Mirjam Gräbner, Mei-Chen Spiegelberg und Lena Lang

Sektion Land-, Agrar- und Ernährungssoziologie

Zweiter Young Scientists Workshop vom 17. bis 19. Mai 2019 in Nebelschütz/Njebjelčicy

Nach einer Premiere in Diemitz (Mecklenburg) 2017 wurde der zweite Young Scientists Workshop der Sektion Land-, Agrar- und Ernährungssoziologie gemeinsam mit dem Sorbischen Institut in Bautzen im sächsischen Nebelschütz/Njebjelčicy organisiert. Die Gemeinde liegt im Kernsiedlungsgebiet der sorbischen Minderheit, weshalb die Mehrheit der Bevölkerung Obersorbisch spricht.

Ziel des Workshops war es, Nachwuchswissenschaftler*innen, die zu Themen der Land-, Agrar- und Ernährungssoziologie forschen, die Möglichkeit zu geben, Kontakte zu anderen Interessierten herzustellen und Erfahrungen auszutauschen. In diesem Rahmen wurden zehn schriftliche Beiträge unter anderem aus der Humangeographie, Geoökologie, Soziologie und den Agrarwissenschaften ausführlich kommentiert und gemeinsam diskutiert. Die Sprecher*innen der Sektion Jana Rückert-John, Lutz Laschewski, Moritz Maurer und Annett Steinführer brachten sich mit Fragen und Anregungen in den ansonsten von den Teilnehmer*innen gestalteten Diskussionsrahmen ein.

Nach einem einleitenden Vortrag zur nationalen Minderheit der Sorben/Wenden und einem Stadtrundgang in Bautzen durch *Fabian Jacobs* stellte *Marvel Langer* (beide Bautzen) sein Forschungsvorhaben vor, das sich der Transformation der gesellschaftlichen Naturverhältnisse der sorbischen Minderheit in der Oberlausitz annimmt. Dabei sollen aus der Perspektive der Politischen Ökologie insbesondere die räumlich-symbolischen Materialitäten dieses Naturraums fokussiert werden, die in gesellschaftlichen Transformationsprozessen sowie Machtverhältnissen verankert sind.

Larissa Deppisch (Braunschweig) widmet sich in ihrem Dissertationsprojekt »Gefühlen des Abgehängtseins« in ländlichen Räumen«. Ausgangspunkt ihrer Forschungen ist die Zurückführung rechtspopulistischer Wahlscheidungen auf das Gefühl des Abgehängtseins in medialen Diskursen. Zur kritischen Überprüfung dieses Zusammenhangs möchte sie in Gruppendiskussionen erfahren, wie die Bevölkerung in vermeintlich *abgehängten* Regionen ihre eigene Situation vor Ort einschätzt, und analysieren, inwiefern sich die im Rahmen ihrer Diskursanalyse identifizierten Narrative auch auf lokaler Ebene wiederfinden.

Gesellschaftliche Diskurse, vor allem rechtspopulistische, standen auch im Zentrum eines zur Diskussion gestellten Aufsatzes von *Anna Hajdu* (Halle/Saale). Sie befasst sich mit dem Risiko einer Vereinnahmung der agrarpopulistischen Bewegung in Rumänien durch rechtspopulistische Akteur*innen. Besonders kann die von der Agrarbewegung geführte Debatte um *land grabbing* durch Rechtspopulist*innen aufgegriffen und mit ihrer generellen Diffamierung finanzstarker Ausländer*innen verbunden werden.

Drei weitere Beiträge setzten sich mit Entscheidungsfindungen von Landwirt*innen aus verschiedenen Perspektiven und zu unterschiedlichen Thematiken auseinander. *Dagmar Wicklow* (Kassel) erforscht in ihrer Masterarbeit die Stellung Eingehirater in landwirtschaftlichen Familienbetrieben. Ihre vorläufigen Ergebnisse legen nahe, dass subjektiv zwar eine relativ hohe Zufriedenheit Eingehirater festzustellen sei, jedoch Informationsdefizite und die unzureichende Vorsorge für das Eintreten eines Scheidungs- oder Todesfalls und eine damit einhergehende Prekarisierung vorherrschen.

Isaac Adodoaji (Hohenheim) und *Ineke Joormann* (Braunschweig) befassen sich in ihren Dissertationsprojekten mit den Wahrnehmungen und Entscheidungsfindungen von Landwirt*innen im Rahmen neu eingeführter agrarpolitischer Programme und Maßnahmen. Isaac Adodoaji untersucht im Rahmen zweier Fallstudien in Sansibar und Tansania die Wahrnehmungen und Erwartungen von Kleinbauern bezüglich der Standards biologisch-dynamischer Landwirtschaft. Entlang eines entscheidungstheoretischen Modells stellt er die Frage, in welchem Ausmaß Leistungsunterschiede zwischen Kleinbäuer*innen auf ihre Wahrnehmung von Praktiken biologisch-dynamischer Landwirtschaft zurückgeführt werden können.

Ineke Joormann untersucht, welche Faktoren die Teilnahme an Biodiversitätsmaßnahmen beeinflussen, welchen Kenntnisstand Landwirt*innen über regionale Fördermöglichkeiten hierbei haben und welche Rolle das jeweilige Beratungsangebot spielt. Auf der Grundlage identifizierter förderlicher und hinderlicher Faktoren sollen konkrete Schlussfolgerungen für die zukünftige politische Gestaltung solcher Maßnahmen abgeleitet werden.

Ein weiterer Themenzweig der Sektion wurde durch die konzeptionellen Überlegungen von *Lea Eileen Pöhl* (Hamburg) in die Diskussion eingebracht. Sie geht aus einer geschlechterkulturellen Perspektive der Frage nach, auf welche Weise sich Familien in Bezug auf die Gestaltung der gemeinsamen Mahlzeit unterscheiden und welche Faktoren diese Unterschiede im Verhalten erklären können. Durch einen Brückenschlag zwischen den Disziplinen

der Ernährungs- und der Familiensoziologie möchte sie nicht zuletzt einen Beitrag zu einer Kultur- und Sozialwissenschaft des Essens leisten.

Die drei abschließenden Beiträge kamen aus der Landsoziologie. *Christoph van Dülmen* (Braunschweig) interessiert in seiner Dissertation, auf welche Weise räumliche Mobilität und konkrete Orte zur (Re)Produktion sozialer Ungleichheiten in ländlichen Peripherien beitragen. Aus einer raumsoziologisch informierten Perspektive möchte er erfahren, welchen Einfluss soziale Netzwerke von Personen auf deren Mobilitätspraktiken haben. Methodisch wird hierfür eine qualitative Netzwerkanalyse mit GPS-basierten Bewegungsdaten kombiniert.

Auch für die Befragten *Melanie Rübmlings* (Rostock) stellt sich die Frage der Bedeutung von Raum, wenn sie sich dem Bleiben in klassischen Abwanderungsregionen Mecklenburg-Vorpommerns zuwendet. Sie interessiert, auf welche Weise dieses von der Wanderungsforschung weitgehend vernachlässigte Phänomen theoretisch beschreibbar ist und wie mit einem Grounded-Theory-Zugang eine »Theorie des Bleibens« entwickelt werden kann.

Abschließend stellte *Susann Bischof* (Braunschweig) »den Staat« als Makrophänomen zur Diskussion. Dessen vermeintlicher »Rückzug« wird häufig gerade für ländliche Räume pauschal postuliert und für die Erklärung gesellschaftlicher Phänomene herangezogen, ist aber nicht systematisch untersucht. Insbesondere fehle eine genaue Betrachtung der Mikrodynamiken vor Ort. Susann Bischof fragt im Rahmen ihrer Dissertation, auf welche Weise Staat in ländlichen Peripherien Ostdeutschlands problematisiert, erfahren und (re)produziert wird.

Neben den intensiven wissenschaftlichen Diskussionen lernten die Teilnehmer*Innen das Dorf und die Region näher kennen. Sehr bereichernd war die Begegnung mit Thomas Zschornak, dem Bürgermeister von Nebelschütz/Njebjelčicy, der aus der Praxis von Kommunalpolitik in ländlichen Räumen berichtete und ihre Ambivalenzen erklärte. Die in die Organisation des Workshops involvierten Nebelschützer*innen trugen durch ihre Gastfreundlichkeit und die ausgezeichnete Verpflegung maßgeblich zum Gelingen der Veranstaltung bei.

Die Facetten ländlicher Räume Deutschlands haben auch nach diesem zweiten Young Scientists Workshop der Sektion Land-, Agrar- und Ernährungssoziologie nicht an Mannigfaltigkeit eingebüßt, sondern zeigten sich vielmehr durch die unterschiedlichen Perspektiven und disziplinären Hintergründe erneut in ihrer reizvollen Diversität.

Lea Eileen Pöhls, Christoph van Dülmen

Sektion Organisationssoziologie

»Organisationstypen und Bewertung«. Auftakttagung des Arbeitskreises Organisation und Bewertung am 21. und 22. November 2019 an der Universität Bremen

In der der DGS-Sektion Organisationssoziologie hat sich der Arbeitskreis Organisation und Bewertung gegründet, der das Ziel verfolgt, durch die Veranstaltung regelmäßiger Tagungen zu einer stärkeren Integration von Bewertungs- und Organisationssoziologie beizutragen.

Der Auftaktworkshop des Arbeitskreises, an dem am 21. und 22. November 2019 in Bremen fast 30 Soziolog*innen teilnahmen, widmete sich dem Thema »Organisationstypen und Bewertung«. Dabei lautete die Ausgangsthese, dass sich Organisationstypen systematisch hinsichtlich der Art unterscheiden, wie sie Bewertungen rahmen, Bewertungen produzieren und auf Bewertungen reagieren. Ebenso wurde jedoch erwartet, dass sich auch Gemeinsamkeiten und übergreifende Trends identifizieren lassen. In einem eher experimentellen Workshopformat waren die Vortragenden dazu aufgerufen, nicht »lediglich« aus ihrer aktuellen Forschung zu berichten, sondern als Expert*innen einen Organisationstyp im Hinblick auf die ihrer Einschätzung nach zentralen Bewertungsphänomene vorzustellen. Der Rekurs auf Organisationstypen hat sich dabei als vielversprechender Ansatzpunkt für eine vergleichende Organisationssoziologie der Bewertung herausgestellt, der gleichzeitig erlaubt, die spezifische Rolle von Organisationen für Bewertungsphänomene sichtbar zu machen.

Die Tagung eröffnete *Sven Kette* (Luzern) mit einem Vortrag über »Unternehmen«. Im Fokus stand die hohe Bewertungsaffinität von Unternehmen, die in enger Beziehung zu deren grundlegendem Refinanzierungsproblem steht. Im Anschluss nahm sich *Michael Grothe-Hammer* (Hamburg/Trondheim) mit der »Feuerwehr« eines ganz anderen Organisationstyps an. Er legte detailliert dar, wie Feuerwehren unterschiedliche Situationen als Notfall kategorisieren und bei einem Einsatz fortlaufend rekategorisieren. *Sarah Lenx* (Hamburg) konnte für ihren Organisationstyp »Banken« zeigen, wie es zu einer Multiplikation von Bewertungen in der Form kommt, dass eine Bewertung die nächste nach sich zieht.

Victoria von Groddeck (München) beleuchtete die Bewertungskonstellationen, die im Kontext von »Kunstorganisationen« entstehen und machte eine gewisse Resistenz gegenüber *organisierter* Bewertung aus. Künstlerische Bewertung bleibt in den Händen von Professionellen, wie beispielsweise

Kuratoren, Kritikern oder professionellen Sammlern. *Roman Gibel* (Luzern) stellte seinen Organisationstyp »obskure Organisation« vor, der zum Beispiel Zünfte, Service Clubs, Schützenvereine oder Burschen- und Schwesternschaften umfasst. Er konnte zeigen, wie diese ihre Mitglieder in aufwändigen Rekrutierungsverfahren, die immer auch Bewertungsverfahren sind, zu Freunden und Brüdern machen.

Thomas Kern (Bamberg) diskutierte die Bedeutung von Bewertung in religiösen Organisationen am Beispiel amerikanischer Megakirchen. Er zeichnete nach, wie sich die kircheninternen Bewertungen der Mitglieder der Gemeinden historisch verändert haben. So nutzen sie zunehmend graduelle Mitgliedschaftskategorien und auf diese abgestimmte Bewertungskriterien, um den Zugang zum Heil zu regulieren. Die Bewertung des Personals spielt auch in den von *Maja Apelt* (Potsdam) vorgestellten militärischen Organisationen eine große Rolle. Bei der Bundeswehr findet man zum Beispiel eine hochgradig durchorganisierte Personalbewertung, die einerseits stark an der Normalverteilung orientiert ist, andererseits aber in der Verantwortung direkter Vorgesetzter liegt und dadurch Loyalität prämiiert. Öffentliche, vergleichende Bewertungen militärischer Organisationen, etwa in Form von Rankings, sind dagegen eher eine Ausnahme.

Den zweiten Tag eröffnete *Christopher Dorn* (Hagen) mit einem Beitrag über Krankenhäuser. Hier beobachtete er eine Multiplikation von Bewertern, Kriterien und Verfahren und arbeitete die Tücken der konkret eingesetzten quantitativen Maßzahlen heraus. Auch *Juan S. Guse* und *Gabriele Wagner* (Hannover) setzten in ihrem Beitrag an der Vervielfältigung von Bewertungen an, nämlich an derjenigen, die den Hochschulbereich durchziehen und dort notwendigerweise nur selektiv beachtet werden können. *Stefan Kirchner* (Berlin) setzte sich unter dem Stichwort »Plattformorganisationen« mit evaluativen Infrastrukturen auseinander, die durch Organisationen bereitgestellt werden. Mit der heterogenen Plattformlandschaft korrespondiert eine unübersehbare Fülle von Bewertungsinstrumenten, die jedoch nicht zwangsläufig funktional auf konkrete Probleme bezogen sind.

Christine Lang (Göttingen) erörterte in ihrem Vortrag den Zusammenhang von »öffentlicher Verwaltung« und Bewertung im Kontext des New Public Managements. Als typspezifisches Spannungsfeld für Verwaltungen, die sich durch eine hohe Verrechtlichung auszeichnen, betonte sie die unterschiedlichen Logiken interner und externer Bewertung. Im darauffolgenden Vortrag beleuchtete *Vera Linke* (Bielefeld) den Organisationstyp »Ver-

sicherungen«. In dem sie neue Risiken bewerten, kategorisieren Versicherungsunternehmen die moderne Gesellschaft. Auch für »Beratungsorganisationen« sind Bewertungen zentral. Sie sind sogar ihr *raison d'être*, so die These von *Hannab Mormann* (Luzern). In ihrem Vortrag entwirrte sie die ineinander verwobenen Bewertungskonstellation von Beratungsorganisationen und argumentierte, dass Bewertungen in diesem Organisationsfall die Form der Belehrung annehmen.

Thomas Klatezki (Siegen) stellte seine Überlegungen zu grausamen Organisationen vor. Unter grausamen Organisationen versteht Klatezki Organisationen, die zum Zweck der Bestrafung und/oder Informationsbeschaffung Handlungen koordinieren, die Menschen oder Tieren physischen oder psychischen Schmerz zufügen. Bewertung spielt hier insbesondere unter dem Gesichtspunkt eine Rolle, wie sie Grausamkeit zuallererst ermöglicht. *Marc Mölders* (Bielefeld) setzte sich in seinem Vortrag mit Weltverbesserungsorganisationen auseinander. Der Philanthrokapitalismus zeichnet sich durch Organisationen aus, die Werkzeuge aus der Unternehmensführung und Marktmechanismen zur Realisierung wohltätiger Zwecke einsetzen. Kennzeichnend für diesen Organisationstyp sind Bewertungspraktiken, die sich neben konkreten Projekten auch auf die Bewertung unterschiedlicher Tätigkeitsfelder (und damit unterschiedlicher Organisationsziele) beziehen.

Durch die Tagung zogen sich verschiedene wiederkehrende Themen. Dazu gehörten auch eher klassische organisationssoziologische Fragen, wie das Verhältnis von Organisation und Mitgliedern oder auch das von Organisation und Profession. Als neuere Entwicklung wurde für viele, aber keineswegs für alle Organisationstypen eine Vervielfältigung von Bewertenden und Bewertungsformaten identifiziert. Wie gerade dann die selektive Nutzung und Reaktivität von unterschiedlichen Bewertungen erklärt werden kann, bleibt eine weiter zu verfolgende Frage.

Nadine Arnold, Simon Dombrowski, Frank Meier und Thorsten Peetz

Sektion Wissenssoziologie

»Gewissheit«. 3. Sektionskongress vom 9. bis 11. Oktober 2019 an der Universität Koblenz-Landau, Campus Koblenz

Ziel dieser Art von Veranstaltung ist, die wachsende Sektion und die sich immer weiter ausdifferenzierenden Arbeitskreise in einem Forum des gemeinsamen Dialogs zu integrieren. Das von den Organisator(inn)en Oliver Dimbath und Michaela Pfadenhauer gewählte Rahmenthema »Gewissheit« tangierte viele Grundannahmen der Wissenssoziologie und wurde während des Kongresses im Rahmen von 105 Vorträgen erörtert.

Im zweiteiligen Eröffnungsvortrag näherte sich *Michaela Pfadenhauer* (Wien) als Sektionsvorsitzende dem Thema in einer grundlagentheoretischen Analyse unterschiedlicher Gewissheitskonzeptionen. Zum Einstieg wählte sie das Gewissheitskonzept Ludwig Wittgensteins, das von Wissen klar zu unterscheiden ist, als Ton, in dem über Tatbestände gesprochen wird. Indem es also um die Überzeugung der Sprecherin oder des Sprechers im Hinblick auf einen Tatbestand geht, wird bereits eine klare Differenz zwischen Wissen und Fürwahrhalten gezogen.

Oliver Dimbath (Koblenz-Landau) fundierte das Thema zeitdiagnostisch mit Blick auf aktuelle Vorgänge innerhalb der globalen wie nationalgesellschaftlichen politischen Kommunikation. Tendenzen der Wiederverzauberung, der Mythisierung, der Ignoranz, der Des- beziehungsweise Fehlinformation, der Lüge, des Intuitionismus oder der Ideologisierung machten in einer globalisierten Welt auch vor aufgeklärten Gesellschaften nicht halt und stünden im Verdacht, die Fundamente vernunftgesteuerter partizipativer Politik zu unterlaufen. Das in den Debatten keineswegs besonders prominente Gewissheitskonzept lenkt den Blick auf die Problematik des Vertrauens in Wissen, verstanden als Orientierungsgrundlage des alltagspraktischen sowie politischen sozialen Handelns.

In drei Plenarveranstaltungen wurden unterschiedliche Facetten des Themas beleuchtet. Diese waren zunächst die Massenmedien (Plenum I), die Wissenschaft (Plenum II) und, als »Gegengift« vermeintlicher Gewissheit, der Humor (Plenum III).

Unter der Moderation von *Jürgen Raab* (Koblenz-Landau) behandelte das Plenum I das Paradox, dass die technischen Medien das Wissen und die Gewissheit über die Welt, in der wir und andere leben, her- und sicherstellen, während sie dasselbe Wissen und dieselbe Gewissheit zugleich mit Fragezei-

chen versehen, attackieren und erschüttern. *Andreas Langenohl* (Gießen) thematisierte »Politische Urteilsnormen nach den Massenmedien«. *Jasmin Siri* (München) betrachtete Gewissheit im Rahmen von »Deutungskämpfen in Sozialen Medien« als Formen der Kontingenzabwehr. Zuletzt diskutierte *Ortwin Renn* (Potsdam) die Unsicherheit in postfaktischen Zeiten« unter der Maßgabe der Angst vor dem »Risiko«.

Angelika Pofert (Dortmund) forderte die Gäste des Plenum II mit der Frage »Hat Wissenschaft als Gewissheitsproduzentin ausgedient?« heraus. Durch die Überprüfbarkeit, Anschlussfähigkeit und den Zwang zur Innovation unterscheidet sich wissenschaftliches Wissen als Orientierungschance von reiner Information, von Glaubenssätzen, Meinungen und Ideologien. Es ist »gesichertes« Wissen und kann in einem klar bestimmten Rahmen die Gewährleistung von Gewissheit beanspruchen. Allerdings lässt sich seit geraumer Zeit eine Reihe von Verunsicherungen im Hinblick auf wissenschaftliches Wissen konstatieren. *Joachim Renn* (Münster) problematisierte die »Wahrheit« der Soziologie«. Am Anschluss stellte *Peter Wehling* (Frankfurt am Main) die Hoffnung generell in Frage, dass »Wissenschaften Gewissheiten produzieren können – und sollen«. Schließlich versah *Wolfgang Krohn* (Bielefeld) unter der Maßgabe einer »experimentellen Gewissheit« den Gewissheitsmodus der Wissenschaft mit einem pragmatischen Zeitstempel.

Taugen »Witz, Humor und Ironie als Gegengifte zu Gewissheit?« *Michela Pfadenhauer* und *Bernt Schnettler* hatten zu dieser Frage im dritten Plenum des Kongresses geladen. *Ilja Srubar* (Erlangen-Nürnberg) untersuchte die Verbindung von »Ungewissheit und homo ludens«. Den »Vagheiten humoristischer Kommunikation« ging *Helga Kotthoff* (Freiburg) nach. Zuletzt identifizierte *Renate Lachmann* (Konstanz) »Paradox, Lüge und Phantasma« als »Spiele mit dem Faktischen«.

Eine Sonderveranstaltung zur »Gewissheit der Sprache und der Zukunft der Sprachsoziologie« mit Beiträgen von *Hubert Knoblauch* (Berlin), *Joost van Loon* (Eichstätt) und *Joachim Renn* band gegenwärtige Herausforderungen der Wissenssoziologie an ihre vormals sprachsoziologische Tradition zurück.

Im Rahmen von insgesamt 15 thematisch äußerst heterogenen Sessions loteten die Arbeitskreise der Wissenssoziologie die Reichweite des Kongressthemas aus. Das thematische Spektrum reichte vom Gewissheitsverlust durch die Vernichtungsmaschinerie von »Ausschwitz« über die Frage der »kommunikativen Konstruktion von (Un-)Gewissheit« bis hin zur »Konfrontation begründeter Expertisen«. Mit großzügiger Unterstützung des

Verlags Beltz Juventa werden auch die Verhandlungen des dritten Kongresses der Wissenssoziologie in Buchform dokumentiert und voraussichtlich im Herbst 2020 erscheinen.

Oliver Dimbath, Michael Ernst-Heidenreich

In memoriam Ditmar Brock (22. Mai 1947 – 25. April 2020)

Am 25. April 2020 verstarb Ditmar Brock kurz vor Vollendung seines 73. Lebensjahres. Er verbrachte die letzten Jahre in seiner Wahlheimat Drachselsried in Niederbayern.

Ditmar Brock war von 1993 bis 2011 Professor für Allgemeine Soziologie am Institut für Soziologie an der Technischen Universität Chemnitz. In dieser Position lehrte und forschte er zu Themen der Sozialstruktur, zu Entwicklungen moderner Gegenwartsgesellschaften und zur Soziologischen Theorie.

Seine früheren empirischen Studien waren in der subjektorientierten Industriesoziologie angesiedelt. So untersuchte er zusammen mit Heinz-Rolf Vetter im Teilprojekt B3 des SFB 101 »Theoretische Grundlagen sozialwissenschaftlicher Berufs- und Arbeitskräfteforschung« Anfang der 1980er Jahre Veränderungen in den biografischen Orientierungsmustern und Alltagspraktiken von Industriearbeitern angesichts disruptiver Wandlungen des Arbeitsmarktes. Später wandte sich Ditmar Brock der soziologischen Theorie moderner Gesellschaften zu. In diesem Feld galt er im deutschsprachigen Raum als profilierter Denker, dessen Veröffentlichungen immer wieder eine interessierte Leserschaft fanden.

In den letzten Jahren widmete er sich aktuellen sozialpolitischen Problemstellungen, die er vor dem Hintergrund historischer und sozialer Veränderungen einzuordnen suchte. Bis unmittelbar vor seinem Tod arbeitete er leidenschaftlich an den Grundlagen einer soziologischen Staatstheorie. In seinem letzten veröffentlichten Buch »Die überdehnte Staatlichkeit. Warum der Westen scheitern könnte« (2018 bei Springer) wird die These diskutiert, dass seit den 1990er Jahren die wirtschaftliche Globalisierung zur wichtigsten Aufgabe des Staates geworden sei und diese Ausrichtung mit dem eigentlichen Zweck eines Nationalstaates – der Parteinahme und Fürsorge für die eigenen Bürger – kollidiere.

Ditmar Brock hinterlässt ein thematisch vielschichtiges Œuvre. Auffällig ist die stetige Bezugnahme auf Max Weber. Wie der Nationalökonom und Soziologe vor einhundert Jahren versuchte auch Ditmar Brock latente Zusammenhänge analytisch auszuloten, die zwischen wirtschaftlichen Entwicklungslinien, Herrschaftsordnungen sowie Mustern der Lebensführung von Bevölkerungsgruppen existieren.

Ditmar Brock war ein leidenschaftlicher Schachspieler. Die Intellektualität dieses Denk-Sports schlägt sich auch in seinen Publikationen nieder. Als LeserIn fühlt man sich beständig herausgefordert. Erst, wenn die voraus-

und rückgreifenden Denk-Züge des Autors nachvollzogen werden, tritt die Idee hervor, die bei ihm immer originell, analytisch klar und theoretisch fundiert war.

Ditmar Brock war ein unkonventioneller Zeitgenosse. Ob in der Lehre, in der wissenschaftlichen Zusammenarbeit im Rahmen von Projekten oder in Abstimmungsprozeduren akademischer Gremien: Bei ihm konnte man immer sicher sein, dass es um die Sache ging. Jede Attitüde der Selbstdarstellung und der Statusmarkierung war ihm fremd. Seine während des Wirkens an der Technischen Universität Chemnitz gelebte Intellektualität der reinen Sachlichkeit ermöglichte einen wissenschaftlichen Freiraum für die MitarbeiterInnen und Studierenden, der an heutigen Universitäten nicht selbstverständlich ist.

Aufgrund seiner anregenden inhaltlichen Schwerpunktsetzungen und seiner Persönlichkeit war Ditmar Brock bei KollegInnen und den Studierenden überaus geschätzt. Er wird uns noch lange in wertvoller Erinnerung bleiben.

Uwe Krähnke, Christian Papsdorf

Habilitationen

Dr. Marina Liakova hat sich am 19. Juni 2019 an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe habilitiert. Die Habilitationsschrift trägt den Titel »Migration, Mobilität und Transnationalität in der Zeit des Sozialismus, Post-Sozialismus und der EU-Mitgliedschaft. Eine empirische Studie zu den Wanderungsbewegungen zwischen Bulgarien und Deutschland«. Die *venia legendi* lautet Soziologie.

Dr. Martin Bujard hat sich am 16. Oktober 2019 an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz habilitiert. Die Habilitationsschrift trägt den Titel »Fertilität, Familie, Gesellschaft und Politik. Wechselwirkungen zwischen familialem Handeln und gesellschaftlichen Strukturen«. Die *venia legendi* lautet Soziologie.

Dr. Doris Schweitzer hat sich am 12. Februar 2020 an der Justus-Liebig-Universität Gießen habilitiert. Die Habilitationsschrift trägt den Titel »Juridische Soziologien. Recht und Gesellschaft von 1814 bis in die 1920er Jahre«. Die *venia legendi* lautet Soziologie.

Call for Papers*

Rethinking Transparency: Challenging Ideals and Embracing Paradoxes

The 7th Global Transparency Conference, Copenhagen 19 to 21 May 2021

Transparency scholarship has become a vibrant area of research, connecting an increasingly diverse set of disciplines such as organization, communication, public administration, journalism, political science, sociology, anthropology, law, business, and philosophy.

Over the past years, studies have examined different mutations of transparency, particularly fiscal transparency, freedom of information legislation, open government, e-government, digital surveillance, corruption, ratings, rankings, and benchmarking.

Many of these studies address the broader significance of transparency for society, organizations, and individuals and unveil both positive and negative consequences of transparency practices. In parallel a host of conceptual contributions theorize transparency from different disciplinary, theoretical, and epistemological perspectives, emphasizing the promises and ideals but also the perils and paradoxes associated with the ideal.

The conference wants to take stock of what we know about the up- and downsides of transparency by bringing together theoretical, normative, and empirical research and spur debates between the different perspectives. Among others, we invite papers discussing and studying the following issues:

Transparency and social theory

Transparency and ideology

Transparency and governance

* *Anm. der Redaktion:* Die Hinweise auf Calls und Tagungen wurden Ende Mai zusammengestellt. Bitte prüfen Sie, ob sich Veranstaltungstermine oder Deadlines aufgrund der Corona bedingten Regelungen geändert haben.

Transparency and quantification
Transparency, secrecy and privacy
Open government, e-government
Freedom of Information
Transparency and social media
Transparency and surveillance
Transparency in the political system
Transparency and corruption
Transparency and organizations
Fiscal transparency
Studying transparency: methodological challenges

We are happy to accept both individual paper submissions and submissions for panels.

Abstracts for papers should be no longer than 400 words. Proposals for panels should consist of 3 to 4 presenters and a moderator. They should include a proposed title for the panel and an abstract (500 words), the titles and 200 words abstracts of the papers, together with the names and affiliations of contributors.

Please submit an abstract for a paper or a panel proposal no later than **August 31st 2020**. Accepted proposals will be notified until October 15th 2020. Final papers with up to 7.000 words to be submitted until April 18th 2021. Please upload papers on www.gctr2021.cbs.dk.

Organisationsgesellschaft »reloaded«. Organisationsweisen und Herausforderungen im 21. Jahrhundert

Call for Papers für ein Sonderheft in der Zeitschrift Soziale Welt

Werden Unternehmen, Verwaltungen oder andere Organisationen zum Untersuchungsgegenstand der Soziologie, liegt der Fokus meist auf der Frage, wie sich diese Organisationen durch gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Trends verändern. Selten wird komplementär hierzu danach gefragt, wie Organisationen auf die Gesellschaft einwirken, d.h. wie sie den gesellschaftlichen Umgang mit sozialen Problemen und aktuellen Herausforderungen formen. Zur Schließung dieser Forschungslücke zielt das hier skizzierte Son-

derheft auf die Rückbesinnung und Neuorientierung eines Themenschwerpunkts, der unter dem Stichwort »Organisationsgesellschaft« (u.a. Jäger, Schimank 2005) gesellschaftliche Effekte von Organisation in das Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt hat. Organisationsgesellschaft ist demnach keine Konkurrenz zu Zeitdiagnosen, die unter den Überschriften wie Netzwerk-, Innovations-, Migrations- oder anderer »Bindestrich«-Gesellschaften angeboten werden, sondern eine genuin soziologische Forschungsperspektive.

Die auf Max Weber zurückgehende Idee der Organisationsgesellschaft vereint wichtige und paradigmatisch ansonsten schwer kombinierbare Theorien – sowohl in der Organisationssoziologie als auch in der Allgemeinen Soziologie. Ziel des Sonderheftes ist ein »reloading« des Themas Organisationsgesellschaft, um aktuelle gesellschaftliche Bedingungen und sich abzeichnende Entwicklungen besser erklären und verstehen zu können. Für dieses Vorhaben werden einerseits klassische Theorien zum Verhältnis von Organisation und Gesellschaft »umgeladen« und damit neu interpretiert sowie andererseits neuere Theorieangebote »nachgeladen«.

Eine kritische und aktualisierende Auseinandersetzung mit Klassikern zum Thema Organisationsgesellschaft kann zeigen, dass Organisationsfragen in der Gesellschaft einen Unterschied machen. Drei Herangehensweisen, die sich zum »Umladen« anbieten, lassen sich unterscheiden: Erstens lässt sich im Anschluss an James Coleman (1982) beschreiben, wie die Ausbreitung von Organisationen dazu geführt hat, dass Individuen es verstärkt mit Organisationen (bzw. mit deren Agenten) als Interaktionspartnern zu tun haben. Coleman nahm an, dass Individuen dabei unterlegen sind, weil Organisationen mit besseren Ressourcen ausgestattet sind und über eklatante Wissensvorteile verfügen. Zweitens lässt sich die systemtheoretische Perspektive von Niklas Luhmann (1984) mobilisieren, bei der Organisationen nicht bloß Treiber gesellschaftlicher Entwicklungen (vor allem in Richtung funktionaler Differenzierung), sondern eine notwendige Voraussetzung für deren Reproduktion sind. Drittens hat zunächst Arthur Stinchcombe (1965) den Zusammenhang zwischen Modernisierung und vorherrschenden Graden der Bürokratisierung thematisiert und sich dabei an der Hypothese einer generell höheren Effizienz bürokratischer Strukturen abgearbeitet. Organisationsbildung und die Zunahme organisatorischer Dichte werden hier als ein wesentliches Merkmal der gesellschaftlichen Entwicklung konzeptualisiert. Ebenfalls den Zusammenhang von Organisationsform und sozialer

Struktur vor Augen, zeigt Charles Perrow (1989), wie die seit dem 19. Jahrhundert dominierenden Großunternehmen für die Sozialstruktur der USA im 20. Jahrhundert verantwortlich gewesen sind. Organisationsgesellschaft ist demnach eine (bestimmte Form der) Klassengesellschaft, weil Organisationen berufliche Positionen in Form von Stellen und Erwerbseinkommen bereitstellen und auf diese Art soziale Ungleichheit reproduzieren.

Zum »Nachladen« der Grundidee, Gesellschaft als Organisationsgesellschaft zu begreifen, lassen sich darüber hinaus neuere organisationssoziologische Forschungsbeiträge berücksichtigen, die veränderte Organisationsformen in das Zentrum der Aufmerksamkeit rücken. Der erste Ansatzpunkt stammt von Patricia Bromley und John Meyer (2015) und bezieht sich auf eine sog. *Hyper-Organisation* als vorläufigen Höhepunkt einer umfassenden Vergesellschaftung von Organisationen. Ausgehend von der Beobachtung, dass tendenziell sämtliche Gesellschaftsbereiche organisatorisch durchdrungen werden – und zwar auch solche, die ehemals in Form gemeinschaftlicher Zusammenhänge oder sozialer Bewegungen als schwach oder gar nicht organisiert galten – betonen die AutorInnen, dass Organisationen zunehmend mit anderen Organisationen als relevanter gesellschaftlicher Umwelt zu tun haben und so mit einem breiten Spektrum an – teils unvereinbaren – Erwartungen konfrontiert werden. Darüber hinaus argumentieren sie, dass Professionalisierung dafür sorgt, dass Organisationen zunehmend sensibel auf diese Umwelterwartungen reagieren und sich ihnen kaum mehr verschließen können. Hervorgehoben wird, dass es Organisationen hierdurch immer schwerer fällt, sich ausschließlich und weitgehend rücksichtslos auf ein Ziel, wie beispielsweise das der Gewinnmaximierung, zu konzentrieren, jedoch sind die gesellschaftlichen Effekte dieser Entwicklung noch weitgehend unerforscht.

Einen zweiten Ansatzpunkt liefern Göran Ahrne und Nils Brunsson (2019) mit ihrem Konzept der partiellen Organisation. Organisation wird dabei als diejenige Form sozialer Ordnung definiert, die aus Entscheidungen über bzw. für andere hervorgeht. Für formale Organisationen, die bisher den primären Untersuchungsbereich der Organisationssoziologie dargestellt haben (ebenso wie bei den oben erwähnten Klassikern), sind fünf Elemente kennzeichnend; Mitgliedschaft, Regeln, Monitoring, Sanktionen und Hierarchie. Eine partielle Organisation liegt den Autoren zufolge dann vor, wenn über einzelne oder mehrere, aber eben nicht über sämtliche dieser Elemente entschieden worden ist. Ratings, Rankings, Preise und Auszeichnungen sowie vor allem die von Brunsson und anderen beschriebene *world of standards*

(Brunsson, Jacobsson 2000) sind Beispiele für derartige partielle Organisation. Durch die Einbeziehung partieller Organisation geraten Untersuchungsbereiche wie Märkte, Netzwerke und soziale Bewegungen in den Fokus, die man gemeinhin nicht als genuine Forschungsfelder der Organisationssoziologie erachtet hat. Bemerkenswerterweise handelt es sich dabei um Phänomene, die als solche nicht neu sind. Sie verzeichnen in der jüngeren Vergangenheit jedoch einen Bedeutungszuwachs und sind in Domänen diffundiert, in denen sie bislang eine geringe oder keine Bedeutung gespielt haben. Die heutige Organisationsgesellschaft ist demnach eine Gesellschaft, die nicht ausschließlich durch formale Organisationen geprägt ist, sondern ebenso durch unterschiedliche Formen partieller Organisation, und die gesellschaftlichen Effekte dieser Entwicklung sind bislang erst in Ansätzen thematisiert worden.

Mit der Rückbesinnung auf klassische Ansätze der Organisationsgesellschaft und der Einbeziehung neuerer Konzeptualisierungen zum Verhältnis von Organisation und Gesellschaft lassen sich zwei Zugänge für das anvisierte »reloading« der Organisationsgesellschaft gewinnen. Erstens und mit Bezug auf klassische Ansätze stellt sich die Frage nach empirischen Entwicklungen, die sich seit Ende des 20. Jahrhunderts abzeichnen. So dominierte zuvor die Idee der Groß-Organisation (entweder in Form von Bürokratie oder als ihre Weiterentwicklung zu eigensinnigen und interessengetriebenen korporativen Akteuren), die heutzutage als Organisationsmodell umstrittener ist als ehemals. Deshalb haben Organisationsformen an Bedeutung gewonnen, deren gesellschaftliche Effekte aus einer soziologischen Perspektive noch unterbelichtet sind. Der zweite Zugang zu einem »reloading« der Organisationsgesellschaft bezieht sich somit auf neuer Konzeptualisierungen in Form von *Hyper-Organisation* und *partieller Organisation*. Dabei geht es nicht lediglich darum, diese Konzepte für genuin organisationssoziologische Fragen zu nutzen, sondern sie mit gesellschaftlichen Bedingungen und Trends in Beziehung zu setzen. Für das geplante Sonderheft werden deshalb Beiträge eingeladen, die aktuelle empirische Entwicklungen und neue Konzeptualisierungen nutzen, um das Thema Organisationsgesellschaft so zu bearbeiten, dass es einen gewichtigen Beitrag zum Verständnis des Einflusses vorherrschender Organisationsweisen auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen und zentrale Herausforderungen im 21. Jahrhundert leisten kann.

Die Organisationsgesellschaft lässt sich auf unterschiedlichsten Gebieten (Migration, Umwelt, Digitalisierung, Arbeit, Bildung, Landwirtschaft etc.)

beobachten. Das Sonderheft zielt deshalb darauf ab, mit einer bisher nicht-vorgenommenen Neubündelung klassischer und neuerer Ansätze als Impulsgeber für die Erforschung eines breiten Spektrums soziologischer Themen zu fungieren. Dazu laden wir theoretische und empirische Beiträge ein, die zur Erkundung der Organisationsgesellschaft beitragen indem sie entweder 1) klassische Theorien zum Verhältnis von Organisation und Gesellschaft »umladen« und neu interpretieren oder 2) neuere Theorieangebote »nachladen«.

Die Beiträge sind bis zum **31. Dezember 2020** mit dem Betreff: »Manuskript Organisationsgesellschaft« bei raimund.hasse@unilu.ch einzureichen. Es werden Manuskripte in Deutsch oder Englisch mit einem Umfang von max. 80.000 Zeichen berücksichtigt und einem double-blind Begutachtungsprozess unterzogen. Für Fragen zum Sonderheft wenden Sie sich bitte an die HerausgeberInnen:

Nadine Arnold

E-Mail: nadine.arnold@unilu.ch,

Raimund Hasse

E-Mail: raimund.hasse@unilu.ch oder

Hannah Mormann

E-Mail: hannah.mormann@unilu.ch

Tagungen

Good governance versus Corruption – Interdisciplinary Discussions

Inaugural conference of the European Institute for Socioeconomics,
September 11 and 12, 2020, in Otzenhausen

The European Institute for Socioeconomics will host an inter-disciplinary conference on corruption and good governance. The conference will take place at the European Academy of Otzenhausen (<https://www.eao-otzenhausen.de/en/>). We have been able to attract three proven and well-known experts in the research field as keynote speakers:

- Prof. Wladimir Andreff, sports economist will give a presentation on »Corruption of sport governing bodies: toward new recruitment selection and remuneration procedures?«
- Prof. Declan Hill, journalist and criminologist will talk about »Corrupting Sports Integrity Research: the battle for independent, empirical data«
- Prof. Tanja Rabl is psychologist and economist. Her talk will address »The Psychology of Corruption«.

Contributions on corruption and good governance in the state as well as in the private and social sectors, particularly in sports, will be presented in parallel sessions. Further topics of the conference will be:

- Corruption in history – historical cases of corruption
- Good Governance and corruption in institutions of various kind, e.g. commercial entities, governmental organizations, politics, scientific community, religious sphere sports and leisure clubs etc.
- Determinants of corruption – promoting and impeding factors regarding organization type, organizational structure etc.

- Consequences and impact of corruption with regard to the organization, its stakeholder and the society at large (i.a. concept of democracy, social and political trust, etc.).

For further information please mail to conference2020@socioeconomy.eu

Moral communication. Observed with social systems theory

Luhmann Conference 2020, September 15 to 18, 2020, at the Inter-University Centre (IUC), Don Frana Bulić 4, Dubrovnik, Croatia

As readers familiar with his work will recognise, Luhmann's approach to morality is characterised by a profound moral scepticism and a certain neglect of moral communication not only as an occasional topic, but also as a distinct form of communication. As contemporary society is continuously producing moral communication, however, social systems theory is bound to adequately deal with this phenomenon if its claim to a universal theory is to be maintained.

The conference series has always been characterised by fruitful interactions of scholars with diverse paradigmatic and empirical backgrounds in disciplinary fields as different as political science, aesthetics, sociology, theology, history, economics, health, psychology, ecology, education, and organization studies.

Social systems theory is empirically open to new semantics, different codes, and multiple levels of analysis. It is interested, for example, in how the medium of morality emerges from situations of double contingency and/or in everyday communication; how the moral code of good/bad informs decision-making; how complexity is reduced and increased by morally coded communication; the paradoxes that emerge and unfold in conjunction with moral coding; the relationship between moral coding and computer coding (*#computerethics #ethicsofartificialintelligence*); the relation between ethics and morality; etc. The conference will present both conceptual work and empirical studies on these and related topics.

Corresponding convenors are Gorm Harste (Aarhus University, Denmark), Markus Heidingsfelder (Xiamen University Malaysia), Klaus Laursen (Aarhus University, Denmark), Steffen Roth (La Rochelle Business School, France), Krešimir Žažar (University of Zagreb, Croatia).

Organisational background

Every year conferences about the use of Luhmann's system theory have been held in, for example, Munich, Copenhagen, Tromsø, Stuttgart, Montreal, Boston, London or Stockholm. The Scandinavian and British network has developed fruitful discussions to which German, French, Italian, Canadian and Dutch scholars have also contributed. Translations of Luhmann's books are still more numerous, introductions and theoretical contributions are flourishing. The same seems to be the case with empirical studies applying system theory in comparative studies, case studies, historical studies or in concrete practice.

The IUC

In the 1980s, Hans-Ulrich Gumbrecht and Ludwig Pfeiffer organised a number of great conferences at the Inter-University Centre of post-graduate studies (IUC) in Dubrovnik in the former Yugoslavia, now Croatia. Since 1981, Luhmann attended these conferences. The contributions from those conferences were published in a series of five rather big volumes at the important Suhrkamp Verlag (*Der Diskurs der Literatur- und Sprachhistorie*, 1983; *Epochenschwellen und Epochenstrukturen im Diskurs der Literatur- und Sprachhistorie*, 1985; *Stil*, 1986; *Materialität der Kommunikation*, 1988; *Paradoxien, Dissonanzen, Zusammenbrüche*, 1991). Quite a number of those studies were dedicated to semantic history and contributions to a system theory of art.

Unfortunately, the Centre was bombed in 1991 and for some years the conferences could not take place. Today, the Centre has been completely restored physically as well as in spirit.

For further information please visit the conference web-site at <https://derroth.com/2019/08/28/cfp-moral-communication/> or mail to

Klaus Laursen
klausb.laursen@mgmt.au.dk or

Krešimir Žažar
kzazar@ffzg.hr

Bildung und soziale Ungleichheit

Gemeinsame Tagung der Sektionen Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse und Bildung und Erziehung am 12. und 13. November 2020, Leibniz-Institut für Bildungsverläufe, Wilhelmsplatz 3, 96047 Bamberg

Bildung ist in der heutigen Gesellschaft ein wesentlicher Motor für die Entstehung und Reproduktion sozialer Ungleichheit und gleichzeitig eine zentrale Voraussetzung für deren gesellschaftliche Legitimation. Dabei sind die Chancen auf die Teilhabe an Bildung nach wie vor nicht für alle sozialen Gruppen gleich. Die soziale Herkunft strukturiert Bildungswege über die Bildungsentscheidungen, die Eltern für ihre Kinder treffen, über die vorhandenen Ressourcen von Eltern, um ihre Kinder für die Bildungsgesellschaft vorzubereiten und ihre Bildungslaufbahn zu unterstützen wie auch durch das Handeln der Kinder selbst. Sie hat darüber hinaus auch Einfluss auf das Handeln des pädagogischen Personals, ist in die organisationalen Routinen und Erwartungen von Bildungsinstitutionen eingelagert und wirkt sich darauf aus, wie Schüler und Schülerinnen schulformspezifisch adressiert werden. In unseren hochgradig stratifizierten Bildungssystemen strukturieren frühe Bildungsentscheidungen und Zuweisungen die Bildungsoptionen, die Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen später offenstehen. Bildungswege sind mithin hochgradig pfadabhängig über den Lebensverlauf, und oftmals werden nicht kompensatorische Effekte von Bildungsoptionen beobachtet, sondern eine kumulative Zunahme von Ungleichheiten. Wie erfolgreich die Beteiligung an Bildung verläuft, wird in Zertifikaten dokumentiert, die darüber entscheiden, welche Berufe und Karrieren Menschen offenstehen und welche Arbeitsbedingungen sie haben. Über diese Zuweisungsfunktion bestimmt Bildung die berufliche Sicherheit und das Lebensinkommen und beeinflusst so Armutsrisiken im gesamten Lebensverlauf. Jenseits der Arbeitswelt stehen unter anderem Gesundheitsrisiken, politische Einstellungen und soziales und politisches Engagement systematisch mit der erreichten Bildung in Verbindung. Bildung ist somit ein zentrales gesellschaftliches Stratifikationsmerkmal, das soziale Gruppen und Milieus voneinander abschottet. Im Zuge der Bildungsexpansion und des rapiden technologischen Wandels in den letzten Jahren hat die Bedeutung von Bildung für die soziale Platzierung weiter zugenommen, was die Frage aufwirft, inwiefern dadurch neue gesellschaftliche Distinktionsmerkmale, Ungleichheitslinien und darüber neue Mechanismen der Reproduktion sozialer Ungleichheit entstehen.

Vor diesem Hintergrund widmet sich die Tagung dem Thema Bildung und soziale Ungleichheit und will insbesondere Beiträge zu folgenden Aspekten diskutieren:

- neue Ansätze zur Rolle von Bildung für die Entstehung, Verfestigung oder den Wandel von sozialen Ungleichheiten;
- gesellschaftliche und politische Spannungsfelder sowie deren pädagogische und bildungspolitische Bearbeitung, die sich aus der Legitimationsfunktion von Bildung für soziale Ungleichheiten ergeben;
- das komplexe Verhältnis von Bildung, Stratifizierung und Ungleichheit sowie Zusammenhänge von sozialer Herkunft mit anderen Ungleichheitslinien wie Geschlecht, ethnischer Herkunft oder Alter;
- Veränderungen in der Konfiguration von Bildung und Ungleichheit.

Prof. Dr. Corinna Kleinert (Leibniz-Institut für Bildungsverläufe und Universität Bamberg), Dr. Mona Granato (Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn), Prof. Dr. Regula Julia Leemann (Pädagogische Hochschule Nordwestschweiz), Tina Baier (Leibniz-Institut für Bildungsverläufe) und Dr. Gundula Zoch (Leibniz-Institut für Bildungsverläufe) stellen das wissenschaftliche Komitee. Bei Fragen wenden Sie sich bitte an

Prof. Dr. Corinna Kleinert
E-Mail: corinna.kleinert@lifbi.de

Happy Homes, Happy Society?

5th Interdisciplinary and International Conference on the contribution of domestic life in a time of social changes, November 12 and 13, 2020, London

The Home Renaissance Foundation (HRF) Academic Conference, supported by the Social Trends Institute (STI), will explore the contribution of the home to the wellbeing and happiness of individuals at all stages of life and, by implication, to wider society. It will be a great opportunity to demonstrate the vital role of the home in connecting and nurturing individuals through shared values, work, and purpose.

The conference builds upon HRF and STI's proven expertise in gathering world-class academics and professionals to present multidisciplinary research and experience relating to the life and work of the home. There is

a clear public as well as academic and professional engagement with the topic of the home and its effects on society.

The 5th Conference will generate new material suitable for publication as a part of a growing series on topics relating to the home, but should also be a point of reconnection with and refreshment of themes explored in earlier HRF conferences and STI Expert Meetings. This will promote future evidence-based discourse and policy-making.

The leading question for the conference is to what extent does the quality of domestic life (family relationships, environment, technical tools, housing style) influence individual and social happiness, in the context of current changes? The conference will focus on five main areas of the relationship between home and wellbeing:

Anthropological and Sociological Aspects of Happiness

- Are happiness and wellbeing the same thing?
- Measuring individual and social happiness: what are the indicators?
- Poverty and happiness in the home
- Home and its role in children's happiness. Why is this important?
- The elderly as »creators« of happiness for children and young people

Home automation and wellbeing at home

- Technology and housework: new solutions for reducing physical and cognitive efforts
- The quality life of elderly people and systems for home automation: usability and accessibility
- The contribution of SMART technologies to make easier (or difficult) happiness in the home
- Domotics and the right to privacy
- Children, Internet and happy relationships in family life
- The digital divide between generations: how to recover the dialogue
- ICT introduction and the socio-economic inequality among families: a reason for dissatisfaction?
- Dinner time, family dialogue and mobile phone use

Architecture and global housing challenges: wellbeing and happiness

- How to design a happy home: new family needs in a time of social changes
- Suburbs: ugly and unhappy? A challenge for the urban planners

- Changes in the concept of comfort in history of the house architecture
- Be homeless/Have home ownership: the relationship between housing and the satisfied life

Happiness in the urban context: fear and trust and happy neighborhood relations

- Loneliness and the decline of relationships in the »Amazon Age«
- The *Social Street phenomenon*: towards common management of public spaces
- Neighbourhoods as a melting pot: new ways for more fulfilling social interaction

Happiness and housework

- Interdependency and gratuitousness: psychological and educational outcomes of housework
- Desperate homemakers? How to work more happily at home
- The home care as a way for acquiring social skills and as precondition for hospitality
- Why tidying up can change the domestic life: space, objects, emotions

For further enquiries, please visit our conference website at www.hrfconference2020.org or e-mail to research@homerenaissancefoundation.org

Gesellschaftliche Produktion und Absorption von Unsicherheit

Interdisziplinäre Nachwuchstagung am 20. und 21. November 2020 an der FernUniversität in Hagen

Seit den 1990er Jahren haben sich Sicherheitsdiskurse und -konzepte erheblich gewandelt. Zum Aufgabenbereich des Staates etwa gehören heute nicht mehr nur die militärische Sicherheit, sondern Sicherheitsbedürfnisse aller Menschen in so unterschiedlichen Bereichen wie Arbeit, Einkommen, Gesundheit, Umwelt oder Verbrechen. Zugleich sind für viele Menschen am Anfang des 21. Jahrhunderts Unsicherheitserfahrungen zu einer beunruhigenden Selbstverständlichkeit geworden. Die Freisetzung des Menschen von traditionellen Sozialbezügen im Zuge der Individualisierung geht mit erheblichen Unsicherheitserfahrungen einher. Die technologische, soziale und kulturelle Beschleunigung unserer Lebensverhältnisse ist eine weitere

bedeutende Quelle von Unsicherheitserfahrungen für die Menschen in den Gegenwartsgesellschaften. Dem Glauben an die Gestaltbarkeit der Welt steht eine »paralysierende Verunsicherung« (Nassehi) gegenüber. Die hieraus resultierende Entgrenzung der Unsicherheit impliziert, dass die Gesellschaften der entwickelten Moderne nicht mehr zureichend aus der Perspektive von Sicherungsinstitutionen verstanden werden können. Vielmehr zeigen sich historisch variable Figurationen von Unsicherheit, in denen die Produktion und Absorption von Unsicherheit je spezifisch aufeinander bezogen sind. Dabei ist davon auszugehen, dass Unsicherheitserfahrungen ambivalent ausfallen, insofern sie nicht nur vermieden, sondern auch aktiv gesucht werden.

Eine derartige aktive Suche nach Verunsicherung lässt sich zum Beispiel für die Literatur und andere fiktionale Medien konstatieren, in denen Verunsicherungen durchaus positiv konnotiert sind, insofern hierdurch ein produktiver Rezeptionsprozess angestoßen wird. Verunsicherung wird hier durch ästhetische Verfahren (zum Beispiel »perturbatory narration«, Schlickers, Toro) hergestellt, die Überschreitungen und Krisensituationen hervorbringen und so fiktionale Welten zu einem ästhetischen Experimentierraum erweitern. Parallel dazu lassen sich zahlreiche Kulturtechniken der Versicherung identifizieren. Hier denken wir insbesondere an wissenschaftlich und technisch vermittelte Formen der gesellschaftlichen Berechnung und Vorhersage wie Quantifizierungen und Prognosen, die Auswertung von Big Data und Algorithmen. Mit diesen werden insbesondere das Verhältnis kalkulativer Selbstbeschreibungen, gegenwärtiger Zukünfte und zukünftiger Gegenwarten sowie die vielfältigen Rückkopplungen zwischen Berechnungen und Prognosen einerseits, gesellschaftlichen Wirklichkeiten andererseits adressiert.

Das Verhältnis von Versicherung und Verunsicherung weist demnach keinen einfachen Richtungszusammenhang auf. Es zeichnet sich eine »Dialektik von Sicherheit und Unsicherheit« (Bonß) ab. Den »Wandlungen der Sicherheitskonzepte unserer Gegenwart« (Zwierlein) stehen ubiquitär erscheinende Verunsicherungen gegenüber, deren wissenschaftliche Aufarbeitung in den Disziplinen sehr unterschiedlich ausfällt.

Ziel der Tagung ist es, Perspektiven auf das Thema Unsicherheit aus unterschiedlichen Fachrichtungen miteinander ins Gespräch zu bringen. Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an

Eryk Noji, FernUniversität in Hagen
E-Mail: eryk.noji@fernuni-hagen.de

Bernhard Schäfers

Zum 200. Geburtstag von Friedrich Engels

Mit Karl Marx war Friedrich Engels der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, der gegenüber dem utopischen Sozialismus von Claude-Henri de Saint-Simon, Robert Owen, Charles Fourier beanspruchte, das Bewegungsgesetz der gesellschaftlichen Evolution erkannt zu haben. Obwohl er es war, der Karl Marx mit einer Schrift im Jahr 1844 auf die Idee brachte, dass die ökonomischen Verhältnisse die entscheidende Basis dieser Entwicklung sind, stellte er sich, zu sehr, wie dargelegt wird, in dessen Schatten. Es war Friedrich Engels, der vor allem mit seinen späten Schriften den Marxismus »erfand«, wie sein englischer Biograph Tristram Hunt zeigen konnte.

Friedrich Engels was, together with Karl Marx, the founder of scientific socialism, in contrast to the so called utopian socialism of Claude-Henri de Saint-Simon, Robert Owen or Charles Fourier. They claimed to have unveiled the logic of historical evolution. Although it was Engels who convinced Marx with an essay in 1844, that the economic basis is the source of all societal conditions and historical evolution, he modestly always gave Marx the primate, far too much, as explained here. It was Friedrich Engels, who with his late writings »invented« Marxism, as his English biographer Tristram Hunt puts it.

Günter Warsewa, Peter Bleses, Matthias Güldner

Der Transfer von sozialwissenschaftlichem Wissen als Forschungsgegenstand

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung erwartet vom in Gründung befindlichen *Forschungsinstitut gesellschaftlicher Zusammenhalt* (FGZ) die Erforschung von Bedingungen, Gefährdungen und Entwicklungsmöglichkeiten des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Zum Auftrag des FGZ gehört eine partizipativ gestaltete *öffentliche Wissenschaft*, die den Wissenstransfer in beide Richtungen anstrebt und zugleich evaluiert: aus der Wissenschaft in die Gesellschaft und aus der Gesellschaft in die Wissenschaft. Die Erwartungen an diesen kollaborativen Transfer sozialwissenschaftlichen Wissens mit der Politik und der weiteren Öffentlichkeit sind damit einerseits sehr hoch gesetzt. Vergegenwärtigt man sich andererseits die komplexen innerwissenschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen des sozialwissenschaftlichen Transfers, wird fraglich, ob sich Erwartungen und Möglichkeiten des Wissenstransfers entsprechen können. Im Beitrag skizzieren wir zunächst unterschiedliche Erwartungen sowie die komplexen wissenschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Bedingungen sozialwissenschaftlichen Wissenstransfers. Auf dieser Basis plädieren wir dafür, das FGZ als eine Chance zu sehen, eine analytisch *und* selbstreflexiv angelegte sozialwissenschaftliche Transfer*forschung* zu reaktivieren bzw. neu zu etablieren.

Requirements of the Federal Ministry of Education and Research for the newly-founded Research Institute for Social Cohesion (RISC) comprise the study of social cohesion, its preconditions, risks and chances for further development. One of the basic missions is to engage in a participatory, public form of science, which seeks to transfer and evaluate knowledge in both directions, from science to society and from society back to science. On one hand, there are high expectations regarding such a collaborative transfer of social science findings into the political and public spheres. On the other, it remains uncertain whether such transfer could actually live up to these expectations, given the complexity within social science itself and the prevailing conditions in the spheres of science, politics and the public. In this article we shall sketch out various assumptions as well as the multifaceted scientific, political and public predispositions for such an intensified transfer of social science knowledge. Hence, we are calling for the (re-)activation of an analytically-oriented *and* self-reflective kind of social science transfer research.

Ulf Ortmann

Ein Leben nach der Uni ist möglich

Was machen Promovierende und Professor*innen aus der Soziologie, um ihren beruflichen Verbleib bzw. den beruflichen Verbleib von Promovierenden, die sie betreuen, zu klären? Über die Auswertung qualitativer Interviews entwickle ich im vorliegenden Beitrag die These, dass Promovierende und Professor*innen die Frage nach dem beruflichen Verbleib von promovierenden bzw. promovierten Soziolog*innen in erster Linie als offene Frage hinnehmen. Das Argument, das Promovierende und Professor*innen dazu formulieren, lautet: Promovierende und Professor*innen suchen Antworten auf die Frage nach dem beruflichen Verbleib typischerweise nur, wenn es um Anschlussfinanzierung geht. Das lässt vermuten, dass in der Soziologie Promovierende den beruflichen Verbleib in kurzen Statuspassagen klären – obwohl berufliche Perspektiven vage sind.

What do PhD candidates and professors in sociology do to clarify the professional careers of the doctoral students? By analysing qualitative interviews, I develop the thesis that PhD candidates and their professors primarily regard the question of the professional future of doctoral students and post-doctoral sociologists as an open question. The argument of doctoral students and professors is: They typically only look for answers to the question of the career path when it comes to follow-up financing. This leads to the assumption that in sociology, doctoral students clarify their professional future in short status passages – although career prospects are vague.

Katharina Block **Soziologie des Un/Verfügbaren**

Aktuelle Zeitdiagnosen und gesellschaftstheoretische Perspektiven legen nahe, dass wir gegenwärtig gesellschaftliche Entwicklungen erleben, die mit den Formen modernen Denkens nicht mehr hinreichend zu fassen sind. Die wesentlichen Konstitutiva dieser Entwicklungen sind konkrete Phänomene und Erfahrungen des Unverfügbaren. Das Netzwerk möchte zeigen, inwiefern solche Konkreta und Erfahrungen des Unverfügbaren in den Bereichen (a) gesellschaftliche Naturverhältnisse, (b) Mensch-Technik-Interaktionen und (c) politische Mobilisierung vorliegen und unsere etablierten Wissensformen herausfordern, ja gar in Frage stellen. Deswegen wollen wir als multiperspektivisches Netzwerk, in Auseinandersetzung mit einerseits bestehenden soziologischen Theorieangeboten und andererseits neuen Denkhorizonten aus den Kultur- und Geisteswissenschaften, eine Theoriebildung vorantreiben, mit der diese Entwicklungen von der Soziologie adäquat erfasst werden können, ohne wichtige Veränderungen dabei unbeobachtet zu lassen. Eine *solche Soziologie des Un/Verfügbaren* ist innerhalb der Soziologie bislang Desiderat und soll deswegen im Netzwerk bearbeitet werden.

Current diagnoses of the times and socio-theoretical perspectives suggest that we are currently experiencing social developments that can no longer be adequately grasped with the forms of modern thinking. The essential constituents of these developments are concrete phenomena and experiences of the unavailable. The network wants to show that such concrete phenomena and experiences of the unavailable are actually present in the areas of (a) societal relationships to nature, (b) human-technology interactions, and (c) political mobilization, and that they actually challenge, even question, our established forms of knowledge. Therefore, as a multiperspective network, we are aiming a theory-building process in which these developments can be adequately grasped by sociology, without leaving important changes unobserved. By examining existing sociological theory on the one hand and new horizons of thought from the cultural sciences and the humanities on the other, a theory formation is promoted with which the social developments can be adequately grasped. Such a *Sociology of the Un/Available* has so far been a desideratum within sociology and will therefore be developed in the network.

Bitte berücksichtigen Sie bei der Fertigstellung Ihres Manuskriptes folgende Hinweise zur Textgestaltung. Bitte verwenden Sie die neue deutsche Rechtschreibung, verzichten Sie möglichst auf Abkürzungen und formulieren Sie Ihren Beitrag in einer geschlechtergerechten Sprache.

Fußnoten nur für inhaltliche Kommentare, nicht für bibliographische Angaben benutzen.

Literaturhinweise im Text durch Nennung des Autorennamens, des Erscheinungsjahres und ggf. der Seitenzahl in Klammern. Zum Beispiel: (König 1962: 17).

Bei *zwei AutorInnen* beide Namen angeben und durch Komma trennen, bei *drei und mehr AutorInnen* nach dem ersten Namen »et al.« hinzufügen.

Mehrere Titel pro AutorIn und Erscheinungsjahr durch Hinzufügung von a, b, c ... kenntlich machen: (König 1962a, 1962b).

Mehrere aufeinander folgende Literaturhinweise durch Semikolon trennen: (König 1962: 64; Berger, Luckmann 1974: 137)

Literaturliste am Schluss des Manuskriptes: Alle zitierten Titel alphabetisch nach Autorennamen und je AutorIn nach Erscheinungsjahr (aufsteigend) geordnet in einem gesonderten Anhang aufführen. Hier bei mehreren AutorInnen alle namentlich, durch Kommata getrennt, nennen. Verlagsort und Verlag angeben.

Bücher: Luhmann, N. 1984: Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Zeitschriftenbeiträge: Müller-Benedict, V. 2003: Modellierung in der Soziologie – heutige Fragestellungen und Perspektiven. Soziologie, 32. Jg., Heft 1, 21–36.

Beiträge aus Sammelbänden: Lehn, D. von, Heath, Ch. 2003: Das Museum als Lern- und Erlebnisraum. In J. Allmendinger (Hg.), Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Opladen: Leske + Budrich, 902–914.

Im Literaturverwaltungsprogramm **Citavi** können Sie unseren **Zitationsstil** »Soziologie – Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie« nutzen.

Fügen Sie Ihrem Manuskript bitte eine deutsche und eine englische **Zusammenfassung von maximal je 15 Zeilen**, sowie **Name, Titel und Korrespondenzadresse** bei. Schicken Sie Ihren Text bitte als .doc oder .docx **per E-Mail** an die Redaktion der Soziologie.

Für **Sektionsberichte** beachten Sie bitte, dass einzelne Tagungsberichte 7.500 Zeichen (inkl. Leerzeichen) nicht überschreiten sollten. Für Jahresberichte stehen max. 15.000 Zeichen zur Verfügung.



Ulrike Froschauer / Manfred Lueger

Materiale Organisation der Gesellschaft

Artefaktanalyse und interpretative Organisationsforschung

Standards standardisierter und nichtstandardisierter Sozialforschung, 2020, 207 Seiten, broschiert, € 24,95
ISBN 978-3-7799-6253-3; Auch als **E-Book** erhältlich

Artefakte als von Menschen geschaffene Gegenstände sind eng mit unserem Leben verwoben. Der Band erläutert, wie man diese materielle Welt für eine sozialwissenschaftliche Analyse nutzen kann.



Tilo Grenz / Michaela Pfadenhauer / Christopher Schlembach (Hrsg.)

Kommunikative Wissenskulturen

Theoretische und empirische Erkundungen in Gegenwart und Geschichte

Wissenskulturen, 2020, 256 Seiten, broschiert, € 34,95
ISBN 978-3-7799-6194-9; Auch als **E-Book** erhältlich

Der Band systematisiert Beiträge der Tagung »Kommunikative Wissenskulturen: Gestern – heute – morgen« (Wien 2018) und fragt, wie Wissen kommunikativ erzeugt, verstetigt, legitimiert und weitergegeben wird.



Hubert Knoblauch (Hrsg.)

Die Refiguration der Religion

Perspektiven der Religionssoziologie und Religionswissenschaft

Randgebiete des Sozialen, 2020, 228 Seiten, broschiert
€ 29,95; ISBN 978-3-7799-6091-1; Auch als **E-Book** erhältlich

Die Beiträge in diesem Band zielen auf die gegenwärtige Refiguration der Religion; mit Fokus auf jeweils einen Ansatz bieten sie zudem einen Überblick über aktuelle religionswissenschaftliche und religionssoziologische Zugänge.